

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG

E-MAIL: info@contraste.org

358-359 **31. JAHRGANG** 4 ⁵⁰
Juli-August 2014

AUS DEM INHALT:

WERKHOF DARMSTADT

Im Juli feiert der Werkhof Darmstadt, Verein zur Förderung der Selbsthilfe gem. e.V., 30 Jahre Selbstverwaltung mit einem Tag der offenen Tür und einem afrikanischem Fest. Seite 3

4. FORUM GEGEN UNNÜTZE UND UNSINNIGE MEGAPROJEKTE

Was haben Stuttgart und ein kleines idyllisches Bergdorf inmitten teils rundlichen teil wuchtigen Bergkuppen und verschlafenen Seitentälern in Rumänien gemeinsam? - Ein Großprojekt. Seite 3

REKOMMUNALISIERUNG

Die Stromnetze, in den 1990er-Jahren privatisiert, gehen wieder zurück an die Kommunen oder an neu gegründete Bürger-Genossenschaften. Allein in den letzten drei Jahren sind 500 Energiegenossenschaften neu entstanden. Im Interview spricht Michael Sladek über die Hürden der Netzübernahme und die Zukunft der Energiewende. Seite 4 und 5

WIDER WACHSEN

Das Klimacamp findet vom 26.07. bis zum 03.08.2014 im Rheinland statt. Es ist eine Aktionsform, die dazu beitragen möchte, den aktuellen Zustand zu ändern. Denn im Rheinischen Braunkohlerevier ist täglich zu beobachten, wie ein auf Wachstum und Ausbeutung ausgelegtes Wirtschafts- und Machtssystem zu Zerstörung von Lebensgrundlagen führt. Seite 6

CULTURAL COMMONS COLLECTING SOCIETY – C3S SCE

Zeitgemäße Vertretung der Urheberrechte von Musikerinnen und Musikern, eine neue Verwertungsgesellschaft neben der GEMA in der Gründungsphase. Ein Interview mit Veit Winkler von der C3S Seite 7

EX-MAFIALAND IN GENOSSENSCHAFTSHAND

Mit der Erpressung von Schutzgeld finanziert die Mafia ihre Organisation, unterhält die Familienangehörigen von Hunderten ihrer inhaftierten Mitglieder und festigt durch Einschüchterung ihre Kontrolle über das Territorium. Aber jetzt ändert sich etwas. Seite 8

ARBEITSKAMPF IN FRANKREICH: FRALIB

Nach 1.336 Tagen im Kampf haben die ArbeiterInnen einer Teebeutelabrik in Gémenos, in der Nähe von Aubagne im südöstlichen Umland von Marseille, einen bedeutenden Erfolg davon getragen. Der Lebensmittelkonzern Unilever hat sich verpflichtet, ihnen zwanzig Millionen Euro zu zahlen. Seite 8

25. TISCHLERINNENTREFFEN

Das 25. bundesweite Tischlerinnentreffen findet vom 4. bis 7. September in Groß Wittfeitzen, im Wendland statt. CONTRASTE sprach mit den Organisatorinnen. Seite 9

► www.contraste.org

BETRACHTUNGEN ZUR SELBSTVERWALTUNG IN FRANKREICH

Autogestion statt Bevormundung!

In Frankreich war und ist seit jeher das Konzept der Selbstverwaltung »autogestion« im politischen und sozialen Diskurs sehr präsent – und nicht erst im Zuge der 68er-Revolution auf die Agenda gekommen. Frankreich galt im ausgehenden 18. Jahrhundert und Anfang des 19. Jahrhunderts als Geburtsstätte der Selbstverwaltung und als ein europäisches Experimentierfeld von Selbstverwaltungsutopien. Hier entwarfen Frühsozialisten wie Saint-Simon und Charles Fourier fantastische Utopien von zukünftigen Gesellschaften und ein Pierre Joseph Proudhon, der in der französischen Linken auch als »Vater der Selbstverwaltung« gilt, entwickelte das Konzept einer »Volksbank«, die zum Modell vieler späterer alternativer Bankprojekte und Tauschringe wurde.

MAURICE SCHUHMAN, REDAKTION PARIS; SUSANNE GÖTZE, BERLIN • Das Schlagwort »autogestion« ist auch heute in Frankreich noch viel präsenter als in Deutschland – obwohl hier die Bewegung weitaus kleiner als in Deutschland ist. Dieser Widerspruch geht sicherlich auf die unterschiedlichen Traditionen und politischen Gegebenheiten zurück: Die französische Republik und der staatliche Zentralismus ließen den Franzosen seit jeher wenig Spielraum für autonome Handlungsmöglichkeiten. Während sich schon im 17. Jahrhundert alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte auf Paris fokussierten und das Land nach der Revolution die staatlichen Hierarchien in Kultur und Bildung stetig ausbaute, blieben nicht mehr viel Platz und Mittel für lokalen Eigensinn und autonome Projekte. Das hat sich auch heute kaum verändert. Das streng autoritär organisierte Schulsystem und die politische Elitenbildung in Frankreich sind gerade heute ursächlich für zunehmende Politik- und Staatsverdrossenheit – und gleichzeitig der Ausgangspunkt für lokale Kämpfe gegen die »Zentralmacht«.

Die libertäre 1. Mai Demo stand in diesem Jahr unter dem Motto »Pour une revolution autogestionnaire« - »Für eine selbstverwaltete Revolution«, zum dritten Mal fand dieses Jahr die Selbstverwaltungsmesse »foire d'autogestion« statt, zwei eigene Internetplattformen – www.autogestion.asso.fr und www.autogestion.coop – dienen der szenieinternen Kommunikation und die linken Büchertische biegen sich unter dem Gewicht der Neuerscheinungen zum Thema – mit zum Teil auch sehr kritischen Beiträgen zur Selbstverwaltungsdiskussion.

Aus diesem Grund lohnt es sich, einen Blick über den deutschsprachigen Tellerrand zu wagen und sich das Geschehen im Nachbarland näher zu betrachten. Einige der vorliegenden Beiträge knüpfen an bereits



▲ Plakat von 1968

Foto: PSU-Archiv

erschiene Beiträge des Frankreichschwerpunktes in der CONTRASTE. Das Lycée autogéré de Paris, die Foire d'autogestion oder das besetzte Flughafengelände Zone à défense ZAD in der Bretagne spielen weiterhin eine wichtige Rolle in der »autogestion«-Bewegung. Eingerahmt wird der Schwerpunkt durch die Beiträge von Susanne Götz über die Traditionen der »autogestion« in der französischen Linken und das von Isabelle Böhnke geführte Interview mit Mathieu Colloghan, einem Mitorganisator der »foire d'autogestion«. Mit den Beiträgen von Emma Hermans über das besetzte Haus Transfo im Pariser Vorort Montreuil, das derzeit einen wichtigen Kristallisationspunkt der Pariser Subkultur bildet, und von Berichtet der in Dijon angesiedelten selbstverwalteten Gärten »jardins des maraichers« und der in Rouen gelegenen Farm »Ferme des Vouillons« durch Misson Tew werden einzelne selbstverwaltete

Projekte vorgestellt. Einen fast tagesaktuellen Bezug zur Situation in Deutschland hat das von Maurice Schuhmann geführte Interview mit Manon, Pressesprecherin der Sexarbeiter*innen-Gewerkschaft STRASS. Die von Alice Schwarzer ins Gespräch gebrachte Verschärfung der Prostitutionsgesetzgebung ist für die STRASS ein wichtiges Thema, da sie mit dieser staatlichen Repression in Frankreich bereits zu kämpfen haben. Der Schwerpunkt ist ein gemeinsames Projekt von AutorInnen aus Frankreich und in Frankreich lebenden Deutschen, so dass neben den AutorInnen selber auch noch den ÜbersetzerInnen der Dank gilt. Es bleibt auch sicherlich nicht der letzte Schwerpunkt über die Situation unseres europäischen Nachbarlandes.

In diesem Sinne wünschen wir euch eine inspirierende und unterhaltsame Lektüre und freuen uns über lebhaft Diskussionen. ●

EHMALIGE DRAGONERKASERNE: SELBSTVERWALTET UND KOMMUNAL

Modellprojekt für eine Stadt von unten

Im Bezirk Kreuzberg, in bester Berliner Innenstadt, soll ein ehemaliges Kasernengelände verkauft werden. Ein Bündnis stadtpolitischer Initiativen und selbstverwalteter Projekte verlangt ein Moratorium für den Verkauf und möchte stattdessen selbst ein Konzept für das Gelände entwickeln.

ELISABETH VOSS, FACHREDAKTION SOLIDARISCHE ÖKONOMIE • Das Grundstück der ehemaligen Dragonerkaserne gehört der BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben), deren gesetzliche Aufgabe es ist, bundeseigene Grundstücke »wirtschaftlich zu veräußern«. Bis zum 31. Juli 2014 sollen Investoren ihre Angebote einreichen, der Zuschlag soll zum Höchstpreis erfolgen. Zum Besichtigungstermin am 17. Juni verteilte die BImA kleine Tütchen mit der Aufschrift: »Die BImA hat's ... Häuser zum Mitnehmen«. Darin nicht – wie erwartet – ein paar Gummibärchen, sondern Gummihäuschen.

Das Gelände war bereits 2012 verkauft worden – für etwa 22 Millionen Euro, etwa das Doppelte des geschätzten Verkehrswerts. Der Investor ABR German Real Estate trat Anfang 2014 vom Kaufvertrag zurück, weil er sich mit dem Bezirk nicht über die Bebauung einigen konnte. Auf dem 47.000 Quadratmeter großen Gewerbegrundstück stehen einige Bauwerke, es könnte auch neu gebaut werden, wenn die Bezirksverordnetenversammlung den Bebauungsplan ändert. Jedoch erwartet der Bezirk zumindest einen Anteil günstiger Wohnungen, denn diese werden dringend gebraucht. Das Bündnis Stadt von unten fordert, das Verkaufsverfahren für das Dragonerareal auszusetzen, und hat begonnen, ein Modellprojekt von MieterInnen für MieterInnen zu entwickeln. Ein alternatives Konzept könnte zum Beispiel so aussehen, dass der Berliner Senat das Grundstück zum Zweck der Daseinsvorsorge übertragen bekommt, und in Erbpacht an soziale Investoren vergibt, die gemeinsam mit den zukünftigen NutzerInnen ein alternatives Stadtquar-

tier entwickeln. Auch die öffentliche Wohnungsgesellschaft Howoge und das selbstverwaltete Mietshäuser Syndikat haben bereits ihr Interesse bekundet, gemeinsam bis zu 1.000 Wohnungen auf dem Gelände zu errichten. Wirklich günstig würden diese jedoch nur dann, wenn es Zuschüsse zu den Baukosten gäbe.

Auch weiteren Grundstücken in Berlin droht der Verkauf durch die BImA. So wehren sich zum Beispiel die MieterInnen von drei Häusern in der Schöneberger Großgörschen- und Katzlerstraße mit der Interessengemeinschaft GroKa dagegen, dass Ihr noch günstiger Wohnraum durch Verkauf zur profitablen Ware wird. Im Wedding stehen sieben Häuser in der Londoner- und Themsestraße zum Verkauf. Dass bundeseigenes, also öffentliches Immobilieneigentum privatisiert werden soll, ruft breiten politischen Widerstand hervor. PolitikerInnen von SPD, CDU, Grünen, Linken und Piraten beteuern, sich für die MieterInnen einsetzen zu wollen. Die öffentliche Aufmerksamkeit kam jedoch erst zustande, nachdem Betroffene und politische Initiativen mit vielen Aktionen auf die drohenden Privatisierungen aufmerksam machten. Nun ist Bundesfinanzminister Schäuble gefragt, Ausnahmen vom Höchstpreisverfahren zuzulassen. Langfristig muss jedoch das BImA-Gesetz geändert werden. ●

Mehr Infos:

► <http://stadtvonunten.de>

► www.ig-groka.de

► <http://wirbleibenalle.org>

STILLING BUKO!

BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten und Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungs- pädagogischer Zusammenarbeit e.V. Darlehensgenossenschaft eG Kiel BLZ 210 602 37, Konto: 234 389 IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89 BIC bzw. SWIFT GENCOEF1EDG www.buko-braucht-kohle.de

AKTION 2014 – SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Zur Halbzeit Schnupperabos verschenken

Hallo großartige Fans und LeserInnen von CONTRASTE,

vorweg ein großes Dankeschön, für die in diesem Jahr bereits eingegangenen Spenden. Es waren bisher 1445,50 Euro. Leider müssen wir euch bitten weiterhin gute Werke zu tun. Verschenkt Schnupperabos, denn die führen zu Abos oder sogar Fördermitgliedschaften und zu weniger benötigten Spenden. Weitere Spenden sind auch wunderbar kleine wie große.

In diesem Monat erhielten wir weitere Spenden, von

U. B., Schmitten	55 Euro
P. M., Bremen	50 Euro
Büchertisch auf dem nd-Pressesfest 9 Euro	

Vielen Dank!

Damit wir weiter spielen können und viele spannende Artikel nach der Halbzeitpause für euch auf den Weg bringen können benötigen wir immer noch 4322,50 Euro.

Ihr könnt uns auch anderweitig unterstützen und CONTRASTE auslegen, wie es bereits Bremer in diesem Jahr auf einem Flohmarkt getan haben, auch dafür großen Dank. Sendet einfach eine e-mail an: info@contraste.org

Es ist Juli und das halbe Jahr ist rum. Von den im Curling gespielten 90 Minuten sind erst 45 vorbei. Der August ist die Halbzeitpause für uns und im September gibt es dann neue spannende Texte und Themen rund um die Degrowth Konferenz, einem Schwerpunkt zur Kritik der Arbeit und im Oktober dann feiert die CONTRASTE ihr 30 jähriges Bestehen. Auf eine spannende zweite Jahreshälfte.

Eure Redaktion

PS: Um unseren LeserInnen keinerlei nationalistische Analogien zu zumuten, wurde sich ausdrücklich für die Nennung einer anderen Sportart entschieden.

SPENDENTICKER 2014

☛ Damit CONTRASTE im Jahr 2014 kostendeckend arbeiten kann, fehlen noch 4322,50 Euro

ZUM BEITRAG »MIGRANTEN: SOLIDARITÄT UND SELBSTORGANISATION« IN CONTRASTE 356, MAI 2014

Eine Leserin sprach mich an und fragte, was das denn für ein seltsamer Beitrag gewesen sei, in dem sich AutorInnen darüber wundern, dass Geflüchtete selbstorganisationsfähig seien, und warum wir so etwas veröffentlichen. Daraufhin habe ich den Artikel gelesen und mich erschrocken über Sätze wie: »Ich hatte erwartet, dort chaotische, gesetzbare Zustände unter den Migranten in Andalusien zu finden, aber die Wahrheit war ganz anders. [...] was den engen Raum erträglich machte, war die Ordnung, die dort herrschte. Überall hing Wäsche aus. Die Leute trugen alte Sachen, aber sie waren sehr sauber« oder: »Mich hat überrascht, wie hervorragend ausgebildet diese Flüchtlinge waren. Sie konnten ausführlich über ihre Herkunft reden ...« Der Beitrag ist offensichtlich gut gemeint, der Autor Alan

Mitcham, ein Attac-Aktivist aus Köln, ist nach Marokko gefahren, um sich ein Bild von den Verhältnissen dort zu machen. Er erklärt sich glaubhaft solidarisch mit den Flüchtlingen. Aber diese Sätze knüpfen an rassistische Vorurteile an, die vermutlich in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Meines Erachtens hat das in CONTRASTE nichts zu suchen, und ich möchte solche Formulierungen nicht redaktionell mitverantworten.

In der Redaktion gibt es unterschiedliche Positionen dazu, vom Vorwurf des Rassismus bis zum ausdrücklichen Wunsch, dass solche authentischen Äußerungen weiterhin in CONTRASTE Platz haben sollen. Wir werden diese Frage auf dem Plenum diskutieren und Euch darüber berichten.

Elisabeth Voß,

Redaktion Solidarische Ökonomie

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr.:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg



WRITER'S CORNER

Apropos Selbstorganisation

ULI FRANK ● Bei Ivan Illich scheint Selbstorganisation ein überhistorisches Grundbedürfnis der Menschen zu sein, nur verhindert durch gesellschaftliche Kontrolle, durch Technokraten und Lehrer und durch die Konsumorientierung unserer Zeit. Weil Schule nichts anderes kann, als gesellschaftliche Strukturen zu reproduzieren, gerät sie bei ihm folgerichtig unter Generalkritik. Dabei bemüht sich die aktuelle »Bildungswissenschaft«, die früher »Pädagogik« hieß, gerade, das Prinzip der Selbstorganisation (SOL – selbstorganisiertes Lernen), manchmal gegen den Widerstand der Lehrerinnen, in der Schule zu etablieren.

Als ich meine Referendarausbildung begann, herrschte allgemein die Gießkannen-Pädagogik: der Lehrer sollte versuchen, den Stoff möglichst effektiv und vollständig in die isoliert gedachten Schülerköpfe zu bringen. Soziale Interaktion, Gruppendynamik, Schülerinnen als sozial aktive Wesen, Lernen als ein dialogischer Prozess wurden gerade erst neu entdeckt. Manche freien Schulen, etwa Tvind in Dänemark, gingen so weit, ausdrücklich alle pädagogischen Tricks der Lehrer abzulehnen und nur das »Leben selbst« zum Schulmeister zu erklären. Auch die Kultusministerkonferenz plante damals eine Oberstufen-Reform, bei der jeder Schüler seine Laufbahn völlig frei aus dem Angebot der Schule wählen können sollte: so sollte es auch möglich sein, mit den Leistungskursen Musik und Sport sein Abitur zu machen – gleichberechtigt mit Englisch und Mathematik. Diese Reform ist bekanntlich nie radikal umgesetzt und später stark zurück gefahren worden: Deutsch, Mathematik und Englisch sind wieder die bewährten Selektionsfächer.

In der aktuellen Didaktik besteht die offizielle Leistung des Lehrers darin, die Schüler so geschickt zu motivieren, dass sie die Fragestellung und das Problem, das es zu lösen gilt, selber entdecken. Es soll so aussehen, als ob die Schüler den gesamten Prozess selbst organisieren – also nicht nur die passenden Methoden selbst entwickeln, sondern auch die Lernziele und die entsprechenden Sozialformen. Diese neue Didaktik beruht natürlich darauf, dass die Lust am Lernen und die intrinsische Motivation als gewaltiges Potential für den Lernerfolg entdeckt und wissenschaftlich ausgewertet wurden. Trotzdem bleibt die entscheidende Funktion von Schule, die Schüler in die typische historisch und gesellschaftlich gültige Logik der heutigen Gesellschaft hinein zu sozialisieren, also aus spontan sozialen Lebewesen solche zu machen, die die spezifische Sozialität unserer Gesellschaft internalisiert haben und praktizieren können. Das geschieht mit Hilfe des »heimlichen Lehrplans«, der sich der offiziellen inhaltlichen und didaktischen Diskussion entzieht.

Foucault und Deleuze beschreiben den Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft.

Vielleicht kommen wir gerade in einem neuen Gesellschaftstyp an, in dem alle alles gerne tun wollen müssen. Das ehemalige »Bitte!« wird immer öfter durch »Gerne!« ersetzt, die »Willkommen«-Signale wirken immer penetranter. Es reicht nicht mehr, nur mit zu machen, seinen Job zu erledigen, sondern verlangt wird, kreativ und freudig teilzunehmen. Nicht Selbstorganisation, sondern Selbstbeauftragung und Selbstfunktionalisierung für den nicht mehr zu hinterfragenden Selbstzweck »des Ganzen« wird verlangt. »Einen schönen Tag noch!« ●

SCHNUPPERABO 3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter: www.contraste.org

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.
Kontonummer: 515 124 05
BLZ 508 900 00
Volksbank Darmstadt eG

IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

DER POLITISCHE KRIMI

Für Anspruchsvolle, die mehr als die Bildzeitung wollen. Alle drei Monate in der Contraste.

PETROS MARKARIS: ABRECHNUNG. EIN FALL FÜR KOSTAS CHARITOS. DIOGENES, 2013

Petros Markaris ist sicherlich der bekannteste Krimiautor Griechenlands. Wenn er auch nicht zu den besten Krimischreibern gehört – seine Stories sind manchmal doch eher einfach – so liegt seine Bedeutung darin, seine Handlungen mit einer umfassenden Milieuschilderung des Lebens im modernen Griechenland zu verbinden. Dabei kommen auch politische Passagen nicht zu kurz. Das gilt vor allem für seine Krimi-Romantrilogie, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Griechenland schildert. »Abrechnung« ist der dritte Band, der dem Leser / der Leserin hautnah die ganz alltäglichen Probleme der griechischen Welt vermittelt. Diabetiker, die kein Insulin mehr kaufen können, Gehaltskürzungen. Oder: Einfach drei Monate kein Gehalt für Beamte. In Athen schließen immer mehr Geschäfte. Rechtsextreme Killerbanden der Partei der »Aufgehenden Morgenröte« terrorisieren die Straßen. In »Abrechnung« nimmt Markaris, vergleichbar der politischen Top-Krimiautorin Manotti, auch die zu angepasster Trägheit gewandelte Linke aufs Korn. In Griechenland übernahm die Linke die Praxis des überbordenden Klientensystems, das die Rechte jahrzehntlang aufgebaut hatte. Ihre bekannten Vertreter bereicherten sich wie seinerzeit ihre rechten Kollegen. Nicht allen schmeckt das. Und so bringen in »Abrechnung« enttäuschte Linke, auch von den Vätern angeekelte Söhne, die machtgeil gewordenen ehemaligen, nunmehr ergrauten Revolutionäre um. Der Roman, dessen eigentliche Krimihandlung wie erwähnt eher mittelmäßig ist, besticht als hautnahe soziale Studie. Und stimmt nachdenklich. Griechenland als Exerzierfeld der Reichen, um dann ganz Europa mit Lohnkürzungen zu beglücken? – So wie einst der Putsch in Chile dazu diente, unter einer faschisti-



schen Diktatur den Neoliberalismus zu erproben. Das Beispiel Griechenland, das uns der Autor näher bringt, steht direkt vor unserer Haustüre. ●

Roman Schweidlenka

30 JAHRE WERKHOF DARMSTADT

Es geht auch anders!

Im Juli feiert der Werkhof Darmstadt, Verein zur Förderung der Selbsthilfe gem. e.V., 30 Jahre Selbstverwaltung mit einem Tag der offenen Tür und einem afrikanischen Fest. Zwei der Mitbegründer sind immer noch dabei. Einer blickt für CONTRASTE auf drei bewegte Jahrzehnte in Selbstverwaltung zurück. Und dies in einem Unternehmen, das berufliche Bildung, Völkerverständigung und Entwicklungszusammenarbeit sowie Umwelttechnik unter einem Dach erfolgreich zusammengeführt hat.

WOLFGANG JAKOB, WERKHOF DARMSTADT ● Ja, es gibt uns noch – 30 Jahre nach einer verrückten Idee: Der Selbstverwaltung mit betrieblicher Mitbestimmung aller Mitarbeitenden! Und wir sind auch heute noch selbstverwalter! Obwohl die Geschichte sehr bewegt war, zeitweise waren es fast 30 Kolleg/innen, viel Projektarbeit im In- und Ausland, heute auch an verschiedenen Standorten in Darmstadt.

Blicken wir zurück: Ausgehend von den politisch-emanzipatorischen Bewegungen Ende der Siebziger/Anfang der Achtziger Jahre entstand 1983 bei einer Gruppe Gleichgesinnter in Darmstadt die Vorstellung einer demokratisierten Betriebsform mit gleichberechtigten Arbeits- und Entscheidungsstrukturen. Hieraus entstand der Werkhof Darmstadt e.V. (kurz: WHD). Ziele waren hierbei:

- berufliche Bildung von arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Völkerverständigung und Entwicklungszusammenarbeit
- Umwelttechnik

Wir haben 1984 zusammen mit 24 Auszubildenden (davon je 50% weiblich/männlich) in den Bereichen »Betriebsschlosserei« und »Nachrichtengeräteelektronik« einen »außerbetrieblichen« Ausbildungsbetrieb nach den Rahmenstoffplänen der Industrie- und Handelskammer (IHK) begonnen. Die Rahmenstoffpläne sind Richtlinien der IHK für Ausbildungen.

Es wurde ein wöchentliches Plenum etabliert, auf welchem alle alles diskutieren und per Konsens beschließen konnten. Erste Probleme tauchten umgehend auf: Unklare Mitbestimmungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen, mangelnde fachliche Kenntnisse, schwerfällige Organisationsprozesse, ein »kreatives Chaos in der Werkstatt«, bis hin zu persönlichen Konflikten. Das Ergebnis zum Abschluss des ersten Ausbildungsganges bestand in einem drastischen Rückgang der Beschäftigtenzahl und des betrieblichen Bilanzvolumens. Zu diesem Zeitpunkt (1987/88) war das allgemeine Plenum gescheitert.

Die Diskussion konzentrierte sich im Weiteren auf Ausgründungen, wozu als neue Struktur ein »Projekt-rat« unter Beteiligung aller Projekte und Betriebe etab-



▲ Das Kollegium heute

Plenum mit allen Auszubildenden und MitarbeiterInnen 1984 ▶

liert wurde. Diese Struktur hat in der Folge auch nur wenige Jahre getragen. Die ausgegründeten Betriebe lösten sich teilweise wieder auf oder verlagerten sich aus Darmstadt weg. Auch das bis dahin geltende Einheitslohnsystem wurde aufgegeben.

PROJEKTE ALS HILFE ZUR SELBSTHILFE

Ab 1988 wurde dann der Ausbildungsberuf »Schlosser/in« abgelöst durch das modernisierte Berufsbild »IndustriemechanikerIn, Fachrichtung Betriebstechnik«. Weitere Aktivitäten kamen hinzu:

- Einwerbung einer Vielzahl von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem in Nicaragua (Solidaritätsbewegung, Gründung der »Agencia Tecnica de la Solidaridad – ATEs« zusammen mit anderen Gruppen, Warentauschgeschäfte über die HANTEX GbR) sowie Beginn der Zusammenarbeit mit Organisationen in Mosambik.

- Maschinenrecycling, »angepasste Technologien« und Solartechnik in Form einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative »Technologiewerkstatt«.

- Einwerbung von Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen (Elektronik/Metall).

Nach Ende der »Projektstruktur« 1992 hat die verbliebene Restbelegschaft den Betrieb durch Maßnahmen wie Einführung eines differenzierten Lohnsystems in Anlehnung an BAT, sowie durch verstärkte Rationalisierung der Arbeit konsolidiert.

1990 bis 2012 wurden große EU-Auslandsvorhaben (bis zu je 5 Mio. Euro) in vielen Ländern in Lateinamerika und Afrika mit dem Ansatz »Hilfe zur Selbsthilfe« abgewickelt in den Bereichen:

- produktionsorientierte berufliche Bildung

- Förderung von Kooperativen und kleinindustriellen Betrieben in den Bereichen Gerbereiwesen, Pappeproduktion, Verarbeitung ökologischer Früchte und Kaffee, ökologische Baumaterialien, partizipative Radios
- sozialer Wohnungsbau und Gemeinwesen-Entwicklung
- Wasserversorgung/Abwasserentsorgung
- Fairer Handel und ökologische Landwirtschaft
- Frauen-/Jugendförderung

Die bisher etwa 200 Vorhaben wurden durch eine entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit ergänzt (»Werkstatt Globales Lernen«, Inlandsstellen des DED, Mitbegründung des nichtkommerziellen Radios RaDaR e.V. in Darmstadt sowie der Redaktion »Treffpunkt Eine Welt«).

VERÄNDERUNGEN IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Die Ausbildung von (bisher 300) arbeitslosen Jugendlichen wird bis heute fortgeführt. Hierzu wurde 10 Jahre lang ein Schlosserbetrieb unterhalten. Seit 2003 ist der Werkhof auch tätig in der Qualifizierung und beruflichen Orientierung von Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Betrieb und hat hierzu im Rahmen der EU-Programme EQUAL, XENOS, BIWAQ verschiedenste innovative Projektansätze erprobt und umgesetzt und ist deshalb auch im »Soziale Stadt«-Gebiet Eberstadt-Süd mit der Außenstelle »Jugendwerkstatt« mit dem konzeptionellen Ansatz einer Produktionsschule aktiv. Über 3.000 Jugendliche wurden in diesem Zusammenhang erreicht und qualifiziert. Eine Besonderheit hatte hierbei das Innovationsprojekt »Mädchen&Technik« mit dem Schwerpunkt regenerative Energien gespielt. Seit 2005 wurde aus Rationalisierungsgründen ein

»Geschäftsführender Ausschuss« (GFA) eingerichtet, um die monatlich stattfindende Entscheidungsebene der Belegschaftssitzung »Gesamteam« arbeitsmäßig vorzubereiten.

Seit dem letzten Jahr zeichnen sich für den konzeptionellen Ansatz des WHD einer durchlässigen beruflichen Bildung schwerwiegende Verwerfungen in der Förderlandschaft ab. Trotz eines anhaltend hohen Bestandes an benachteiligten Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz (bundesweit über 500.000) und trotz sogenanntem Facharbeitermangel wird die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen faktisch nicht mehr gefördert. Es gibt deshalb im Wesentlichen keine Durchlässigkeit mehr für die berufliche Bildung dieser Jugendlichen (Betriebe akzeptieren diese Zielgruppe nicht).



Dieser Umstand raubt der Belegschaft zunehmend die Motivation für die sonst sinnstiftende Arbeit. Existenzielle Fragen schieben sich zunehmend in den Vordergrund, sowohl individuell als auch für die Institution. Heute arbeiten noch 12 Kolleg/innen im WHD. Bildet der WHD in zwei Jahren noch aus? Oder sitzen bis dahin viele der WHD-Jugendlichen wieder im Knast? Sind wir nur noch Getriebene in einer fragmentierten sinnentleerten Förderlandschaft? Braucht es wieder brennende Vorstädte? Der Spruch »man soll aufhören, wenn es am schönsten ist« macht immer öfter die Runde. Ein mögliches Scheitern des Werkhofs wird nicht an der Selbstverwaltungsstruktur liegen, sondern an der zunehmenden Entsolidarisierung der Gesellschaft. Aber noch sind wir nicht so weit und feiern erst mal den runden Geburtstag! ●

30 Jahre Werkhof!

Donnerstag, 17.7., 11 – 16 Uhr: Tag der offenen Tür, Mainzerstr. 74b, Darmstadt

Freitag, 18.7., ab 17 Uhr: Bal Poussière/afrikanisches Tanzspektakel mit Live-Konzert der bekannten KünstlerInnen aus Côte d'Ivoire und Burkina Faso, Bessunger Knabenschule, Darmstadt.

Ausstellung 30 Jahre Werkhof, Ausbildung und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, Kunsthandwerk
kontakt@werkhof-darmstadt.de

4. FORUM GEGEN UNNÜTZE UND UNSINNIGE MEGAPROJEKTE

Internationale Solidarität gegen die weißen Elefanten

Das 4. Forum gegen unnütze und sinnlose Megaprojekte fand vom 8. – 11. Mai 2014 in Rosia Montana (Rumänien) statt, nachdem das 3. Forum letztes Jahr in Stuttgart ein großer Erfolg war. Rund 200 TeilnehmerInnen aus acht verschiedenen Ländern tauschten sich über Erfahrungen im Widerstand aus, über die erforderliche Ausdauer sowie über Erfolge und Misserfolge im Kampf gegen die weißen Elefanten (Symbol für die Megaprojekte). – Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Katharine Ertl an der 224. Montags-Demo in Stuttgart, nachdem sie mit einer Gruppe von 25 Menschen aus der S21-Bewegung vom 4. Forum zurückkam.

KATHARINE ERTL, STUTTGART ● Was haben Stuttgart und ein kleines idyllisches Bergdorf inmitten teils runderlichen teil wuchtigen Bergkuppen und verschlafenen Seitentälern in Rumänien gemeinsam?

Sie werden von schädlichen Großprojekten überrollt, eingefädelt von Konzernen und korrupten Politikern – und die Bewohner leiden: sie sind davon bedroht, ihre Heimat, das soziale Umfeld zu verlieren, sie bluten für das Projekt ökologisch und finanziell. Dies alles im Zeichen der neoliberalen Entscheidung zugunsten der Umverteilung hin zu den Banken und Konzernen und ermöglicht durch die undemokratischen strategischen Erschließungs- und Ausbeutungspläne der EU.

Das kleine Dorf in Rumänien heißt Rosia Montana, der kanadische Bergbaugroßkonzern heißt Gabriel und will, um dort je 1,2 Gramm Gold aus je einer Tonne Gestein zu gewinnen, drei komplette Bergstöcke rund um das Dorf abtragen, die Dorfbewohner aus ihren Häusern

und von ihren Erdschollen vertreiben und im Nachbartal einen Staudamm ziehen, um einen hochgiftigen 4 km langen Stausee mit Cyanid einzulassen. (...)



▲ Einige TeilnehmerInnen am 4. Forum auf dem Gelände eines Bauernhofs, der durch das Bergbauprojekt Rosia Montana bedroht ist

Was macht diese Foren so wertvoll? Erstens: das Verständnis füreinander, die Solidarität miteinander, die sich immer wieder ähnelnden Probleme wie Bekämpfung der Bewegungen durch Pseudovolksabstimmungen, Schlichtungen, gegnerische Pressekampagnen, Gewalt der Staatsmacht bei Demos, Besetzungen, Sitzblockaden, politisch geführte juristische Aburteilungen, Diffamierung und Kriminalisierung. Zweitens: Die Freundlichkeit unserer Gastgeber, junger Leute aus den Städten Cluj Napoca und Sibiu (Hermannstadt), von Eugene, dem Bauern, auf dessen Privatgrund das Forum stattfand, die großartige vegane Küche der jungen Leute, die noch bis zur letzten Sekunde an zwei neuen Schobern und dem Nachtlagerstockwerk über der Koch- und Eshütte gehämmert hatten. Sie haben uns alles gegeben, was sie hatten. Zelte, Übersetzer, vier Klos, Freiluft-Duschen, Essgeschirr und ein Kühlschrank für das abendliche Bier.

Überhaupt, die jungen Leute: Von den rund 200 Teilnehmern u.a. aus Frankreich, aus dem Susatal in Italien, aus Großbritannien, aus den Niederlanden, aus der Geziparkbewegung in der Türkei, aus Marokko waren diesmal ausnehmend viele Junge dabei. Zum Beispiel aus dem Hambacher Forst, die gegen ein Riesenrad großes Kohlefördergerät immer wieder die Bäume dieses Waldes besetzen, den Kohle-Förderzug stoppten und damit die dort tätige RWE am Nerv trafen.

Die Kriminalisierung bekommen derzeit insbesondere vier junge Menschen in Italien zu spüren, die in vier verschiedenen Gefängnissen in Isolations-Haft sitzen, weil das Bahn-Projekt im Susatal mittlerweile zu einem Projekt von nationalem Interesse erklärt wurde. Sie werden behandelt wie Topterroristen; es gibt Solidaritätserklärungen für sie.

Das 4. Forum stand im Zeichen des Austausches über die persönlichen Erfahrungen im Widerstand, über die Rolle der Parteien in den Bewegungen, über die enorme erforderliche Ausdauer und das Durchhaltevermögen, über Perspektiven, Erfolge und Misserfolge. (...)

In der Schlusserklärung des 4. Forums wurden die Solidarität zueinander, ebenso die damit verbundene Ablehnung des im Geheimen vorangetriebenen TTIP-Abkommens zwischen EU, Canada und USA erklärt und das Forum ganz klar als eine über die europäischen Grenzen mittlerweile hinausreichende Bewegung anerkannt, die ausdrücklich Fracking und Bergbau miteinschließt. Eine offizielle Plattform im Netz zur Information und Austausch der Bewegungen wird nun aufgebaut. Der Kampf gegen die aufgezwungenen Großprojekte kann letztlich nur durch die Solidarisierung aller gewonnen werden, weil dadurch jede einzelne Bewegung vor Ort gestärkt wird.

Meine wichtigste Erkenntnis: viele Bewegungen, wie auch wir, sitzen in einer Isolation des Wissens. Wir wissen extrem viel, aber wir kriegen's nicht an die Bevölkerung vermittelt. Weil wir das nicht bewerkstelligen sollen. Das ist durch diverse Maßnahmen, siehe hier in Stuttgart auch durch den Rahmenbefehl zu dieser Thematik, eingefädelt von den Projektbefürwortern, von Polizei, Staatsschutz und politischer Landesspitze, gedeckt!

Die Rumänen, die Franzosen und die Italiener wurden eine Massenbewegung und sie haben mir eine Idee aufgesteckt, wie wir die Isolation durchbrechen können und sollten, wenn wir Erfolg haben wollen. Sie haben mir auch neuen Mut und Klarheit gebracht, hier weiter auf die Straße zu gehen, geradlinig, entschlossen, sichtbar und unbequem zu sein und noch so einiges mehr zu tun. Was haben die Rumänen gemacht, als eine Abstimmung des Parlaments über Rosia Montana anstand? Sie haben das Parlament besetzt. Derzeit ist das Projekt gestoppt, die Aktienkurse von Gabriel im Keller, 400 Arbeiter vor Ort mussten entlassen werden. Diese Projekte werden nie wegen des mangelnden Geldes gestoppt, sondern nur aus einem Grund: wenn sie politisch nicht mehr opportun, nicht mehr wohl angesehen sind. Darüber sollten wir alle als Bewegung gemeinsam sprechen und so bunt und vielfältig, so frech und kreativ wie wir es in uns tragen und bisher bewiesen haben, dran bleiben. In diesem Sinne: Oben bleiben, dran bleiben, kreativ bleiben! ●

Info:

Die Rede in voller Länge: <http://stuttgart21ueberall.wordpress.com/>

Zum Hambacher Forst: vgl. unseren Schwerpunkt in Juni-CONTRASTE (Nr. 357)

KOMMUNEN UND BÜRGERINITIATIVEN ÜBERNEHMEN IMMER MEHR STROMNETZE

Wechselstrom

Es begann mit kleinen Kommunen, deren Namen keiner kannte: Wolfhagen, Titisee-Neustadt. Seit 2009 ist eine echte Trendwende daraus geworden, die jetzt die Großstädte erfasst: Die Stromnetze, in den 1990er-Jahren privatisiert, gehen wieder zurück an die Kommunen oder an neu gegründete Bürger-Genossenschaften. Allein in den letzten drei Jahren sind 500 Energiegenossenschaften neu entstanden.

FRIEDRIKE GRABITZ, LÜBECK ● Wer ein Stromnetz betreiben will, braucht eine staatliche Erlaubnis, eine so genannte Konzession, die dann für zehn bis fünfundzwanzig Jahre vergeben wird. Da die zeitlich befristeten Konzessionen vor etwa 20 Jahren bundesweit eingeführt wurden, laufen viele nun aus und werden neu vergeben. 2015 werden es besonders viele sein, etwa 1000. Gerade hat Hamburg per Bürgerentscheid die Netzübernahme beschlossen, auch Berlin möchte gern, Stuttgart arbeitet an der Rekommunalisierung der gesamten Grundversorgung, und in Bremen plant die Bürgerschaft einen Rückkauf von 25,1 Prozent aller Energienetze für 225 Millionen Euro.

Die Initiativen sind unterschiedlich professionell, viele sind kommunal (Dresden, Hamburg), andere genossenschaftlich (Lübeck, Schönau). Auch ihre Motivationen unterscheiden sich: In Schönau, Hamburg oder Berlin geht es vor allem um Ökologie, Dresden will regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern, Göppingen hat 2011 rekommunalisiert, um die Finanzspekulation mit öffentlichen Gütern zu unterbinden, und für den Energietisch Berlin ist soziale Fairness bei Strompreisen ein großes Thema.

Für die Hamburgerin Wiebke Hansen ist klar: »Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, zu einem Unternehmen, für das nicht nur Profit wichtig ist – sondern beispielsweise Transparenz und Bürgerbeteiligung. Ein Gutachten der Dresdner Stadtwerke argumentiert, dass die Stadt ein langfristiges strategi-

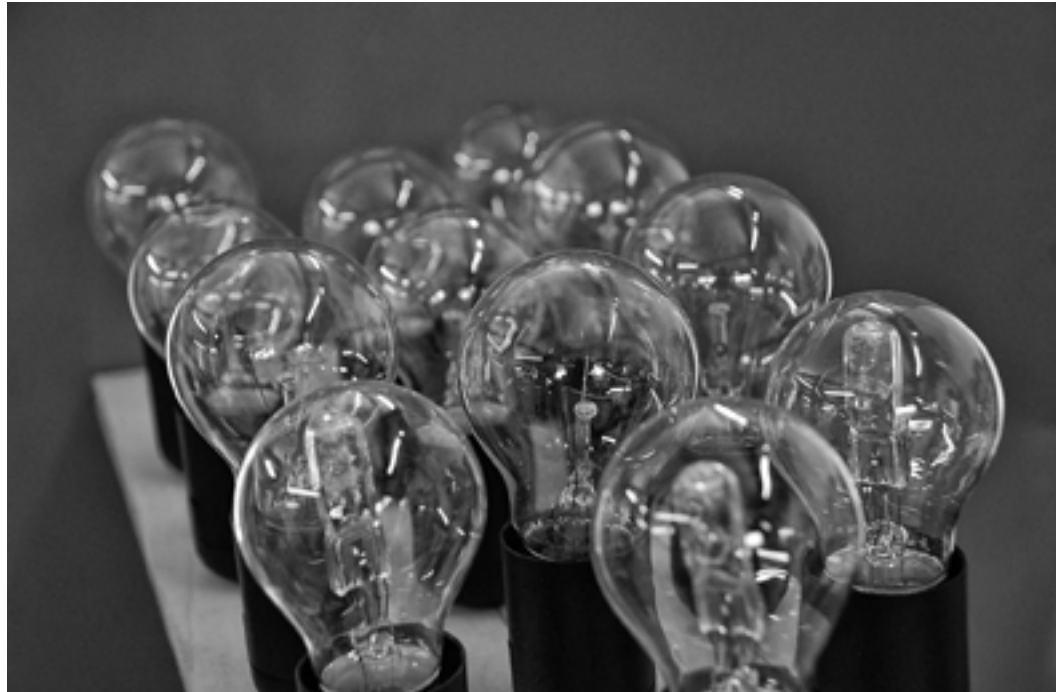


Foto: Friedrike Grabitz

▲ 100 Prozent Grüner Strom braucht andere Netze

Heute sind die Vergabekriterien der Stolperstein« sagt Sladek. Das Kartellamt mache die Kriterien genau so, dass sie in vielen Fällen nur auf die alten Netzbetreiber passen und Bewerber, die die Strukturen für die Übernahme eines Netzes erst aufbauen müssten, praktisch kaum eine Chance haben (s. Interview). Das Kartellamt wacht darüber, dass die Kommunen, wenn sie sich im Vergabeverfahren um die Netze bewerben, diese nicht einfach sich selbst zuschustern. Damit soll es eigentlich Machtkonzentrationen verhindern, was an sich keine schlechte Idee ist. Die Kriterien des Kartellamtes, sagt Sladek, führen aber oft dazu, dass bestehende Energiekartelle erhalten bleiben.

AUFS GANZE: DAS BEISPIEL HAMBURG

Wenn man in Erneuerbare Energien investiert, wozu braucht man dann ein eigenes Stromnetz? »Meinen Sie die Frage jetzt ernst?« fragt Wiebke Hansen. Für sie ist klar, »wenn man die Infrastruktur hat, eröffnen sich ganz andere Möglichkeiten«. Die taffe junge Frau ist Kampagnenleiterin der Initiative »Unser Hamburg – unser Netz«, die in der zweitgrößten deutschen Stadt letztes Jahr eine Volksinitiative für die Übernahme aller Energienetze durch das

städtische Unternehmen Hamburg Energie organisiert hat.

Die »Hamburgischen Electricitäts-Werke« waren 1999 bis 2002 an Vattenfall Europa verkauft worden. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) war gegen einen vollständigen Rückkauf und erwarb zunächst nur 25,1 Prozent. Im Herbst stimmte die Bürgerschaft für eine vollständige Übernahme. 495 Millionen Euro sollen die restlichen 75 Prozent kosten, der Senat vergibt die Konzession zum 1. Januar 2015. Die Initiative möchte auch die Gas- und Fernwärmenetze rekommunalisieren. Alexander Ihl, Sprecher des derzeitigen Betreibers E.ON, zeigt sich unbeeindruckt: »Wir haben oft die Konzessionen wieder bekommen, weil wir die Netze sicher und effizient betreiben können. Wir werden auch diesmal erfolgreich sein.«

Anders als für E.ON, ist für Hamburg Energie der Kauf der Netze ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu 100 Prozent Ökostrom. Als Energieerzeuger verkauft das Unternehmen seit fünf Jahren ausschließlich Strom aus Erneuerbaren, dafür will es das Stromnetz nun umbauen: Schon jetzt fließt aus vielen kleinen Anlagen Strom in beide Richtungen und nicht, wie in der Vergangenheit, hauptsächlich aus großen Kraftwerken zu den Verbrauchern. Die Zukunft des Netzes ist eine dezentrale, autonome Steuerung.

GESCHEITERT: DAS BEISPIEL LÜBECK

Dass die Netzübernahme in Hamburg gegen den Widerstand des Bürgermeisters funktioniert hat, war nach der Erfahrung von Monika Mix-Schröder eher unwahrscheinlich. »Wenn der Bürgermeister das nicht will, kann man es fast vergessen« sagt sie. Sie ist im Vorstand der BürgerEnergie-Genossenschaft Lübeck, die sich im Februar 2013 gegründet hat, um die 25,1 Prozent der Stromnetze in der Hansestadt zu übernehmen, die in privater

Hand waren. Die dänische Firma Dong-Energy wollte ihre Anteile am städtischen Stromnetz verkaufen; es ging also in Lübeck nicht um auslaufende Konzessionen.

Die Stadt, respektive der Bürgermeister, unterstützten das Vorhaben nicht, und die Gruppe schaffte es nicht, die nötigen 42 Millionen Euro einzusammeln, »auch, weil wir viel zu spät informiert wurden und nur ein halbes Jahr Zeit hatten zum Sammeln«. Dass in einer 211.000-Einwohner-Stadt eine derartig hohe Summe an privaten Geldern zusammen kommt, daran hatte indes nicht einmal sie selbst geglaubt. Und die Stadt? Die Finanzlage habe einen derart hohen Kredit nicht zugelassen, sagt Wirtschaftsminister Sven Schindler. »Wir haben dann einen Partner gesucht, der sich mit Stromnetzen schon gut auskennt«. Den Zuschlag bekamen die Aachener Stadtwerke, die Anteile gehen also an eine andere Kommune. Die restlichen 74,9 Prozent hält nach wie vor die Stadt, und die Bürgerinitiative macht einsteilen weiter – mit 150 Mitgliedern, 300.000 Euro Einlagen und dem Ziel, Erneuerbare Energiequellen zu fördern.

DIE REALISTEN: DAS BEISPIEL DRESDEN

Fragt man Christopher Hille, war das Scheitern der Lübecker Initiative nicht verwunderlich. Hille sitzt für die Freien Bürger im Dresdner Stadtrat und zudem im Aufsichtsrat der Dresdner Netzbetreiber. Im Gegensatz zu Dresden ist Lübeck hoch verschuldet, und »eine Übernahme der Netze ist nur sinnvoll, wenn man die Kosten gut refinanzieren kann.«

Dresden hat seine Beteiligungen an den beiden Energienetzen der GESO und der DREWAG 2010 zurückgekauft. Der Handel wurde kritisiert, weil der Rückkaufpreis mit 870 Millionen Euro mehr als zehnmal so hoch war wie die 82 Millionen Euro, die Dresden 1997 für 45 Prozent der kommunalen Stadtwerke bekommen hatte. Dass der damalige Verkaufspreis eher symbolisch war, liegt auch an der besonderen Geschichte der Privatisierungen in Ostdeutschland. Anfang der 1990er Jahre gab die Treuhand die zuvor staatliche Infrastruktur in der Regel nur an Bewerber, die bereits in dieser Branche groß aufgestellt waren – und unterstützte so regionale Monopole.

Der extrem hohe Preis ließe sich vielleicht rechtfertigen, wenn EnBW und E.ON die Netze allesamt grundsanieren hätten. Für die Netze der GESO trifft das offenbar nicht zu: die, sagt Hille, seien zwar noch nicht marode, müssten aber in den nächsten Jahren zum großen Teil erneuert werden, »das wurde aber beim Preis schon berücksichtigt«. Die Refinanzierung sei in jedem Fall gesichert, der jährliche Gewinn liegt bei etwa 60 Millionen Euro. Ebenfalls 2010 hat der Energieverbund Dresden Vattenfall Aktien an dem Energieunternehmen ENSO im Wert von 147 Millionen Euro abgekauft.

HOCH HINAUS: DAS BEISPIEL BERLIN

Die Kommunalisierung in Dresden ist am Ende keine David-gegen-Goliath-Geschichte: hier ist mit den beiden Rückkäufen einer der größten Unternehmensverbände Ostdeutschlands entstanden. Die zurzeit größte Baustelle einer Bürgerenergiebewegung ist die Hauptstadt, und auch hier geht es nicht um Peanuts, sondern um ein riesiges Netz mit 2,2 Millionen Anschlüssen. Das

Netz soll zwischen 800 Millionen und drei Milliarden Euro kosten – je nachdem, ob man den Sachwert, also die theoretischen Kosten für einen Neubau, oder den Ertragswert, das heißt die in den kommenden 20 Jahren erwarteten Einnahmen zugrunde legt. »Das ist wie auf dem Gebrauchtwagenmarkt« sagt Luise Neumann-Cosel von BürgerEnergie Berlin, »der Verkäufer gibt ein utopisches Gebot ab, und am Ende einigt man sich ganz woanders«. 10 Millionen Euro hat die Genossenschaft bis jetzt gesammelt, und wenn sie im Bieterverfahren Erfolg hat, will sie mit dem Land zusammen das Netz betreiben. Für die notwendigen Kredite »hat das Land einen Bürgerschaftsrahmen«.

In Berlin bewerben sich gleich mehrere Basisinitiativen ums Netz. Der Berliner Energietisch ist ein Bündnis, das unter anderem von attac und dem BUND Berlin getragen wird. Für den Energietisch stehen neben ökologischen auch soziale Fragestellungen im Mittelpunkt, so sollen die Stadtwerke für Kleinverbraucher sehr günstige Preise anbieten, die sie durch höhere Kosten für Energieverschwender ausgleichen.

Hätte es eine Signalwirkung, wenn Berlin das Stromnetz bekäme? Sicherlich, sagt Hannes Hönemann, Sprecher von Vattenfall Berlin. Unmöglich sei es nicht, es ist ja schon mehrfach gelungen, Stromnetze zu übernehmen. Aber die Berliner seien weit davon entfernt, genügend Anteile für einen Rückkauf aufzubringen, und die Konzession »aus dem Stand« zu bekommen, sei auch eher unwahrscheinlich. »In den nächsten Jahren sind 1,4 Milliarden Euro Investitionen ins Netz notwendig. Die BürgerEnergie Berlin macht es sich sehr einfach, wenn sie sagt, wir übernehmen einfach alle Mitarbeiter und machen das dann. Wenn es so einfach wäre, könnte man die Konzessionen ja auch verlosen«. Das sieht Neumann-Cosel naturgemäß anders. Investitionen ließen sich aus den Netzentgelten bezahlen, die Gewinne aus dem Netz bleiben so in der Stadt. Vor allem aber sei es »bei einem so wichtigen Element der Daseinsvorsorge wichtig, dass wir darüber die demokratische Kontrolle haben«.

DAS DENKENDE NETZ

Im Fahrplan der großen Energieversorger sollen gigantische Leitungen den Strom großer Kraftwerke quer durch Europa schicken. Sie haben die großen Kohlekraftwerke und deshalb, sagt Luise Neumann-Cosel, »wenig Interesse, in ein Netz für Erneuerbare zu investieren«. Geht es nach den Netzbetreibern aus der Ökobilanz, soll das Stromnetz der Zukunft sich auf viele kleine, ökologische Kraftwerke stützen und dezentral gesteuert sein. Es soll intelligent sein, »smart«. Sie sehen ein Netz, das mitdenkt und gemeinsam mit Elektrogeräten Schwankungen im Angebot oder auch beim Stromkunden ausgleicht, als eleganteste Lösung unserer Energieprobleme.

Man stelle sich vor, ein Gewitter geht über Süddeutschland. Wolken verdunkeln die Dächer, tausende Solarmodule sagen ihrem Netz: Flaute. Jetzt ist Solarstrom teuer. In deutschen Kellern kommunizieren Klimaanlagen und Tiefkühltruhen mit dem Netz – und schalten sich für eine Viertelstunde aus. Dann zieht der Sturm weiter



Foto: Friedrike Grabitz

▲ Können diese Leitungen denken lernen

sches Interesse am Netz hat. Rein finanziell orientierte Investoren dagegen können ihre Investitionsobjekte wechseln. Die Energienetze bringen den Kommunen, anders als beispielsweise städtische Verkehrsbetriebe, gute und vor allem sicher kalkulierbare Einnahmen, was gerade klamme Städte brauchen können, um weniger lukrative Teile der Stadtwerke zu subventionieren.

Trotzdem: Ob der Betreiber des Stromnetzes kommunal oder privatwirtschaftlich organisiert ist, sagt noch nichts darüber aus, wie gut er das Stromnetz betreiben und warten kann. Darauf verweist die LBD Gesellschaft, eine Unternehmensberatung für Stadtwerke. Es gebe auf beiden Seiten gute und schlechte Beispiele.

DIE PIONIERE: DIE »STROMREBELLEN« IN SCHÖNAU

Tschernobyl war die Initialzündung, die alles verändert hat. Nach der Reaktorkatastrophe 1986 war für Ursula und Michael Sladek klar, dass eine sinnvolle Stromversorgung nicht fossil oder nuklear sein darf, und dass es dafür eigene Produktionsmittel braucht. Sie gründeten in der süddeutschen Kleinstadt Schönau eine Bürgerinitiative und gewannen bundesweit Unterstützer, die dabei halfen, 1995 für 6,5 Millionen D-Mark die örtlichen Stadtwerke und wenig später auch das Stromnetz zu übernehmen. Als erste Stadtwerke überhaupt boten sie reinen Ökostrom an und beliefern damit heute 100.000 Haushalte und Unternehmen in ganz Deutschland. Inzwischen sind sie eine Genossenschaft. Die Netzkauf EWS hat ein Versorgungsgebiet von zehn Kommunen, war in Stuttgart Mitbewerber um das Netz (hier unter anderem als Konkurrent der Stadtwerke), Michael Sladek sitzt im Aufsichtsrat der BürgerEnergie Berlin und berät Initiativen, wie sie die Konzessionen für ihre Netze bekommen können. »Als wir damals angingen, war Geld das große Thema.



Foto: Axel Grabitz

▲ Turbulenzen auf dem Netzmarkt. Kabelsalat in Indien

nach Norden, alle Windräder fahren auf volle Leistung. Jetzt gibt es Energie fast zum Nulltarif. Autobatterien und Waschmaschinen in Bereitschaft springen an und verhindern, dass das Stromnetz überlastet wird.

Zentral gesteuert, mit großen, schwerfälligen Kraftwerken, die mit einer Überproduktion von etwa 30 Prozent immer durchlaufen, oder flexibel, dezentral und gefüttert von Tausenden kleiner, sich ergänzender Anlagen – das sind zwei Architekturen von Netzen. Die erste haben wir heute, sie gehört den vier Stromkonzernen, die die deutsche Energieversorgung unter sich aufgeteilt haben. Die zweite ist noch Vision – eine Vision, der wir gerade, Stadt für Stadt, immer ein Stückchen näher kommen. ●

MICHAEL SLADEK EWS ÜBER DIE HÜRDEN DER NETZÜBERNAHME UND DIE ZUKUNFT DER ENERGIEWENDE

66 99

Durch Sturheit mehr erreichen

Elektrizitätswerke Schönau-Vorstand Michael Sladek macht Lobbyarbeit für Energiegenossenschaften. Ein Interview über die Hürden, ein Netz zu übernehmen, und die Zukunft der Energiewende. Die Fragen für CONTRASTE stellte Friederike Grabitz.

Sie haben 1997 das Schönauer Stromnetz übernommen. Warum war das wichtig?

Das war die Voraussetzung dafür, eine kommunale eigene Energieversorgung aufzubauen. Damals war heute ist die Kontrolle über das Netz elementar.

War es schwierig, damals die Konzession zu bekommen?

Nein, eigentlich war es einfacher als heute. Die Stadt konnte frei entscheiden, wem sie sie gibt. Heute kontrolliert das Kartellamt die Vergabekriterien der Kommunen und zwingt sie fast, den großen Energieversorgern die Netze zu lassen. Dabei schreibt das Grundgesetz ganz klar vor, dass die Energieversorgung Aufgabe der Kommunen ist.

Ist das Kartellamt nicht eigentlich dafür da, den Wettbewerb zu fördern?

Ja, es ist widersinnig. Die Behörde, die den Wettbewerb fördern soll, untergräbt ihn, die wollen Zentralismus auf dieser Ebene. Da sitzen im Vorstand zwei Entscheider, die als sehr wirtschaftsfreundlich gelten. Im Moment ist sehr Vieles vor Gericht. Kommunen klagen, häufig klagen aber auch die alten Netzbetreiber, dass sie bei der Vergabe benachteiligt wurden. Ich vertraue auf das Verfassungsgericht, aber die Stromkonzerne haben oft den längeren Atem. Wir sollten einen Klageunterstützungsfonds einrichten.

Wenn es dann mal klappt mit der Konzession, sind die Netze beim Rückkauf häufig viel teurer als damals bei der Privatisierung.

Die Bundesnetzagentur kontrolliert die Preise für die Durchleitung des Stroms und gibt auch Leitlinien für den Kaufpreis. Da wird zum Beispiel hinein gerechnet, wie viel in die Netze investiert wurde. Bei uns drehte sich damals alles um den Kaufpreis, das ist heute anders. Kosten und Einnahmen sind auch sehr gut kalkulierbar, jeder weiß genau, wie viel er mit dem Netz verdienen



▲ Michael Sladek

Foto: Privat

wird. Die können keine Traumpreise mehr nehmen.

Sie begleiten Initiativen bei dem Versuch, die Stromnetze zu übernehmen. Wo brennt es gerade?

In Stuttgart schauen wir, wie die Netzübergabe läuft, in Berlin unterstützen und beraten wir und helfen mit Risikokapital. Es gibt viele Baustellen.

Worauf müssen die Bewerber besonders achten?

Sie dürfen bei der Bewerbung keine Fehler machen. Die Kartellbehörde hat bestimmte Kriterien. Umweltfreundlichkeit ist ein Kriterium, aber es zählt nur fünf Prozent, Versorgungssicherheit dagegen ist mit 50 Prozent viel wichtiger, und dass man die garantieren kann, ist sehr schwer zu beweisen, wenn man noch kein Netz hat.

Sie als Netzbetreiber könnten ja mit ins Verfahren gehen.

Das machen wir auch, aber wir haben zum Beispiel nicht genügend Mitarbeiter. Die kann man ja auch

nicht einstellen, bevor man die Konzession nicht hat, aber ohne sie hat man dann die Voraussetzungen nicht.

Bieten für die Stromkunden nicht die großen, zentralen Betreiber mehr Sicherheit als ein Flickenteppich aus vielen kleinen?

Nein, denn wir nutzen das Potential vor Ort, zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung, und das kriegt man nur lokal hin. Wir können auch schneller auf Schwankungen reagieren und sind näher dran am Bürger.

Die Netze sind teilweise marode. Ist es riskant, ein Netz zu übernehmen, das renoviert werden muss?

Nein. Ein schlechtes Netz zu übernehmen, ist erst einmal billiger, und dann kann man beispielsweise hoch moderne, neue Trafos einbauen.

Was können Bürger machen, wenn die Kommune nicht mitzieht?

Dann können sie das selbst organisieren, zum Beispiel mit 40 Prozent Eigenkapital und einem Darlehen von

der Bank. Das Problem ist im Moment eher, das Netz zu bekommen, nicht die Finanzierung. Wir haben so viel privates Vermögen angespart, am Geld mangelt es nicht. Wir haben uns schon oft gefragt, wie finanzieren wir das, und dann kam am Ende genügend Geld zusammen.

Wie haben Sie es geschafft, in ganz Deutschland so viele Stromkunden zu finden?

Das Wichtigste ist konsequentes Handeln, und nicht von seinen Prinzipien abzuweichen. Einfach durch Hartnäckigkeit und Sturheit haben wir sehr viel erreicht.

Welche Rolle spielt das Netz für die Energiegewinnung?

Es führt Produktion und Nachfrage zusammen. Die Erneuerbaren kommen nur dann wirklich in die Netze, wenn ich die Netze habe. Dann kann ich auch schauen, wie das Verhalten der Verbraucher ist, und darauf reagieren, Stichwort Smart Grid. Die strenge Trennung von Stromproduktion, Verteilung und Netz wird es so nicht mehr geben, wenn immer mehr ehemalige Verbraucher selbst produzieren.

Wenn... die Politik schlägt ja gerade einen anderen Weg ein.

Das ist eine Katastrophe. Wir waren zu erfolgreich, jetzt gibt es einen Kampf um die Vormacht der Energiewende. Die EEG-Abgabe wird zum Beispiel immer höher, weil die Erneuerbaren zu günstig werden an der Börse. Gleichzeitig subventioniert jeder deutsche Haushalt die Großindustrie, die von der Umlage befreit ist, mit 80 Euro im Jahr – auch Hartz IV-Empfänger.

Kann man durch den Kauf der Netze die »alte« Energiewende retten?

Ich denke schon. Die Strukturen bekommen immer mehr Bedeutung. Es ist politisch gewollt, dass die großen Konzerne die Macht auf dem Energiemarkt behalten. Unsere Chance dagegen ist jetzt, dass wir, die Bürger, den Zugriff auf die Strukturen nehmen.

Ist die Energiewende hin zu Erneuerbaren noch aufzuhalten?

Nein, ist sie nicht. ●

LESERBRIEF ZU WAGNER & CO SOWIE ZUM PHOTOVOLTAIK-INTERVIEW

Debatte zu Selbstverwaltung

Zu zwei Beiträgen in der Juni-Ausgabe der CONTRASTE hat uns ein Leserbrief von Martin Esch erreicht. Wir dokumentieren den Leserbrief und fügen im Zusammenhang mit dem angesprochenen Beitrag zum Selbstverwaltungs- und Solarpionier Wagner & Co einige aktuelle Informationen zur geplanten Betriebsübernahme als Genossenschaft hinzu.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● Um welche Beiträge geht es? – Im Bericht »Wir wenden weiter« auf Seite 4 berichteten wir von der Insolvenz des Solarpioniers Wagner & Co und davon, dass die Belegschaft das Unternehmen gemeinsam mit KundInnen und interessierten BürgerInnen weiterführen will. Außerdem fügten wir die damals aktuelle Information hinzu, dass eine Gruppe von Wagner-Aktiven die Gründung einer Genossenschaft beschlossen hatte, um das Unternehmen auf breiterer Basis fortführen zu können.

Der zweite, thematisch ergänzende Beitrag auf Seite 5 war ein Interview zur Zukunft der Solarbranche mit Klaus Köln von »Umweltfreundliche Energieanlagen« (UfE). Als Weggefährte von Wagner & Co gab er Auskunft zur Entwicklung der Branche und auch dazu, dass sie bei UfE heute »professioneller geworden« sind und »nicht mehr selbstverwaltet« sind.

LESERBRIEF

Martin Esch hat uns zu den beiden Beiträgen seine Stellungnahme geschickt, die wir in voller Länge wiedergeben: »Klaus Köln wird – wie ich es von CONTRASTE erwartet habe – gleich zu Beginn auf das Thema »Selbstverwaltung« angesprochen. Seine Antworten finde ich vage. Er spricht von Professionalisierung, Grenzen der Selbstverwaltung. Die Spezialisierung, z.B. beim Erstellen des Jahresabschlusses, sei der Grund, warum sie heute nicht mehr selbstverwaltet seien. Auch entspreche die Trennung zwischen Führungspersonal und Angestellten bei Wagner nicht der ursprünglichen Idee der Selbstverwaltung.



Foto: Christof Geiger

Fürwahr, einige der ursprünglichen Ideen der Selbstverwaltung haben sich in vielen Unternehmen als nicht lebbar erwiesen. Aber ist deswegen die Selbstverwaltung von Betrieben überholt? Wenn es denn für bestimmte Aufgaben ExpertInnen und Führungskräfte geben muss, werden sie gewählt und sind im Prinzip jederzeit absetzbar? Und wem gehört die Firma? Wer bestimmt über die Grundsatzfragen des Unternehmens, über Strategien und die interne Organisation, wer legt z.B. die Richtlinien für die Höhe der Löhne fest? Hier wäre ich neugierig, wie Wagner und auch die UfE, bei der Klaus arbeitet, sich konkret verhalten.«

Da die Debatte rund um die Entwicklungen bei Wagner & Co intensiv am Laufen ist, wollten wir den Leserbrief umgehend veröffentlichen, obwohl er erst wenige Tage vor der Schlussredaktion eintraf. Eine Diskussion in der Gesamtedaktion war aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Daher an dieser Stelle eine erste Reaktion des Autors, der den Beitrag »Wir wenden

weiter« geschrieben hatte (auch Autor dieses Beitrags):

Die 35-Jahre lange und bewegte Geschichte von Wagner & Co zeigt aus meiner (Außen-)Sicht, dass die »Selbstverwaltung von Betrieben« eben nicht überholt ist: Solarpionier, Impulsgeber der Branche und erfolgreicher mittelständischer Betrieb mit diversen Auszeichnungen sind ja durchaus als Erfolg des Unternehmens zu betrachten. Und DIE eine Form der Selbstverwaltung (Synonym für die Idee der Selbstverwaltung) gibt es aus meiner Sicht eh fast nicht, sondern es haben sich im Verlauf der Jahre je nach Branche, lokalen Gegebenheiten und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den beteiligten Personen jeweils ganz unterschiedliche Unternehmensformen herausgebildet, die mal diese und mal jene Selbstverwaltungs-Ideen mehr oder weniger in den Alltag umsetzen und etablieren konnten. Der Anspruch der CONTRASTE, bzw. mein Interesse als Autor wird es auch weiterhin sein, von diesen und über diese Erfah-

rungen zu berichten, bzw. AutorInnen zu ermuntern, selbst über ihre eigenen Unternehmen/Betriebe/Projekte zu schreiben.

Außerdem bin ich nicht der Meinung, dass die Insolvenz von Wagner & Co nun als Scheitern der Selbstverwaltung bewertet werden sollte. Beispielsweise wurde sie von der Erneuerbaren Energien-Branche (Eurosolar) als »Fanal falscher Energie- und Wirtschaftspolitik« in Deutschland bezeichnet, demzufolge in erster Linie ursächlich mit den politisch rückwärtsgewandten Entwicklungen der Bundesregierung in Verbindung gebracht. Folgerichtig geht die am 17. Juni neu gegründete Genossenschaft Wagner Solar eG zusammen mit Campact, dem Naturschutzbund und anderen entsprechend politisch in die Offensive, indem sie die Bundestag-ParlamentarierInnen aufforderte, die Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), zu der auch die Einführung der sogenannten Sonnensteuer gehören würde, abzulehnen.

GENOSSENSCHAFTS-MITGLIEDER AUCH VON AUßEN ERWÜNSCHT

Wagner Solar eG will weiterhin Selbstverwaltung und plant als Genossenschaft die Fortführung des Unternehmens. KundenInnen, interessierte BürgerInnen und Unternehmen seien eingeladen, der Genossenschaft als Mitglied beizutreten. Pressesprecher Christof Geiger sagte: »Um kurzfristig ein Angebot an den Insolvenzverwalter abgeben zu können, muss die Genossenschaft nun schnell wachsen. Die Eigenkapitalbasis spielt dabei eine zentrale Rolle. Bereits mit 500 Euro kann man einen Anteil erwerben, um sich an Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Solaranlagen und ökologischer Heiztechnik zu beteiligen. Die Produktionseinrichtungen und Arbeitsplätze in Kirchhain und Cölbe sollen weitestgehend erhalten bleiben.«

Wer die Zukunft der Wagner Solar eG ermöglichen, aber noch kein Risiko eingehen will, kann auch TreugeberIn werden. Dabei wird der Beitrag zuerst auf ein Treuhandkonto überwiesen. Auf der Homepage der Genossenschaft finden Interessierte weitere Informationen und die Unterlagen zum Beitritt in die Genossenschaft: www.wir-wenden-weiter.de ●

ERNEUT FINDET VOM 26.07. BIS ZUM 03.08.2014 EIN KLIMACAMP IM RHEINLAND STATT

WiderWachsen

Abschalten für das Gute Leben

Im Rheinischen Braunkohlerevier ist täglich zu beobachten, wie ein auf Wachstum und Ausbeutung ausgelegtes Wirtschafts- und Machtssystem zu Zerstörung von Lebensgrundlagen führt. Die Dimensionen sind nahezu unfassbar und dennoch oder gerade deswegen ist der gesellschaftliche Widerstand dagegen relativ übersichtlich. Das Klimacamp findet vom 26.07. bis zum 03.08.2014 im Rheinland statt. Es ist eine Aktionsform, die dazu beitragen möchte, den aktuellen Zustand zu ändern.

MELANIE SCHUBERT, AUSGECO2HLT AUS KÖLN ● Im Dreieck zwischen Köln, Düsseldorf und Aachen betreibt der Energiekonzern RWE drei Braunkohletagebaue und fünf Großkraftwerke. In diesem Gebiet werden im Jahr über 100 Millionen Tonnen CO₂ durch das Verbrennen der Kohle emittiert, also in die Luft abgegeben und dadurch der menschengemachte Klimawandel erheblich angeheizt. Von den Folgen lesen wir täglich: Extremwetterereignisse weltweit; folgende Dürren, Fluten und Flucht. Zu allererst sind die Menschen betroffen, die am Wenigsten dazu beigetragen haben: Menschen im politischen Süden; am unmittelbarsten Frauen. Gleichzeitig verursacht der Abbau des dreckigsten aller Energieträger verheerende lokale Folgen: Menschen werden umgesiedelt; Kulturgüter, Ökosysteme und landwirtschaftliche Nutzfläche für immer zerstört; Anwohner*innen durch Feinstaub gefährdet.

So weit so schlimm. Bereits seit Jahrzehnten wird im Rheinland an diesem Thema gearbeitet; seit etwa vier Jahren vermehrt auch durch Aktivist*innen. Und dennoch scheint es, als würde einem Großteil der Bevölkerung das Unmögliche möglich: Sie schauen weg; bleiben untätig; im Schlimmsten Falle leugnen sie sogar den Zusammenhang zwischen der Änderung des Weltklimas und den anthropogenen Treibhausgasen. In nicht wenigen Konferenzen, Diskussionsrunden und abendlichen Gesprächen geht es darum diesem Phänomen auf die Schliche zu kommen und am Ende DEN Hebel zu entdecken, der die bestehende Situation ändern könnte. Die ernüchternde als auch aufregende Antwort darauf lautet meistens: DEN Hebel gibt es nicht; eine Vielzahl an Aktivitäten und Ansatzpunkten sowie eine Vielfalt an Akteur*innen ist nötig um sich zum Einen dem Treiben des Energiekonzerns entgegen zu stellen und zum Anderen noch viele weitere Menschen dazu zu bewegen, es gleich zu tun. Das Klimacamp im Rheinland trägt seit 2010 genau dazu seinen Teil bei.

Ein Klimacamp basiert auf vier zentralen Säulen: Alternativen leben, gegenseitige Bildung, Vernetzung und Aktionen. Das Klimacamp im Rheinland ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Bewegungs- und Begegnungsort für Bürger*inneninitiativen, Aktivist*innen und Jugend(umwelt)organisationen gleichwohl geworden. Hier ist es möglich verschiedenste Perspektiven zusammen zu bringen, Unterschiede kritisch-solidarisch zu thematisieren und Stärken gemeinsam zu nutzen. Daraus entsteht Raum für neue



▲ Kohlekraftwerke abschalten

Dynamiken, neue Ideen und neue Kraft für den nicht allzu leichten Kampf. Die Besonderheit dabei ist, dass an einem unmittelbar vom Braunkohleabbau betroffenen Ort lokale Auswirkungen erfahrbar werden. Gleichzeitig werden durch Vorträge, Filmvorführungen und Austausch mit Aktiven aus anderen Teilen der Erde globale Zusammenhänge und dahinter stehende Strukturen deutlich, die all das erst möglich machen. Zudem bietet sich auch direkt die Möglichkeit zur Intervention; in den letzten Jahren haben zeitgleich zum Klimacamp Demonstrationen, Kohlezugblockaden sowie eine Wiederbesetzung des Hambacher Forsts stattgefunden. Der ausgeCO2hlt Schwerpunkt wird dabei nicht nur aus dem eigenen Aufruf für das diesjährige Klimacamp ersichtlich, sondern auch und vor allem aus dem Diskussionspapier zum gleich lautenden Jahresthema von ausgeCO2hlt: »WiderWachsen – Abschalten für das Gute Leben!«. Wir haben den Diskurs zum Begriff des Postwachstums aufgenommen und für uns diskutiert. Zusammenfassend haben wir festgestellt, dass wir viele Aspekte vertreten und uns für diese stark machen; und dennoch fehlen uns zwei zentrale Momente. Zum Einen erkennen wir, dass es zusätzlich zu lokalen Gemeinschaftsprojekten auch

direkten Widerstand gegen Industriezweige und die Gewinnung fossiler Energieträger geben muss um am derzeitigen CO₂ Ausstoß signifikant etwas zu ändern. Zum Anderen fehlt uns in den allermeisten der Postwachstumsdebatten eine substantielle Kritik an den bestehenden Herrschafts- und Machtstrukturen; ebenso wird kaum außerhalb »nationaler« Grenzen gedacht oder z.B. gender- und antirassistische Perspektiven

mit einbezogen. Aber genau das ist für uns essentiell, wenn es darum gehen soll, eine tatsächliche Alternative zum Status Quo aufzubauen. Auf dem diesjährigen Klimacamp werden wir im bestehenden Bündnis genau diese Zusammenhänge stark machen. ●

Mehr Informationen unter:
 ☞ klimacamp-im-Rheinland.de
 ☞ ausgeCO2hlt.de

Foto: Privat

Info

Der Kohle-Widerstand im Rheinischen Revier ist ...

... vor allem eins: vielfältig! Schon seit Jahrzehnten wehren sich Bürger*inneninitiativen und Umweltverbände vor allem mittels juristischer Schritte und Öffentlichkeitsarbeit gegen die Konzernpolitik von RWE. Seit etwa vier Jahren werden sie durch ein aktivistisches Spektrum unterstützt. Zeitgleich zum zweiten Klimacamp 2011 fand die erste Kohlezugblockade im deutschsprachigen Raum statt. Die im Anti-Atom-Widerstand erprobte Aktionsform hat sich seitdem weiter entwickelt – sodass auch im vergangenen Jahr über 250 Aktivist*innen auf den Gleisen der größten Kohlebahn im Revier saßen und somit

den Transport direkt verhinderten. Im April 2012 wurde im Zuge eines Waldfestes der Hambacher Forst erstmalig besetzt. Die Besetzung wuchs zu einem Begegnungsort für Anwohner*innen und Aktivist*innen gleichwohl. Im November 2012 wurde die Waldbesetzung geräumt – benötigt wurden dafür nicht nur vier Tage sondern auch zahlreiche Einsatzkräfte und Technik. Grund dafür war nicht zuletzt ein Aktivist, welcher sich in einem Tunnel in sechs Meter Tiefe befand. Seitdem wird der Wald immer wieder besetzt – derzeit befinden sich drei Waldbesetzungen in den Wipfeln.

NETZWERK NEWS

Fördern Vernetzen Unterstützen

NETZWERK
der politische Förderfonds

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
 ☞ <http://www.netzwerk-selbsthilfe.de>

» Von deutschen Dichtern lies am meisten, die soviet wie Mühsam leisten.« *

»Denn du, mein Lieber, bist ein famoser Kerl, aber in Sachen der Schriftstellerei, bist du ein pfuschender Anfänger, von dem mir nicht sicher ist, ob er eine in Betracht kommende literarische Begabung hat« (Gustav Landauer an Erich Mühsam, 1901). Mit diesen Worten beginnt die innige aber komplizierte Freundschaft zwischen Gustav Landauer und Erich Mühsam, die den jungen Schriftsteller maßgeblich beeinflussen wird. Mühsam, gerade 22 Jahre alt, hatte sein Apothekerlehre abgeschlossen, sich aber entschieden, als Freier Schriftsteller zur Lösung der »Sozialen Frage« beizutragen. Er wird Redakteur der Wochenzeitschrift 'Der arme Teufel', veröffentlicht erste Gedichte und

knüpft Kontakte zu anarchistischen Gruppen. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges wendet er sich mit aktiver Agitation gegen den Krieg. 1919 gehört er mit Gustav Landauer und Ernst Toller zu den Wortführern der Münchner Räterepublik, die von Ebert und Noske durch Reichswehr und Freikorps blutig gestürzt wird. Mühsam wird zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. 1924, wieder in Freiheit, setzt er sich literarisch als auch politisch dafür ein, die Linkskräfte zur Revolution zu bewegen. Der famose Mühsam ist schon lange kein pfuschender Anfänger mehr, bildhafte Polemik mit Witz und scharfer Treffsicherheit werden zum unverwechselbaren Stil des Freigeistes. In der Nacht

des Reichstagsbrands wird Mühsam verhaftet, eingekerkert und im Januar 1934 ins KZ-Oranienburg überführt. 14 Monate wird er gefoltert und misshandelt, aber Mühsam bleibt unbeugsam, schwört seiner Frau, niemals Selbstmord zu begehen. Am 10. Juli 1934 wird er von der SS ermordet. An die tapfere Unbeugsamkeit Mühsams erinnert Ernst Toller 1937 im Exil; »sie stellten Mühsam an die Wand des Gefängnishofes und drohten ihn zu erschießen, wenn er nicht die Nazihymne singe.« Er weigerte sich. Sie legten die Gewehre auf ihn an. Erich Mühsam straffte sich. Und er sang. Er sang: Die Internationale! Am 10. Juli 2014 jährt sich sein Todestag zum 80. mal.

Erich Mühsam – Gedenk-Demo am 12. Juli 2014 in Oranienburg

In diesem Jahr organisieren die Nordost-Berliner Antifa-Gruppen das Gedenken zum 80. Todestag Erich Mühsams. Geplant ist eine würdevolle Gedenkveranstaltung am KZ Oranienburg. Im Vorfeld wird es einen Gedenksparadegang durch die Oranienburger Innenstadt, hin zum KZ geben. Treffpunkt ist S-Bahnhof Oranienburg um 13 Uhr. Mit dem Gedenken sollen

seine freien Vorstellungen von Sozialismus und anarchistischen Ideen wach gehalten werden.

»Drum will ich Mensch sein, um zu dichten/will wecken, die voll Sehnsucht sind/dass ich im Grab den Frieden find/des Schlafes nach erfüllten Pflichten« (Erich Mühsam aus 'Dichter und Kämpfer')

Stella Napieralla

Weitere Informationen unter:
 ☞ <http://www.erich-muehsam.tk>

* (Von Mynona (Salomo Friedländer); Erich Mühsam in einer Postkarte an Erich Ebstein, 23. Juni 1913)

CULTURAL COMMONS COLLECTING SOCIETY – C3S SCE

Zeitgemäße Vertretung der Urheberrechte von Musikerinnen und Musikern

Ein Interview mit Veit Winkler von der C3S



▲ Veit Winkler

Foto: Privat

Veit Winkler ist eines von elf Mitgliedern im Verwaltungsrat von der C3S und hat sein Domizil schon längere Zeit in Graz aufgeschlagen. Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz hat für CONTRASTE mit ihm über den aktuellen Stand der Dinge, die nächsten Pläne und seine Motivation gesprochen.

Veit, was war der Anlass die C3S zu gründen? Warum braucht es eine eigene Verwertungsgesellschaft und was ist eure Kritik an der GEMA?

Veit Winkler: Ein Punkt ist, die bestehenden Verwertungsgesellschaften in der EU haben praktisch eine monopolistische Stellung. Das führt zu Ungleichheit, weil der Monopolist bestimmen kann, was er will, etwa den Verteilungsschlüssel oder die Preise.

Dazu kommt, dass andere Verwertungsgesellschaften für Musik sich nicht ausreichend an die Veränderungen der letzten 10 – 20 Jahre im Musikmarkt angepasst haben. Das Internet, die Digitalisierung von Musik, eine ganz neue Art von Verbreitungskultur, wo Leute ihre Werke oft kostenlos zur Verfügung stellen oder mit völlig anderen Wirtschaftsmodellen. Wenn man früher

mit Musik Geld verdienen wollte, dann musste man im Radio gespielt werden, Konzerte geben, CDs verkaufen. Heute verdienen Leute über Youtube Geld, oder andere Portale oder über den I-tune-Store von Apple, oder ganz andere Modelle. Der dritte Punkt ist die Intransparenz. Niemand weiß genau, wie die GEMA das Geld verteilt. Ich kenne Künstler, die sagen, dass sie grundsätzlich jede Abrechnung anfechten, weil sie dann mehr bekommen beim zweiten Versuch.

Und die Künstlerinnen und Künstler haben da keine Mitsprachemöglichkeiten?

Doch, nur die GEMA hat 65.000 Mitglieder in Deutschland, davon sind knapp 7.000 außerordentliche Mitglieder, etwa 3.500 ordentliche und der Rest sind sogenannte angeschlossene Mitglieder. Ein volles Stimmrecht haben die ordentlichen Mitglieder und das sind nicht alles Musiker, da sind auch Erben dabei und Verlage. Außerordentliche und angeschlossene Mitglieder werden auf den Mitgliederversammlungen durch Delegierte vertreten, die ihrerseits ein volles Stimmrecht haben. Es existieren aber insgesamt nur 64 Delegierte, die mit jeweils einer Stimme die über 60.000 außerordentlichen

und angeschlossenen Mitglieder vertreten, während jedes ordentliche Mitglied eine volle Stimme hat.

Und das wollen wir anders machen, bei uns ist in der Satzung festgelegt, dass jedes Mitglied gleiches Stimmrecht hat. Jede Person hat genau eine Stimme, das ist vollkommen unabhängig davon, ob diese Person von der Musik gut leben kann oder ein Nachwuchskünstler ist, der gerade seine ersten Kompositionen schreibt und noch nie einen Cent Einnahmen generiert hat. Ein weiterer großer Unterschied: bei uns können nur Leute abstimmen, die selber Künstler sind.

Du hast vorhin gesagt, die bestehenden Verwertungsgesellschaften sind nicht mit der Zeit gegangen. Da ist einerseits die Verbreitungsmöglichkeit über das Internet und neue Geschäftsmodelle, aber andererseits geht es ja auch um Creative Commons-Lizenzen?

Wir wollen diese freien oder teilweise Freien Lizenzen anbieten und unterstützen, aber nicht nur. Es wird bei uns auch ganz normale klassische Lizenzen geben, wie bei der GEMA und anderen Verwertungsgesellschaften auch. Keiner wird bei uns gezwungen, etwas zu verschenken, aber, es ist möglich auf eigenen Wunsch hin einen Teil seines Werkes zu verschenken oder zu nicht kommerziellen Zwecken frei zu geben. Stark kritisiert wird ja, dass man ein Problem hat, ein Benefizkonzert zu geben, weil man automatisch für alle Aufführungen Tantiemen abführen muss. Der Konzertveranstalter muss dann bezahlen, obwohl der Musiker sagt, ich möchte hier meine Musik frei zur Verfügung stellen.

Du sagst, du warst nie bei der GEMA, du bist aber offensichtlich bei der C3S? Was hat dich motiviert, mitzumachen?

Ich bin Musiker, habe aber keine kommerziellen Ambitionen, für mich ist Musik ein Hobby. Ich hab zufällig vor etwa eineinhalb Jahren von der C3S erfahren und fand das als Prinzip toll, dachte aber, das wird eh nichts. Ich hab mich im Newsletter eingetragen und vor einem Jahr ungefähr kam eine Mail, wir sind jetzt in der Gründungsphase und wir suchen Gründer. Da hab ich bemerkt, die meinen das tatsächlich ernst, und das hat Hand und Fuß und könnte funktionieren und hab gesagt, da möchte ich Teil davon sein, obwohl das für mich wirtschaftlich nicht relevant ist. Es ging einfach darum, dass ich gerne bei Projekten mitarbeite, die versuchen verkrustete Strukturen aufzubrechen und wo man etwas Zeitgemäßes aufbauen kann, das neuen Schwung bringt.

Wer sind denn die Menschen, die bei der C3S sind und wieviele Mitglieder seid ihr derzeit?

Sind es nicht lauter Berufsmusiker, die sich in der C3S engagieren. Viele kommen aus dem Bereich Informationstechnologie, Datenschutz, die ganze IT-Schiene ist stark vertreten. Es ist ja auch unser

Ansatz das ganze Verwertungssystem durch technische Möglichkeiten zu lösen. Bei der Gründungsversammlung am 23. September in Hamburg waren es 50 Personen, die das alles aufgesetzt und unterzeichnet haben. Die eigentliche Gründung ist ja erst mit der Eintragung der Genossenschaft erfolgt, im März 2014. Damals waren es bereits etwa 800 Mitglieder.

Woran arbeitet ihr gerade? Gibt es bezahlte Jobs?

Bisher ist viel unbezahlte Arbeit hineingeflossen, aber ab 1. Juni geht das vom Land NRW geförderte Entwicklungsprojekt für die Verwertungsgesellschaft los. Über dieses Projekt werden die ersten Leute angestellt. Die sollen die Software für Verwertungsgesellschaft und Abrechnungsstrukturen entwickeln.

Wer kann bei der C3S Mitglied werden?

Im Moment können Menschen aus allen EU-Ländern bei uns Mitglied werden, wir sind ja eine europäische Genossenschaft. Das ist unabhängig von der Musikverwertung. Als Verwertungsagentur müssen wir bei der derzeitigen Gesetzeslage in jedem Land getrennt eine Zulassung erreichen, das ist je nach Land sehr unterschiedlich. Die einzige Bedingung ist, dass man mindestens 3 Werke einreicht, dann wird man stimmberechtigtes Mitglied.

Warum habt ihr die Rechtsform der Genossenschaft gewählt und warum die europäische Genossenschaft?

Die Genossenschaft erlaubt uns diese Form von gleichmäßiger Basisdemokratie und fairem System, jede Person hat eine Stimme unabhängig von den Anteilen. Es ist einfach die Gesellschaftsform, die das ermöglicht, was wir wollen.

Warum europäische Genossenschaft: Wir wollen europaweit wirken. Das macht es nicht einfacher, aber wir wollten ein Zeichen setzen, dass wir eben nicht eine neue deutsche Verwertungsgesellschaft sind, sondern dass wir, mit der Zeit gehend und europäübergreifend, alles zusammenbringen wollen. Musik wird in allen Ländern gespielt, ist auch relativ sprachunabhängig.

Was hat ein Musiker für einen Nutzen, wenn er bei euch und nicht bei der GEMA ist?

Sobald wir als Verwertungsgesellschaft tätig sein können, ist es die Möglichkeit für Musiker, die eigenen Rechte von einer zeitgemäßen und fairen Verwertungsgesellschaft wahrnehmen zu lassen, die darauf ausgerichtet ist, Musiker mit unterschiedlichem wirtschaftlichen Erfolg gleichermaßen zu unterstützen und zu fördern. Unsere Philosophie, wie Musik behandelt werden soll, wie das Urheberrecht behandelt werden sollte, wie man die Autoren respektieren sollte, was Transparenz ist, findet man im Cultural Commons Manifesto auf unserer Webseite.

Weitere Informationen unter:

www.c3s.cc

EUROPÄISCHE GENOSSENSCHAFT C3S

Im Zwiespalt von Verwerten und Fördern – eine Alternative zur GEMA

Im September 2013 wurde die Genossenschaft Cultural Commons Collecting Society – C3S in Hamburg gegründet. Die Eintragung als Europäische Genossenschaft erfolgte am 28. Februar 2014. Die C3S will als europaweit agierende Verwertungsgesellschaft eine Alternative zur GEMA aufbauen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Gegenstand der Genossenschaft Cultural Commons Collecting Society ist »die treuhänderische Wahrnehmung der urheberrechtlichen Befugnisse der Mitglieder, die der Genossenschaft durch Berechtigungsvertrag anvertraut wurden sowie die Verteilung der erzielten Einnahmen an die Berechtigten.«

In Abgrenzung zur GEMA sollen mehr Transparenz beim Verteilungsschlüssel, verstärkte Mitsprache der Mitglieder, niedrigere Managementgehälter und eine stärkere Solidarität zwischen gut verdienenden Künstlern und denen, die am Existenzminimum leben, erreicht werden. Der Pflicht- bzw. Mindestanteil um Mitglied der Genossenschaft werden zu können, beträgt 50 Euro. Maximal können für 3.000 Euro Anteile gezeichnet werden, wobei auch dann das Prinzip »ein Mensch, eine Stimme« gilt. Grundsätzlich können nur Urheber ordentliches Mitglied werden und ihr Stimmrecht wahrnehmen.

KÜNSTLER UNTERSTÜTZEN

Gewählt wurde die bisher in Deutschland äußerst selten vorkommende Rechtsform der Europäischen Genos-

senschaft (SCE). Der in der Satzung festgelegte Sitz einer SCE muss in einem Mitgliedstaat der EU liegen. Sie bildet das Gegenstück auf europäischer Ebene zu den nationalen genossenschaftlichen Rechtsformen in den Mitgliedstaaten. Der Zweck besteht in der Förderung von Tätigkeiten der Mitglieder und in der Befriedigung von Mitgliederbedürfnissen. Musik wird heute häufig per Internet verbreitet und unterliegt deshalb kaum nationalen Grenzen.

Ein weiterer Grund der Initiatoren für diese Entscheidung: Die C3S will europaweit tätig werden und nutzt dies als starkes Symbol. Nicht zuletzt die fehlenden Erfahrungen mit diesem seit 2006 zulässigen Rechtskonstrukt in Deutschland führten aber dazu, dass sich die Eintragung als Genossenschaft vergleichsweise lange hinzog. ●

ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER · 66/2014 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

THEMA
HELLERSDORF UND DIE FOLGEN

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail: redaktion@zag-berlin.de
Internet: www.zag-berlin.de

ANZEIGEN

EX-MAFIALAND IN GENOSSENSCHAFTSHAND

Die Aufkleber-Revolution

Die Schutzgelderpressung ist in Sizilien heute leider noch durchdringender als in der Vergangenheit, so dass in einigen Teilen Siziliens fast alle Unternehmen betroffen sind. Mit der Erpressung von Schutzgeld finanziert die Mafia ihre Organisation, unterhält die Familienangehörigen von Hunderten ihrer inhaftierten Mitglieder und festigt durch Einschüchterung ihre Kontrolle über das Territorium. Aber jetzt ändert sich etwas.

GIULIANA GIORGI, BERLIN ● Nach der Mobilisierung Anfang der 2000er Jahre für eine »Globalisierung von unten« kehrten einige sizilianische Aktivisten in ihre Stadt Palermo zurück. Sieben junge Leute von Attac und vom Lilliput-Netz (globalisierungskritische, betont basisdemokratische soziale Bewegung der Nuller Jahre) wollten einen Fair-Trade Pub in Palermo eröffnen. Im Geschäftsplan vermerkte ein Freund unter den Ausgabenposten auch »Pizzo« (Schutzgeld). Sie wollten das nicht hinnehmen und beschlossen, einen Aufkleber mit dem Text: »Ein ganzes Volk, das Schutzgeld zahlt, hat keine Würde« überall in Palermo zu kleben. Das taten sie in der Nacht zum 26. Juni 2004. Zum ersten Mal war die Rede von einem »ganzem Volk«. Denn die Tatsache, dass alle Schutzgeld zahlten, wurde bis dahin geflüchtig verdrängt.

Die Initiative schlug wie eine Bombe ein. Die Witwe von Libero Grassi, einem von der Mafia ermordeten Unternehmer, der Symbol des Kampfes gegen die Schutzgelderpressung geworden war, wurde in den ersten Tagen von Journalisten gefragt, ob die Aufkleber-Aktion von ihr stammte. Sie hatte verneint und gesagt, die Autoren könnten aber ihre Enkelkinder sein. Nachdem ihre Antwort veröffentlicht worden war, klopfen die Erfinder des Aufklebers an ihre Tür und sagten, sie seien ihre Enkelkinder. Die Frau schloss sich der Initiative sofort an. Bald wandten sich die ersten Inhaber von Ladengeschäften an die Urheber der Aktion mit der Bitte um Hilfe.

Die Organisation »Addiopizzo« (Schutzgeld ade) setzt auf die Konsumenten, um die kulturelle Hegemonie der Mafia in Sizilien zu brechen. Konsumenten erklären mit ihrer Unterschrift, dass sie in Geschäften einkaufen, die kein Schutzgeld zahlen. Die Liste der »Pizzo-free«

Geschäfte und Unternehmen ist inzwischen auf 878 angewachsen, und wird regelmäßig veröffentlicht. Sie werden unterstützt von über 10.000 Konsumenten.

Die Bewegung betreibt politische Bildungsarbeit in den Schulen zur Erziehung zur Legalität, das heißt auch zur Demokratie. Sie hat »Libero Futuro« (Freie Zukunft) gegründet. Diese Organisation unterstützt Kleinunternehmen, die beschließen, sich der Schutzgelderpressung nicht mehr zu unterwerfen, mit professioneller Hilfe in psychologischer, rechtlicher und auch finanzieller Hinsicht. Die Schutzgelderpressung ist zu einer Angelegenheit der Zivilgesellschaft geworden und deren Bekämpfung zu einer Infragestellung der Mafia-Herrschaft.

DAS GESETZ 109/1996

In Palermo und anderen Teilen Siziliens entstehen Netzwerke von solidarischer Ökonomie zwischen Erzeugern und Verbrauchern, die aufgehört haben zu denken, dass die Mafia ein natürliches Phänomen sei, das man zu akzeptieren habe.

Die Anwendung des Gesetzes Rognoni-La Torre Nr. 646/1982 (verabschiedet nach der Ermordung seines Urhebers, des Parlaments-Abgeordneten Pio La Torre) über die Beschlagnahme von illegal erworbenen Vermögensgütern, hatte zur Beschlagnahme vieler Immobilien und Ländereien geführt. Diese gehörten nun zwar dem Staat, konnten aber nicht verwendet werden und waren dem Verfall preisgegeben oder blieben de facto im Besitz von Mafia-Familien. Erst das vom Verein »Libera« mit einer Unterschriften-Kampagne unterstützte Gesetz 109/1996 öffnete den Weg für die Nutzung der von der Mafia beschlagnahmten Güter für soziale Zwecke.

GENOSSENSCHAFTEN

Auf den beschlagnahmten Ländereien entstanden nun die ersten Landwirtschafts-Genossenschaften, die von Anfang an beschlossen, Bio-Landwirtschaft zu betreiben. Dadurch können sie ihre Produkte über die Netzwerke des Fair Trade und des kritischen Konsums vermarkten. Die Produkte »aus befreitem Land« werden somit konkrete, greifbare, essbare Vehikel mit hohem



▲ Vor der Stuttgarter Bahnhofsbaustelle im Mai an der 224. Montagsdemo

symbolischem Wert für die Verbreitung des kritischen Konsums und des Widerstandes gegen die Mafia.

Als erste Landwirtschafts-Genossenschaft entstand in Sizilien gleich im Jahr 1996 die Sozialgenossenschaft Nein zur Marginalisierung (NoE). Die Gemeinde Partinico überlässt ihr kostenlos für 30 Jahre eine Immobilie, die den Mafia Clans gehörte und nun für soziale und sportliche Zwecke genutzt wird.

Im Jahr 2000 wird ein anderes beschlagnahmtes Vermögensgut der Sozialgenossenschaft Typ B »Arbeit und nicht nur« zugesprochen, der 30 Prozent sozial benachteiligte Personen als Mitglieder angehören. Auf den von der Genossenschaft bewirtschafteten Feldern werden Hartweizen, Kichererbsen, Linsen, Tomaten, Auberginen, Paprika, Trauben, Kaktusfeigen, Mandeln und Oliven angebaut, die anschließend weiterverarbeitet werden. Auch weißer und roter Wein werden hergestellt und in ganz Italien vermarktet.

Ebenfalls auf Ländereien, die früher Symbol der Mafia Hegemonie waren, wird 2001 die Sozialgenossenschaft Placido Rizzotto gegründet, das erste Projekt von »Libera Terra« (Freies Land), einer Initiative des Vereins Libera. 2007 wurden zwei weitere Landwirt-

schafts-Genossenschaften in der Provinz Palermo von Libera Terra gegründet: »Pio La Torre« und »Libera Mente« (Freier Geist). Die Mafia hat immer wieder versucht, mit Sachbeschädigung, Diebstahl von Landwirtschaftsmaschinen und Brandstiftung, die Mitglieder der Genossenschaften einzuschüchtern. Trotzdem wächst die Anzahl der Genossenschaften, der Beschäftigten und auch die Kooperation mit Landwirten der Umgebung, die gelernt haben, dass diese Kooperation sich auszahlt.

Auch außerhalb Siziliens gründet Libera Genossenschaften. In Kalabrien bewirtschaftet seit 2004 die Sozialgenossenschaft »Valle del Marro – Libera Terra« 60 Hektar Land in der Ebene von Gioia Tauro, die von der »Ndrangheta beschlagnahmt wurden. In Apulien gründete 2008 eine Gruppe junger Leute aus Apulien die Genossenschaft »Terre di Puglia« auf Feldern, die von der Mafia-Organisation Sacra Corona Unita beschlagnahmt wurden. ●

Mehr Informationen zum Thema: Francesca Forno: »La spesa a pizzo zero«, Altreconomia, Milano, 2011. Liste der »Pizzo free«-Unternehmen zum Beispiel hier: <http://www.addiopizzo.org>

20 MILLIONEN EURO FÜR SELBSTVERWALTETES TEEBEUTELWERK IN SÜDFRANKREICH. UNILEVER MUSS ZAHLEN

Fralib: Ein nicht zu unterschätzender sozialer Sieg

Es kommen nicht nur schlechte (politische) Nachrichten aus Frankreich. Dieser Sieg ist nicht zu unterschätzen: Nach 1.336 Tagen im Kampf haben die Arbeiter/innen einer Teebeutel-fabrik in Gémenos, in der Nähe von Aubagne im südöstlichen Umland von Marseille, einen bedeutenden Erfolg davon getragen. Der Lebensmittelkonzern Unilever hat sich verpflichtet, ihnen zwanzig Millionen Euro zu zahlen – dafür, dass sie in Eigenregie ihre Produktion weiter betreiben. Und so kam es dazu.

BERNARD SCHMID, PARIS ● Im August 2010 verkündete der britisch-niederländische multinationale Konzern Unilever seine Pläne, die Produktion von Teebeuteln – der Marke »Eléphant«, mit dem berühmten Elefanten auf dem Etikett – und von Lipton-Schwarztees in Südfrankreich dicht zumachen und nach Polen zu verlagern. Das Werk im Umland von Marseille war dort seit 1896 ansässig. Den 182 Lohnabhängigen vor Ort wurde großzügig »angeboten«, ihre Arbeitsplätze zu behalten – aber nur, falls sie einen Umzug nach Polen und dort praktizierte Löhne akzeptierten. Doch bereits Ende der 1990er Jahre waren viele abhängig Beschäftigte des Werks schon einmal umgezogen, weil nämlich damals die Produktion aus dem normannischen Le Havre (wo Unilever eine dort ansässige Fabrik 1998 schloss) in den Raum Marseille verlagert worden war. Dieses Mal wollten die abhängig Beschäftigten die Provokation nicht hinnehmen.

Der Konzern hatte übrigens gleichzeitig – über ein juristisches Konstrukt in Form fiktiver Filialen- und Beteiligungsmodelle – seine Steuerflucht organisiert und seine Umsatzsteuer im schweizerischen Kanton Schaffhausen, statt in Frankreich, erklärt. Dadurch zahlte der Konzern nur fünf Prozent Umsatzsteuer auf seine französische Filiale statt 30 %, und erleichterte dadurch Frankreich jährlich um 67 Millionen Euro.

Doch die Lohnabhängigen besetzten ab September 2011 »ihr« Werk, nachdem ihnen im August desselben

Jahres die Kündigungen (»mitsamt« Angebot für einen Job in Polen zu einem Bruchteil des bisherigen Lohns) zu geflattert waren. Um den Abtransport der Produktionsgeräte nach Polen und/oder Belgien zu verhindern, blieben sie Tag und Nacht bei den Maschinen, organisierten Wachen und schließlich den Vertrieb der noch vorhandenen Produkte. Auf zahlreichen linken Veranstaltungen, ATTAC-Treffen und Gewerkschaftsmeetings in Frankreichs konnte man in den letzten Jahren folglich die Teebeutel mit dem Elefanten drauf erwerben, und für die Fortführung des Kampfs spenden. Im 31. Januar und 1. Februar 2014 organisierten die kämpfenden Lohnabhängigen vor Ort zudem, in der Produktionshalle von Gémenos, einen internationalen Kongress selbstverwalteter und »reaktiver« Betriebe. Dazu kamen etwa Menschen aus Argentinien, aus Italien (etwa von der besetzten Industrieanlage »Officine Zero« in Rom), von anderen Orten in Frankreich oder von der mittlerweile berühmten selbstverwalteten Fabrik VIO. ME im griechischen Thessaloniki.

76 Lohnabhängige blieben bis zum Schluss bei der Stange, während einige andere der ursprünglich 182 Beschäftigten sich vorrangig um ihre Familie und einen neuen Job kümmern mussten. Die verbliebenen, für einen Neuanfang unter dem Zeichen des Elefanten kämpfenden Lohnabhängigen haben nun einen wichtigen Sieg errungen. Ermöglicht hat ihn auch eine erste juristische Erfolgswelle vor den Gerichten: Die Gewerkschaften – im Kampf standen besonders die CGT und die CFE-CGC, Gewerkschaft der höheren Angestellten – sowie das »Comité d'entreprise« (ungefähre Entsprechung zum deutschen Betriebsrat) hatten drei mal hintereinander die »Sozialpläne« des Unternehmens gerichtlich annullieren lassen. Im Oktober 2013 hatte ein Gericht dem Unilever-Konzern ein Zwangsgeld in Höhe von 3.000 bis 10.000 Euro pro Versäumnis-Tag auferlegt, falls er nicht mit der Personalvertretung in Verhandlungen über eine vierte Auflage eines »Sozialplans« trete. Doch die gewerkschaftlicher Vertreter/innen der Lohnabhängigen ließen in ihren Fortdauern

gen nicht locker und heizten dem Konzern bei den Verhandlungen ordentlich ein.

Nun musste das Unternehmen endgültig nachgeben – und unterzeichnete am Dienstag dieser Woche ein Abkommen, das es insgesamt rund zwanzig Millionen Euro kosten wird. Jede/r der kämpfenden Lohnabhängigen erhält zunächst 100.000 Euro Abfindung (über das gesetzliche Minimum von einem Zehntel Monatsgehalt pro Jahr Beschäftigungsdauer, bei betriebsbedingter Kündigung) hinaus. Vor allem aber muss Unilever in das Wieder-Anfahren des Werks, das es juristisch im September 2012 abgewickelt hatte – damals war es formal geschlossen worden – investieren.

Konkret erhalten die Lohnabhängigen 19,26 Millionen Euro für ihr Projekt, in Form einer »Arbeiterkooperative« (SCOP) die Produktion in Eigenverantwortung und unter eigener Regie wieder aufzunehmen. Davon sind 300.000 Euro dafür bestimmt, die Produktionsgeräte wieder funktionsfähig zu machen. 250.000 Euro gehen in Investitionen in modernere Produktionstechnologien, und 1,52 Millionen in das Eigenkapital der künftigen Kooperative. 200.000 Euro sind für das Anwerben von Führungskräften (wie eines Marketing-Direktors) bestimmt, 50.000 für Marktstudien und das Entwerfen einer eigenen Marke, und 500.000 Euro für die Fortbildung der Arbeiter/innen.

Die Lohnabhängigen haben erklärt, ihre Produktion nach »Fair trade«-Konzepten wieder aufnehmen zu wollen, und haben dafür Kontakte zu Teeproduzent/inn/en in den hauptsächlichen Anbauländern aufgenommen. Ihnen soll es nicht (nur) darum, ihr eigenes Unternehmen künftig profitabel oder jedenfalls »wirtschaftlich lebensfähig« zu halten, sondern es zugleich zum Modell für neue Formen sozialer Beziehungen zu machen. ●

CONTRASTE berichtete bereits über die Teebeutel-fabrik in den Ausgaben 348 September 2013 und 353 – Februar 2014. Dieser aktuelle Artikel ist ein Nachdruck und erschien auf labourmet.de am 30.5.2014

Info

Mafia auch in Deutschland

Dass die italienische Mafia ihre Geschäfte schon längst auch in Deutschland tätigt, haben in den letzten Monaten verschiedene Veröffentlichungen deutlich gemacht. »In Deutschland kann die Mafia nahezu ungestört agieren« sagte beispielsweise Roberto Scarpinato, Staatsanwalt und einer der wichtigsten Mafiajäger Italiens, im ARD-Film »Vorsicht Mafia«. Und ein deutscher Kriminalbeamter fügte in demselben Film hinzu, dass es »hierzulande keine einzige Großbaustelle gibt, an der die Mafia nicht verdient.«

Auch der Verkehrswissenschaftler, ehemaliger Planer im NRW-Verkehrsministerium und Stuttgart21-Gegner Prof. Heiner Monheim sagte im ZDF, dass es »ohne die Baumafia Stuttgart21 zum Beispiel nicht geben würde.« Die Buchautorin Petra Reski sagte zu ihrer Motivation, ihr neues Buch »Von Kamen nach Corleone« zu schreiben, dass wir die ItalienerInnen mit der Mafia nicht allein lassen sollten. Und auf die Frage aus dem Publikum an einer ihrer Buchvorstellungen im Raum Stuttgart (in Waiblingen, auf youtube zu finden), ob denn die Mafia auch bei Stuttgart21 die Finger im Spiel habe, sagte sie vielsagend, dass »ein Bauprojekt wie Stuttgart21 extrem appetitlich« sei für die Mafia oder »Ndrangheta. (vgl. Bild oben)

Peter Streiff

ANZEIGEN

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90



Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

25. TISCHLERINNENTREFFEN VOM 4. BIS 7. SEPTEMBER IN GROSS WITTFEITZEN, IM WENDLAND

Begegnungen auf Augenhöhe

2012 bereitete das Fachtreffen der Tischlerinnen und Holzfachfrauen in der Bildungsstätte Bessunger Forst, östlich von Darmstadt, unerwartete Probleme. Kurzfristig und erstmalig wurden, die in den vergangenen Jahren gewährten und eingeplanten Fördermittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, diesmal nicht bewilligt. Musste das Treffen ausfallen? Nein! Die Vorbereitungsgruppe ließ sich nicht entmutigen und besann sich ihrer kreativen Fähigkeiten.

VON KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN ● »Kurz entschlossen lud die Organisationsgruppe ihre Verwandtschaft ein, um die rund 100 angemeldeten Holzfachfrauen, Tischlerinnen und Holzarbeiterinnen zu bekochen, die Kosten gering zu halten und den Finanzierungsplan einhalten zu können,« berichtet Vanessa Charlemagne, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. »Das war charakteristisch und verdient höchste Anerkennung. Es zeigt das Potential, über das unser Tischlerinnennetzwerk verfügt.«

Das Darmstädter Treffen wurde ein Erfolg. Eine Teilnehmerin, die mehrere Monate in einer Zimmerei und Schreinerei in Japan gearbeitet hatte, gab ihr Spezialwissen zum Schärfen und Umgang mit japanischen Handwerkzeugen weiter. Eine der wenigen Zweiradmechanikerinnen Deutschlands vermittelte ihre Erfahrungen in einem Fahrradreparatur-Workshop.

Die Teilnehmerinnen waren begeistert und es bildete sich eine neue Vorbereitungsgruppe für das Folgejahr. Diese plante, ohne die Fördergelder des Ministeriums auszukommen und ließ sich für die Verpflegung etwas Besonderes einfallen. »Sie gewannen ein feministisches Kochkollektiv, eine reisende Konditorin, zwei Köchinnen und Landwirtinnen, die Monate zuvor Gemüse und alles Mögliche für über 100 Frauen anpflanzten. Unterstützt von Wandergesellinnen organisierten sie die Ernte. Vor Ort wurden wir Holzfachfrauen mit dem frischen Gemüse bekocht«, erzählt Vanessa Charlemagne hingerissen.

Mit ihrer Begeisterung steht die Freiburgerin nicht allein. Tischlermeisterin Michal Rensing aus Hildesheim, die vier Jahre als Tischlerin auf Großsegel Schiffen im In- und Ausland arbeitete, hat Jahre zuvor ähnliche Erfahrungen gemacht: »Mein erstes Tischlerinnentreffen erlebte ich im Jahr 2004. Es waren vier tolle Tage, die ich außergewöhnlich intensiv erlebt habe. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir der Moment, als mich eine Hamburger Tischlerin fragte, ob ich Lust hätte, das nächste Treffen mit zu organisieren. Seither habe ich kein Tischlerinnentreffen versäumt.«

»Die Atmosphäre eines reinen Frauentreffens ist etwas Besonders«, beschreibt Michal Rensing ihre



▲ Tischlerinnentreffen im September 2013 auf Burg Lohra in Thüringen

Eindrücke. Sie verfügt über Erfahrungen im Innenausbau und als Konstrukteurin im Schiffbau. »Wir begegnen uns alle auf Augenhöhe - unabhängig davon, welchen Ausbildungsstand wir haben. Es gibt keine typische Selbstdarstellung, Angeberei oder Besserwisserei. Es besteht ein gegenseitiges Interesse füreinander. Wir tauschen uns in vielen Fragen aus, das wäre im normalen Arbeitsalltag in dieser Form meist nicht denkbar.«

Vanessa Charlemagne begründet, warum sie ein reines Frauentreffen für sinnvoll erachtet: »Ich habe manchmal bedauert, dass keine Männer kommen dürfen, weil ich so viele nette Tischler kenne, denen die Atmosphäre und die Workshops dort sicherlich sehr gut gefallen würden.« Aber eine Öffnung des Treffens würde seine jetzige Form zerstören. »Wenn wir uns öffnen würden, wären die Frauen wahrscheinlich wieder nur mit fünf oder zehn Prozent vertreten. Das bedeutet, ein offenes Treffen müsste 1000 bis 2000 Teilnehmende zählen, damit dort 100 Frauen zusammenkommen.«

Ein Mammut-Treffen würde persönliches Kennenlernen und intensiven Austausch erschweren oder unmöglich machen. »Dies wäre eine Großveranstaltung, bei der das Netzwerken und die engen gewachsenen Kontakte nicht mehr möglich wären« folgert Vanessa Charlemagne. Daher haben die beteiligten Frauen sich entschieden, ihr jährliches Tischlerinnentreffen in der bewährten und gewachsenen Form zu belassen. ●

Info

Das 25. Tischlerinnentreffen findet vom 4. bis 7. September 2014 in Groß Wittfeitzen, im Wendland statt. Es werden zahlreiche Workshops angeboten, darunter:

Bark Cloth verarbeiten: Bark Cloth ist ein handwerklich gefertigtes Vlies aus der Baumrinde eines ugandischen Feigenbaums. Im Workshop werden Grundtechniken in der Arbeit mit dem Rindentuch vermittelt.

Bauphysik Einführung: Wie komme ich auf den richtigen Dämmwert?

Erfolgreich Verhandeln: Sachgerechtes Verhandeln setzt gute Argumente und überzeugendes Auftreten voraus.

Filzen: Lose Wollfasern können so stark verdichtet werden, dass sie einen festen Gebrauchsfilz ergeben.

Hochstelzen bauen: Erster Teil ist die Konstruktion von Punktstelzen aus Holz. Es sind verschiedene Höhen und auch Bauarten möglich. Zweiter Teil des Workshops ist das Gehen-lernen auf den Hochstelzen.

Schellack polieren: Der Workshop gibt eine Einführung ins Polieren mit Schellack. Welche Möglichkeiten gibt es, Polierballen aufzubauen.

Schmieden: Selbst ein Feuer entfachen und hüten, jede Menge Techniken und Wissenswertes über Beruf und Material lernen.

Weitere Auskünfte unter www.tischlerinnen.de
Anspruchspartnerin: Susanne Pauli,
Tel.: 05506-9794034 oder info@tischlerinnen.de

INTERVIEW MIT EINER ORGANISATORIN DES TISCHLERINNENTREFFENS

Erfahrungen und Erwartungen Tischlerinnen unter sich



▲ Katja Dostmann Foto: Privat

Katja Dostmann ist eine der Organisatorinnen des diesjährigen 25. bundesweiten Tischlerinnen-Treffens. Gemeinsam mit ihrem Partner betreibt Katja in der Nähe von Celle eine Werkstatt für Objektbau aus Massivholz. Für CONTRASTE sprach Kai Böhne mit ihr.

Wie wurdest Du erstmalig auf das Tischlerinnen-Treffen aufmerksam?

Vor 17 Jahren waren wir fünf Frauen in meiner Berufsschulklassen. Eine Lehrerin machte uns auf das Treffen aufmerksam und meinte: »Das ist vielleicht etwas für euch.«

Wann hast Du erstmals teilgenommen? Wie hast Du Dein erstes Treffen erlebt?

Das achte Tischlerinnentreffen 1997 in der Bildungsstätte Einschlagen in Bielefeld war mein erstes Treffen. Alleine angereist war ich anfänglich schon aufgeregt und gespannt, was mich wohl erwarten würde. Vor Ort und mit einem Zimmer und einem Bett versorgt wickelte die Anspannung bald einer großen Neugierde und Freude, sich endlich einmal unter Gleichen austauschen zu können. Dieses Gefühl des Aufgehoben seins habe ich bis heute auf jedem Tischlerinnentreffen, an dem ich teilgenommen habe, erlebt.

Im Berufsalltag hatte und habe ich vorwiegend mit männlichen Kollegen zu tun, mit denen ich gerne zusammen arbeite. Genauso gerne und selbstverständlich oft möchte ich auch mit im Handwerk tätigen Frauen zusammenarbeiten. Das Tischlerinnentreffen mit seinem gut funktionierenden regionalen Netzwerk bietet mir zumindest in meinem Gewerk diese Möglichkeit.

Wie kam es zu dem diesjährigen Treffen im Wendland?

Die jährlichen Treffen werden immer von einer Organisationsgruppe, die sich auf dem vorangegangenen Treffen bildet, vorbereitet. Es ist nicht leicht, ein flexibles Tagungshaus zu finden, das bezahlbar ist und über Räume, Infrastruktur und Verpflegungsmöglichkeiten für 100 oder mehr Gäste verfügt.

Viele Frauen unserer Vorbereitungsgruppe kommen aus Norddeutschland, da bot sich das Wendland an. 2005 hat das Treffen schon einmal in Groß Wittfeitzen stattgefunden und es hat uns dort gut gefallen.

Was versprichst Du Dir von dem Treffen?

Ich freue mich, viele vertraute Gesichter wiederzusehen und neue Frauen kennenzulernen. Viele von uns leben ja räumlich weit voneinander entfernt. Zum letzten Treffen kamen zwei Tischlerinnen aus Frankreich. Die beiden Französischen waren begeistert, weil es etwas Vergleichbares in Frankreich nicht gibt.

Im Laufe der Jahre haben sich zahlreiche Beziehungen und Freundschaften gebildet. Neben den persönlichen Kontakten bieten die jährlichen Treffen auch Raum für praktische Workshops und fachlichen Austausch. Dieses Jahr wird es auch um Grundlagen der Bauphysik, Varianten der Innendämmung und unterschiedliche weibliche Erwerbsbiographien in handwerklichen Berufen gehen. Gerade für selbstständige Tischlerinnen ist eine Vernetzung wichtig und hat auch praktischen Nutzen.

Hast Du das schon erlebt?

Gemeinsam können größere Aufträge übernommen und ausgeführt werden, die frau allein nicht stemmen kann. Mit einer Kollegin aus Hannover habe ich für einen Fensterauftrag zusammengearbeitet. Einen Küchenausbau haben wir gemeinsam mit einer Hildesheimer Kollegin ausgeführt. ●

NACH VERSCHIEDENEN LEHR- UND ARBEITSSTATIONEN INDIVIDUELLE MÖBEL IN EINER WERKSTATTGEMEINSCHAFT

»Tischlerin ist ein geniales Allround-Handwerk«

Ihre Kindheit verbrachte Susanne Pauli in der elterlichen Tischlerei in Braunschweig. Der Geruch von zersägtem Holz, Sägemehl in der Nase und Maschinengeräusche vor dem Frühstück sind ihr wohl vertraut. Ihre Ausbildung zur Tischlerin hat sie nie bereut. Gemeinsam mit einem halben Dutzend Kolleginnen organisiert sie das diesjährige Tischlerinnentreffen im Wendland.

VON KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN ● »Mein Vater hätte es gern gesehen, wenn ich die elterliche Tischlerei übernommen hätte«, erzählt Susanne Pauli im Rückblick. Dazu ist es nicht gekommen. Die heutige Tischlermeisterin ist ihren eigenen Weg gegangen. »Nach dem Abitur wollte ich erst mal etwas von der Welt sehen«, erzählt sie. Ihre Lehre zur Schreinerin machte sie nach dem Schulabschluss 1985 im äußersten Süden der Bundesrepublik, in der Nähe vom Bodensee.

Die Berufsbezeichnungen Schreinerin und Tischlerin werden synonym verwandt. Die offizielle Berufsbezeichnung laut Handwerksordnung lautet Tischlerin, doch im Süden Deutschlands werden die Holzspezialisten Schreiner genannt. Auch im deutschsprachigen Ausland ist man sich nicht einig: Die Schweizer sprechen von Schreiner, die Österreicher von Tischlern. Susanne Pauli hat beide Bezeichnungen in ihrer Person vereint. Ihr Gesellinnenbrief weist sie als Schreinerin aus. Ihre Meisterprüfung schloss sie als Tischlermeisterin ab.

Nachdem sie ihre Lehre abgeschlossen hatte, sammelte sie auf einigen Zwischenstationen weitere Erfahrungen. Die Suche nach kollektiven Strukturen verschlug Susanne Pauli 1989 nach Berlin. In Bauprojekten waren ihre Fähigkeiten gefragt. Sie betreute Jugendliche, half ihnen bei der Berufsorientierung



▲ Susanne Pauli beim Auftrennen und Besäumen einer Eschenbohle an der Formatkreissäge

und bereitete sie für eine Ausbildung vor. Ein Jahr lang besuchte sie in Vollzeit die Meisterschule, die sie 1996 mit dem Meisterbrief verließ.

Ein Jahr später zog sie nach Göttingen um und setzte dort als Tischlermeisterin ihre Ausbildungsarbeit mit benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen in verschiedenen Projekten fort. Ende 2005 machte sie sich mit einer eigenen Tischlerei in einer Werkstattgemeinschaft selbstständig.

Heute arbeitet die Tischlermeisterin selbstbestimmt und unabhängig in einer Werkstattgemeinschaft in Klein Lengden in der Nähe von Göttingen. Dort fertigt sie Einzel- und Einbaumöbel und übernimmt die Gestaltung von Wohn- und Arbeitsräumen. Ihre verschiedenen Arbeitsstationen hat sie nicht bereut und vertritt bis heute die Auffassung: »Tischlerin ist ein geniales Allround-Handwerk.«

Auf Schränke, Möbel, Regale und Einbauküchen außerhalb der Norm hat sich Susanne Pauli speziali-

siert. Diese passt sie bei ihren Auftraggebern in Nischen oder Dachschrägen ein. Sie fertigt auch Raumteiler oder übernimmt Wand- und Deckenverkleidungen. Für einen Göttinger CD-Laden hat sie den Ladenausbau übernommen. Die gesamte Inneneinrichtung hat sie aus Massivholz gefertigt. »Das war ein angenehmer und reizvoller Auftrag«, meint sie.

»Auch wenn ich erst in den letzten Jahren dazu gekommen bin, persönlich teilzunehmen«, sagt Susanne Pauli, »so hat mich das Wissen um die jährlichen Tischlerinnentreffen mein gesamtes Berufsleben begleitet.« Besonders angesprochen fühlt sie sich durch »die selbstorganisierten Strukturen, ohne Hierarchie und Vereinsmeierei. Und die vielen tollen Frauen, die erhebliche Zeit und Energie in dieses Netzwerk stecken.« Deshalb gab es bei ihr auch kein Zögern, sich beim diesjährigen norddeutschen Vorbereitungsteam zu engagieren. Dort ist Susanne Anlaufstelle und Ansprechpartnerin für Fragen von interessierten Frauen und sonstige organisatorische Anfragen. Sämtliche Anmeldungen zum Treffen laufen in ihrer Werkstatt in Klein Lengden zusammen. Sie rechnet mit 120 Teilnehmerinnen.

Susanne Pauli hat ihr eigenes Profil entwickelt. Durch die zunehmende Technisierung im Alltag steigt das häusliche Bedürfnis nach Individualität, so dass kreative Ideen, ökologisches Arbeiten und hohes Qualitätsbewusstsein von Tischlerinnen auch in Zukunft gefragt sein werden. »Ein großer Teil meiner Kundinnen und Kunden fühlt sich davon angesprochen, dass ich eine Frau im Tischlerberuf bin«, hat Susanne Pauli erlebt. »Genau deswegen kommen sie zu mir.« ●

RETTET DAS BUCH



Nachdem Amazon bereits im vergangenen Jahr, wegen den Arbeitsbedingungen seiner LeiharbeiterInnen in der Kritik stand, kommt jetzt Nachschub. Daniel Leisegang, Redakteur bei der Monatszeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik«, liefert in seinem Buch Amazon – Das Buch als Beute Details über die

Machtstellung von Amazon in der Preispolitik von Buchverlagen. Er informiert sowohl sachlich als auch kritisch, wie der Konzern dadurch, in erstaunlichem Tempo, traditionelle Verlage vom Markt verdrängt und sich vom Verkäufer zum Produzenten entwickelt. Mit verantwortlich für diese Entwicklung ist das Self-Publishing, ein Angebot von Amazon, das AutorInnen die direkte Veröffentlichung ihrer Werke ermöglicht. Außer über diese Methode des Selbstverlags berichtet Leisegang auch über den Mann, der hinter diesen Prozessen steckt: Jeff Bezos, Gründer und Chef von Amazon. Er steht Männern wie Steve Jobs (Apple), Mark Zuckerberg (Facebook), Bill Gates (Microsoft) Sergei Brin oder Larry Page (Google) als Unternehmer in nichts nach und kontrolliert mittlerweile mehr als 20 Prozent des gesamten deutschen Buchhandels. Wie es dazu gekommen ist, wird anschaulich und mit Einblick in bibliografische Schlüsselmomente von Bezos, dessen Motto: »Wachstum statt Profit«, lautet, erzählt. Weiter wird ausführlich auf die Arbeitsverhältnisse der weltweit bis zu 110 000 MitarbeiterInnen von Amazon eingegangen. Dem- beziehungsweise derjenigen, der/dem die Bedingungen unter denen diese arbeiten, noch nicht Grund genug ist, Bücher künftig lieber wieder in der Buchhandlung um die Ecke zu kaufen, den/die könnte der Umgang von Amazon mit Kundendaten dazu bewegen, oder schlicht und einfach der Erhalt eben jener Buchhandlung. Der Buchhandel ist weiter durch die Etablierung des Kindle, eines der meistverkauften Produkte von Amazon, gefährdet.

Bianca Rohner
Daniel Leisegang (Hrsg.): Amazon - Das Buch als Beute. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2014. 128 Seiten, Preis: 12,80 Euro, ISBN 3-89657-068-4.

DIE VERBINDUNG VON STRUKTURELLER KRITIK MIT PERSÖNLICHER ERFAHRUNG



Community Organizing (CO) entstand um 1900 in den USA und hat sich in Europa kaum etabliert, wohl auch, weil durch die Sozialstaaten die sozialen Konflikte wesentlich abgemildert wurden. Wichtige Impulse kamen aus radikalen Gewerkschaften, der Bürgerrechtsbewegung und der Frauenbewegung. Mit diesem Buch steht erstmals

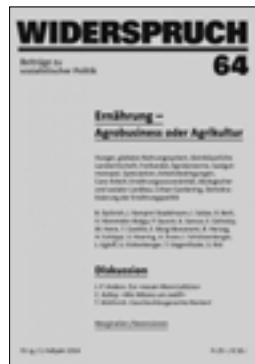
ein Gesamtüberblick über CO einer deutschsprachigen Leserschaft zur Verfügung, beschränkte sich doch bisher die deutsche Literatur auf sozialarbeiterische Fachliteratur und einige wenige Bücher, die eher der Strömung nahestehen, die Maruschke als »liberal« bezeichnet. CO wird verstanden als Konzept, »das Menschen zusammenbringt und organisiert, ihnen Auswege aus der eigenen Ohnmacht bietet, ihren Einfluss auf die eigene Lebensrealität erhöht und auf diese Weise die Gesellschaft aus den alltäglichen Lebenszusammenhängen heraus politisiert«. Ein Ziel, das wohl alle in sozialen Bewegungen engagierten Menschen teilen, das aber selten genug erreicht wird. Für sie bietet dieses Buch wertvolle Denkanstöße. Obwohl hauptberufliche Organizer wesentlicher Bestandteil von CO sind, können auch selbstorganisierte Initiativen Anregungen finden, wie sie über ihre »Szene« hinaus jene Menschen erreichen können, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung am meisten betroffen sind.

Im ersten Teil des Buches beschreibt Maruschke die historische Entwicklung des liberalen und revolutionären oder transformativen CO und konkretisiert den Unterschied zwischen beiden Ansätzen, nämlich: ob die strukturellen Aspekte alltäglicher Probleme und damit die verschiedenen in der Gesellschaft vorhandenen Konfliktlinien sichtbar gemacht werden. Revolutionäres CO betont den »Zusammenhang von konkreten Forderungen und umfassender Herrschaftskritik sowie von gesellschaftlicher Transformation und Selbstveränderung«. Liberales CO hingegen blendet diese strukturellen Ursachen aus und geht vom Vorhandensein gemeinsamer Interessen in Stadtteilen aus, die jedoch

häufig die Interessen der Mittelschicht sind. Den Hauptteil des Buches bildet die Beschreibung der Eckpunkte des revolutionären CO an Hand von vier aktuellen Beispielen aus den USA, von denen drei Teil der auch bei uns bekannten »Right to the City«-Bewegung sind, und die Anwendung dieses Analyserasters auf zwei Initiativen in Deutschland, nämlich Kotti & Co und das Bündnis »Zwangsräumungen verhindern«. Sympathisch macht das Buch, dass keine fertigen Lösungen angeboten werden, sondern transformatives CO immer als unabgeschlossene »Suchbewegung« beschrieben wird. Revolutionäre Basisorganisationen könnten nach Maruschke wichtige Puzzesteine schlagkräftiger sozialer Bewegungen sein, deren Stärke vor allem in ihrer Vielfalt liege. Gerade diese Wertschätzung der Vielfalt spricht aus meiner Sicht gegen die strikte Abgrenzung zwischen revolutionärem und liberalem CO. Ich würde es eher als eine Art Kontinuum sehen in dem die verschiedenen Aspekte unterschiedlich stark ausgeprägt sind, was auch strategisch sinnvoll sein kann. Wichtiger erscheint mir die klare Unterscheidung von den Formen neoliberaler Governance, die durch Pseudo-Beteiligungsprozesse die Durchsetzung von Kapitalinteressen legitimieren, wie sie im letzten Kapitel behandelt werden. Diese Kritik schmälert Maruschkes Verdienst in keiner Weise, im Gegenteil: wenn es gelingt, genau solche Diskussionen im deutschsprachigen Raum anzustoßen, hätte dieses spannende und interessante Buch seinen Zweck erfüllt.

Brigitte Kratzwald
Robert Maruschke: Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Verlag edition assemblage, Münster 2014. ISBN 978-3-942885-58-4, 9,80 EUR.

FRAUEN IN DER LANDWIRTSCHAFT HEUTE



Die Publikation »Frauen in der Landwirtschaft« soll das bisher »Unsichtbare« sichtbar machen. Sie geht zurück auf eine Tagung zum Thema »Frauen in der Landwirtschaft« im Januar 2011 an der Universität Bern (Schweiz). Die verschiedenen Beiträge sind aus den Diskussionen mit den Teilnehmerinnen

aus der Landwirtschaft, aus der Wissenschaft und von landwirtschaftlichen Beratungsstellen der Schweiz, Deutschland, Österreich und dem Südtirol entstanden. Lange Zeit waren Frauen, die sich in der Landwirtschaft als Bäuerinnen und Landwirtinnen betätigten und betätigen, weder in Statistiken noch in Berichten zur Landwirtschaft sichtbar. Wie in vielen anderen Bereichen waren sie allerhöchstens mitgemeint. Obwohl wir es seit jeher wissen - kein bäuerlicher Familienbetrieb kommt ohne die Arbeit und die Sachverständigkeit der Frauen aus. Es muss festgehalten werden, dass die Frauen in der Landwirtschaft heute mehr denn je mit ihrer Arbeit, ihren Ideen, ihrem Engagement und Kreativität entscheidend zur Entwicklung der Familienbetriebe und der gesamten Landwirtschaft beitragen. Kommt dazu, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen die traditionellen Rollenverteilungen von Frauen und Männern und die Arbeitsteilung in Familie und Betrieb ins Wanken bringen. Heute übernehmen Frauen Bereiche wie beispielsweise die Betriebsleitung, die früher klar den Männern vorbehalten waren. So werden unweigerlich herkömmliche Rollenverteilungen aufgeweicht und aufgebrochen. Zudem sind heute viele Frauen in Familienbetrieben bestrebt, ihre Eigenständigkeit zu wahren und eine eigene finanzielle Sicherheit zu erlangen. Sie tun dies, indem sie neue Aufgaben und Funktionen übernehmen und oft einem Nebenerwerb nachgehen, was nicht zuletzt auch zur Sicherung des Familieneinkommens beiträgt, was Umgestaltung und Dynamik in die bäuerlichen Betriebe und Haushalte mit sich bringt. Aber Veränderungen verursachen in der Regel Mehrarbeit, was oft zur Überlastung von Frauen mit gesundheitlichen Folgen führen kann.

Vor diesem Hintergrund gehen die verschiedenen Autorinnen und der Autor in ihren Beiträgen regionenübergreifend in der Publikation auf die verschiedenartigen und komplexen Themenbereiche unter anderem ein: wie die Rolle der Frauen im bäuerlichen Betrieb und ihre individuelle Entwicklungsmöglichkeit; wie sich Geschlechterrollen auf dem Bauernhof gestalten; wie Lebensläufe und Karrieremuster von Bäuerinnen verlaufen; wie über Arbeitsbelastung, Erholungsmöglichkeiten, das Selbstverständnis oder wie sich die Hofnachfolge regelt.

Insgesamt vermitteln die Beiträge und Inhalte der Publikation »Frauen in der Landwirtschaft« ein differenziertes und vielfältiges Bild über Frauen, die in der

Landwirtschaft auf bäuerlichen Betrieben und meistens im Familienverband arbeiten. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag, das bisher »Unsichtbare« der Frauen in der Landwirtschaft sichtbar zu machen.

Therese Wüthrich
Elisabeth Bäschlin, Sandra Contzen, Rita Helfenberger (Hg.): Frauen in der Landwirtschaft. Debatten aus Wissenschaft und Praxis, Reihe Genderwissen, ePeF-Verlag Wetztingen 2013, 280 S.

Gekürzte Fassung der Rezension erschienen in Widerspruch Heft 64, 1. Halbjahr 2014, www.widerspruch.ch

BESETZT



Gut zwei Jahre ist es mittlerweile her, seit mit der Besetzung des New Yorker Zuccotti-Parks in der Nähe der Wall Street die Occupy-Bewegung in Gang gesetzt wurde. Die Occupy-Bewegung ist in sich schon ein widersprüchlicher Begriff. »Besetzt - Bewegung«. Gemeint ist damit soviel wie, dass das Blockieren kapitalistischer Machenschaften, die Drahtzieher dieser dazu zwingen soll, sich zu bewegen, und zwar - wenn es nach den AktivistInnen ginge - in Richtung links-sozialistischer Politik. Ebenso widersprüchlich mag dem ein oder anderen die Sichtweise von Noam Chomsky erscheinen, einem 85-jährigen linken Intellektuellen, der in seinem Buch Occupy!, aus einer optimistischen Perspektive über die Bewegung und ihre Hintergründe berichtet: Angefangen bei der Geschichte der US-Wirtschaft, über die Arbeiterklasse, die Banken, die Politik, das gute Geld, das Prekariat, die Übernahme von Betrieben durch die ArbeiterInnen, Klimawandel und Nuklearwaffen, Fragen von Occupy Boston, bis zum etwas vagen Ziel der Bekämpfung von sozialer Ungleichheit. Seine Entscheidung, für die Vermittlung dieser Fakten eigene Reden und Interviews zu nutzen, hat für seine AnhängerInnen den etwas faden Beigeschmack, dass sie seine Argumentationen gleich mehrmals lesen dürfen: »Wenn wir uns nicht verändern, bewegen wir uns wie die Lemminge auf unseren Untergang zu.« Inwiefern Chomsky sich verändern will - oder hat er das vielleicht schon getan? - und zu welchem Teil der Bevölkerung er laut der bekannten Einteilung - den 99 Prozent der ärmeren, machtlosen oder dem einen Prozent der Mächtigen und Reichen, verrät er in dem Buch nicht. Dafür aber, wie schwierig es ist, sich für etwas einzusetzen und sich selbst dabei nicht lächerlich zu machen. Für NeueinsteigerInnen in die Thematik ist das Buch eine sehr informative Quelle, die mitunter Lust auf mehr machen kann.

Bianca Rohner
Noam Chomsky: Occupy!, UNRAST Verlag, Münster 2012; 88 Seiten, 7,80 Euro, ISBN 978-3-89771-120-4

DAS PRINZIP SOLIDARITÄT I

Unter der Herausgeberschaft »Bambule« hat Markus Mohr zwei Sammelbände zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD zusammengestellt. Hier wird zunächst der erste Band vorgestellt. Wie Markus Mohr schreibt, ist das

Buch »aus der Perspektive des Herausgebers wesentlich für die rund 6.000 Mitglieder der heutigen Roten Hilfe und alle ihre Freunde, Bekannten, Tanten, Onkel und GenossInnen geschrieben worden«. Diesem Anspruch wird das Buch gerecht. Für diejenigen, die keinen Bezug zur Roten Hilfe haben, ist es eher ungeeignet.



Der Sammelband beinhaltet eine Vielzahl von Texten verschiedener AutorInnen zu unterschiedlichen Strömungen, von der APO bis zu den K-Gruppen und regionalen Organisationen der Roten Hilfe, beginnend mit der 68-Bewegung bis zum Ende der 1970er. Diese Innenschau und

Auswertung ist hoch spannend. Bisweilen nerven die proletarischen Massenorganisationen der politischen Gruppen der 1970er Jahre. Dieser Umstand kann jedoch kaum den AutorInnen vorgeworfen werden, denn es hieße ihnen die Geschichte selbst vorzuwerfen. Diese zeitgenössischen O-Töne aus den vielfältigen Publikationen der Roten Hilfen geben einen guten Eindruck der politischen Debatten wieder. Wer sich ernsthaft mit der Geschichte der Roten Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen will, erhält mit diesem Band auf jeden Fall eine umfangreiche Quellen- und Textsammlung und kann im Detail die Entstehungsgeschichten, denn im Singular ist diese Geschichte nicht zu haben, nachvollziehen. Es wird nicht nur auf Gruppen Bezug genommen, die sich als Rote Hilfe bezeichneten, sondern auch auf Gruppen, die sich im Kontext der außerparlamentarischen Opposition als Rechtshilfegruppen gründeten, aber nicht als Rote Hilfen bezeichneten.

Vorgestellt werden neben den fraktionellen Auseinandersetzungen zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Aufbau Organisation (KPD/AO), autonomen Roten Hilfen und einer Reihe anderer Gruppen, auch die regionalen Roten Hilfen München, Berlin, Frankfurt sowie Hamburg. Angerissen wird auch die Auseinandersetzung um den Begriff des »Politischen Gefangenen«, ebenso wie die Auseinandersetzungen, die das Verhältnis der Roten Hilfen zur Roten Armee Fraktion (RAF) betreffen. Die Rückbezüge zur Roten Hilfe der Weimarer Republik in den 1920er Jahren als Teil politischer Auseinandersetzung werden aufgegriffen. Vorgestellt wird darüber hinaus die Funktion der Roten Hilfe als Ermittlungsinstanz, die Versuchen von Verschleierung durch Polizei und Staatsanwaltschaft entgegengetreten ist. Dadurch werden die Rote Hilfe Gruppen in einem über die eigenen politischen Auseinandersetzungen hinaus in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Der Anhang enthält ein umfangreiches Quellen- sowie Namensregister. Es ist möglich einzelne Texte herauszugreifen, obwohl es sich durchaus empfiehlt das Buch in chronologischer Reihenfolge zu lesen. Ein sehr lesenswerter erster Band. Eine Rezension des Bandes 2 in CONTRASTE folgt in der Septemberausgabe.

Ulrike Kumpke
Bambule (Hrsg.) Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD Band 1. Laika-Verlag 2013, ISBN 978-3-942281-33-1, 400 Seiten, 21,00 Euro

ANZEIGEN

graswurzel revolution
Monatszeitschrift für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR Nr. 390, Sommer:
Zwanzigtausend Meilen für die Anarchie: 40 Jahre Edition Nautilus; Bedingungsloses Grundeinkommen; Krieg & Spiele; Rechte „Montagsdemos“; Nationalismus auf dem Vormarsch: Berichte aus Indien, Frankreich, Türkei, Ruanda, Deutschland,...

Probeheft kostenlos.
Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
Infos und Bestellformular:
www.graswurzel.net/service/
Tel.: 0761/2160940-7 ; Fax: -79 ; abo@graswurzel.net

Informativ, knapp und klar:
Ossietsyky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietsyky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Butenschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

DIE GESCHICHTE DER SELBSTVERWALTUNG UND DER NEUEN LINKEN IM FRANKREICH DER 1960ER JAHRE: EIN HISTORISCHER ABRISS

Vom Antistalinismus zur »Autogestion«

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Mit diesen Worten könnte man die Idee der Selbstverwaltung auf den Punkt bringen. Babeufs Verschwörung der Gleichen und Robespierres Ruf nach der Herrschaft des Volkes waren die ersten Vorboten eines neuen demokratischen Bewusstseins. So wie die französische Revolution noch heute als Sieg der Demokratie über das »Ancien Régime« gefeiert wird, nahm in den darauffolgenden Jahrzehnten auch die Idee der Selbstverwaltung langsam Form an.

SUSANNE GÖTZE, BERLIN • Erst im 19. Jahrhundert wuchs in Frankreich aus der Forderung nach einer Verfassung und einem Parlament schließlich die politische Idee, gesamtgesellschaftlich Hierarchien einzuebnen und die Gesellschaft auf selbstorganisierter Verantwortung seiner Bürger statt auf staatliche Herrschaftssysteme zu setzen. Mit Philosophen wie Pierre-Joseph Proudhon und schließlich mit dem großen in die Praxis übertragenen Versuch selbstverwalteter Strukturen in der Pariser Kommune 1871 erreichte »das Verlangen der Leute ihre Geschäfte und ihren Alltag in die eigenen Hände zu nehmen«, wie es im Wörterbuch des kritischen Marxismus heißt (Dictionnaire critique du marxisme), seinen bisher unübertroffenen Höhepunkt.

Diese tiefe Verwurzelung der Selbstverwaltungsidee in der revolutionären Bewegung seit der Geburtsstunde der ersten französischen Republik 1792 war maßgeblich der Grund dafür, dass die Idee auch im 20. Jahrhundert noch einmal Teil einer breiten gesellschaftlichen Debatte wurde – trotz oder gerade aufgrund der dominierenden marxistisch-orthodoxen Bewegung seit den 1930er Jahren.

DIE »EHRENRETTUNG« DES SOZIALISMUS

Die Genese des französischen Selbstverwaltungsdiskurses seit den 1930er Jahren zeigt, wie sich aus der Kritik am sowjetischen Realsozialismus unter gleichzeitiger Ablehnung des westlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells eine fundamentale Kritik gegen hierarchische und repräsentative Strukturen herausbildete. Gründe dafür waren die politischen Differenzen zwischen den linken Strömungen, die sich in Opposition zur Parteilichkeit der Kommunistischen (KPF) und Sozialistischen Parteien, wie der SFIO, der Vorgängerpartei der heutigen Parti Socialiste befanden. Ebenso wie der Sozialismusbegriff eignete sich dabei auch der Begriff »Autogestion« aufgrund seiner Unschärfe für verschiedenartige politische Auslegungen. Während vor dem Krieg vor allem von »planisme« (Planismus) oder »Rätekommunismus« (»conseillisme«) bzw. »direkter Aktion« und »Spontanismus der Massen« gesprochen wurde, konkretisierte sich die Diskussion im Verlauf der 1960er Jahre und lief auf den Überbegriff »Autogestion« hinaus.

Grundsätzlich bewegte ein fundamentaler Antistalinismus viele ehemalige Parteizustandgenossen und Kommunisten dazu, die Schriften von Karl Marx und Rosa Luxemburg neu zu interpretieren und anarchistische Denker wie Proudhon und Bakunin zu rezipieren. Ziel dieser neuen Lektüre war in erster Linie eine Art »Ehrenrettung« des Sozialismus: Man wollte zeigen, dass die an sich demokratische und freiheitliche Idee des Sozialismus/Kommunismus von totalitären Herrschern wie Stalin und dem – in den Augen der kommunistischen Dissidenten – autoritären Zentralismus der Komintern verfälscht wurden. Dies führte zuerst zu einer radikalen Kritik an der Sowjetunion (UdSSR) und wurde dann oftmals über den Weg des Trotzkismus schrittweise zu einer antiautoritären Auslegung von Marx.

JAKOBINISMUS UND STALINISMUS CONTRA DEZENTRALISMUS UND »AUTOGESTION«

Zudem wirkte die Idee der »Autogestion« als eine Art Scharnier zwischen der seit 1871 – dem Ende der ersten Internationale – andauernden Feindschaft zwischen Sozialisten und Anarchisten. So versuchten die Intellektuelle wie der Anarchist Daniel Guérin und der Soziologe Georges Gurvitch nach dem Zweiten Weltkrieg, Marx, Bakunin und Proudhon bzw. das marxistische und das anarchistische Denken wieder zu versöhnen. Beide Richtungen, so die Auffassung von Guérin, seien sich im Endziel, der Abschaffung des Staates, einig, jedoch die Konzepte der Transformation und Revolution unterschiedlich, ja unvereinbar.

Auch Denker wie Henri Lefebvre und Jean-Paul Sartre versuchten in den 1960er Jahren, diese Idee als eine Art



Foto: PSU-Archiv

»dritten Weg« eines demokratischen, libertären Sozialismus zu etablieren. Henri Lefebvre entwickelte die Idee des mittlerweile sehr bekannten Konzepts »Recht auf Stadt«. So unterschiedlich die Konzepte der Philosophen, Soziologen und anderer linker Intellektueller dieser sogenannten Neuen Linken auch waren, enthielten sie alle den Verweis auf eine basisdemokratische Struktur, eine »Durchdemokratisierung« von politischen Entscheidungsprozessen und einer territorialen wie gesellschaftlichen Dezentralisierung. Es sollte aus den Fehlern der russischen Revolution gelernt und der Sozialismus in Form von demokratischer Selbstbestimmung unter Wahrung aller Freiheitsrechte umgesetzt werden. Das Mehr an demokratischer Mitbestimmung sollte ebenso ein Gegenmodell zum zentralistischen, autoritär-planwirtschaftlichen System der UdSSR wie auch zur sogenannten westlichen Klassengesellschaft und deren fehlender Beteiligung der Arbeiter an den Entscheidungsfindungen im Betrieb und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene darstellen.

Einig sind sich jedoch viele Akteure der Neuen französischen Linken darin, mit dem Selbstverwaltungsgedanken vor allem gegen die für Frankreich signifikante »jakobinische Tradition« angeköpft zu haben. Der Historiker Tony Judt und auch der ehemalige sozialistische Premierminister Michel Rocard teilen die Ansicht, dass die Französische Revolution eine jakobinische Tradition hervorgebracht habe, die nachhaltig auf das Denken und Handeln der französischen Linken wirkte. Sowohl die breite Rezeption des »mechanistischen Marxismus« à la Schdanow durch die PCF als auch der partielle Erfolg der chinesischen Kulturrevolution in den sozialen Bewegungen der 1970er Jahre sind für sie Hinweise dafür, dass die Franzosen besonders »anfällig« für zentralistische und auf einen totalen Bruch hin orientierte Weltanschauungen sind.

AUTOGESTION IST NICHT GLEICH AUTOGESTION

Dennoch gab es zwischen den verschiedenen »Autogestion«-Konzepten entscheidende Unterschiede. Dabei ging es um die Fragen, wann der Staat zu »verschwinden« habe, inwiefern es eine Revolution zur Einführung selbstverwalteter Strukturen brauche, welche Rolle Parteien spielen sollen und ob es trotz allem einer zentralistischen Leitung bedürfe. Angesichts der Masse der Publikationen zum Thema in den 1960er und 1970er Jahren kann grundsätzlich von zwei Denkrichtungen gesprochen werden: Zum einen eine ausgehend von demokratischer Planung, vor allem hinsichtlich der Mitbestimmung in den Betrieben und der Dezentralisierung der Machtverhältnisse allgemein, und zum anderen jene, die sich vorwiegend über die revolutionären, antistaatlichen und spontaneistischen Elemente mit der Selbstverwaltung identifizierten. Zum ersten Lager gehörten vorrangig Mitglieder der Partei PSU (Parti Socialiste Unifié), deren Mitglieder vor allem ehemalige Kommunisten, Trotzkisten und Sozialisten waren, unter anderem Pierre Naville, Victor Fay und Victor Leduc, später auch Ex-Premier Michel Rocard sowie Gewerkschaftsvertreter wie Pierre

Rosanvallon und Edmond Maire. Die PSU entstand 1960 als eine Art Protestpartei gegen die herkömmlich eher marxistisch-orthodoxe Politik der etablierten sozialistischen und kommunistischen Parteien. In die zweite Kategorie fallen hingegen eher Mitglieder der linksradikalen Polit-Gruppe »Socialisme ou Barbarie« sowie der Marxist Ernest Mandel. Während in der Revolte von 1968 zuerst die zweite, radikalere Form der »Autogestion« an Aufmerksamkeit gewonnen hatte, setzte sich in den 1970er Jahren in der Mehrheit das »gemäßigtere« Selbstverwaltungsmodell durch, das in den meisten Fällen an eine demokratische aber zentrale Planung sowie an Verstaatlichungen gekoppelt wurde. Die Forderung nach einer »Autogestion« in Betrieben wurde zwar in das Programm der 1969 neugegründeten Sozialistischen Volkspartei (Parti Socialiste oder PS, der heute Hollande angehört) aufgenommen, es ging jedoch niemand mehr ernsthaft von einer kurz- oder langfristigen Abschaffung des Staates aus.

In der weitaus kleineren PSU, die in den 1960er Jahren kaum mehr als ein Prozent bei Wahlen holte, aber als intellektuelle »Kaderschmiede« der sozialistischen Bewegung galt, tritt neben dem bereits erwähnten Marxisten Victor Fay auch Pierre Naville für die Fragen der Selbstverwaltung. Naville war ehemaliger Trotzkist und aktives Mitglied der Vorgängerorganisationen der Neuen Linken in den 1950er Jahren und wurde schließlich PSU-Mitglied. Wie seine Mitstreiter in der PSU sah er das gaullistische Frankreich als militärisch-industrielle Bürokratie, welche die private Marktwirtschaft und den »Staatskapitalismus« in sich vereinigte. Gegen diese Entwicklungen sowie gegen die zunehmende Automatisierung in Wirtschaft und Industrie sah Naville als einziges Mittel eine tiefgreifende Demokratisierung und Dezentralisierung, die programmatisch im von der Partei entwickelten »contre-plan« (Gegen-Plan) der PSU angelegt war. Der 1964 beschlossene »contre-plan« sollte einen »neuen Weg zum Sozialismus« aufzeigen.

Die Trennung zwischen planwirtschaftlichen Forderungen und Selbstverwaltungsthesen bleibt im Nachhinein aber auch eine Frage der Interpretation: Was ist Mitbestimmung und was schon Selbstverwaltung? Allgemein kann der Analyse des ehemaligen Parteimitglieds Jean-Claude Gillet zugestimmt werden, dass die PSU in den 1960er Jahren eher planwirtschaftlich orientiert war. Dabei geht er von zwei unterschiedlichen Richtungen innerhalb der PSU aus: einer demokratisch-planistischen PSU vor und einer revolutionären, marxistischen Partei mit Schwerpunkt auf »Autogestion« nach 1968. Diese Trennung mag zwar durchaus zutreffen, dennoch sind die Übergänge zwischen Planwirtschaft und Selbstverwaltungsforderungen oft sehr unscharf. So fanden schon vor 1968 ausführliche Debatten in Bezug auf das Thema »Autogestion« statt und nicht wenige Mitglieder der PSU beschäftigten sich ausführlich mit der Selbstverwaltung als Alternative für einen Weg in einen demokratischen Sozialismus. So heißt es im Contre-Plan von 1964:

»Aktivisten der Selbstverwaltung in Unternehmen: die PSU glaubt an [...] wichtige Fortschritte: im öffentlichen Sektor, der Demokratisierung der Verstaatlichun-

gen durch die Ausweitung der Macht der Personal und Gewerkschaftsvertreter ebenso wie in den sozialen Bereichen und in der wirtschaftlichen Verwaltung.« Und noch deutlicher nannte das Programm die Forderung nach einem demokratischen Planverfahren unter Beteiligung aller sozialen Akteure:

»Eine Ausarbeitung eines demokratischeren Plans, dessen Inhalte auf nationalem Niveau von allen sozialen Kräften getragen werden sollen und gleichzeitig politisch präsentiert werden soll. Die Umsetzung des Plans solle dann in jedem Industriezweig unter Beteiligung der Gewerkschaften stattfinden.«

Sicherlich überzog hier dennoch der planwirtschaftliche Ansatz. Trotzdem ist der Übergang zu den Selbstverwaltungsthesen der PSU ab 1968 nicht weit: Die PSU forderte 1964 im »contre-plan« eine Einbeziehung aller wirtschaftlichen und sozialen Akteure in die Formulierung des nationalen Plans sowie die strukturelle Durchdemokratisierung der Betriebe in der Privatwirtschaft wie auch in nationalisierten Betrieben. Der Übergang zur Selbstverwaltungstheorie, in der per Definition alle Bereiche der Gesellschaft in hierarchiefreiem, demokratischem Austausch stehen, unterschied sich dabei nur graduell von diesem direktdemokratischen, planwirtschaftlichen Modell.

DER »DRITTE WEG« IM KALTEN KRIEG

Wichtig ist jedoch, dass die Idee der Selbstverwaltung nicht erst mit den Unruhen um den Mai 1968 in das Blickfeld der linken Bewegungen rückte, sondern schon seit den 1940er Jahren mit zunehmender Intensität, ausgehend von den Erfahrungen der Rätekommunisten in der UdSSR und dem spanischen Bürgerkrieg, in Frankreich diskutiert wurde. Ende der 1940er Jahre beeinflussten vor allem Berichte vom jugoslawischen Wirtschaftsmodell die Debatten, da die französischen Antistalinisten durch den Bruch Titos mit Stalin zunächst auf einen neuen Versuch eines demokratischen Sozialismus hofften. Hinzu kamen schließlich die Erfahrungen in Ungarn und Polen 1956 sowie die zunehmende Forderung nach der Entwicklung alternativer Sozialismuskonzepte, die einerseits an die Entwicklungen im Nachkriegsfrankreich angepasst werden und andererseits den Grundgedanken an einen demokratischen statt einen autoritären Sozialismus verfolgen sollten.

Dennoch fand der Begriff »Autogestion« in Frankreich erst nach 1968 eine umfassende Anerkennung als politisches Konzept, bis hin zur Verabschiedung der 15 Thesen zur Selbstverwaltung der Parti Socialiste 1976. Dass die Idee der Selbstverwaltung somit den politischen Mainstream erreichte, ist vor allem der PSU zu verdanken, deren Mitglieder Anfang der 1970er Jahre massenhaft in die PS wechselten. Die Diskussion der »Autogestion« als politisches Programm zeigte in den 1970er Jahren jedoch, wie die Definition des Begriffes an die politischen Bedingungen angepasst und somit beliebig radikalisiert und entradikalisiert werden konnte. Dennoch zeigt die Geschichte der französischen Selbstverwaltung eindringlich den Versuch vieler Intellektueller und Aktivisten, sich in Zeiten des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation gleichzeitig gegen die autoritäre, hierarchische linke Traditionen wie auch gegen den staatlich-kapitalistischen Zentralismus von de Gaulle zu positionieren. ●

ANZEIGEN

iz3w ◀ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

343

**Wer erzählt?
Fotografie und Macht**

Außerdem: ▶ Südafrika nach der Wahl ▶ Postkoloniale Namibia ▶ Maidan ist überall! ...

Einzelpreis € 5,30

auch als PDF zum Download

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

INTERVIEW MIT MATHIEU COLLOGHAN ZU SELBSTVERWALTUNG IN FRANKREICH

Foire de l'autogestion

Am Wochenende des 28./29. Juni 2014 fand das dritte Mal die Messe der Selbstverwaltung (Foire de l'autogestion) in Montreuil, in der Nähe von Paris, statt. Es ist ein besonderer Treffpunkt für Kollektive, Vereine, Unternehmen, Kooperativen und Gewerkschaften, die die Idee der Selbstverwaltung lebendig zu gestalten versuchen. Kurz nach der zweiten Messe im letzten Jahr stand Mathieu Colloghan, Mitorganisator dieser Veranstaltung für ein Interview zur Verfügung.

Die Fragen für CONTRASTE stellte Isabelle Böhnke.

Das Wort »Autogestion« klingt wie ein Sammelsurium für alles Mögliche, was bedeutet es für dich?

Auf der einen Seite gibt es Projekte, die sich auf sehr genaue politische Programme beziehen und deren Durchsetzung fordern. Sie werden sich in zwei Organisationen spalten, weil es Meinungsverschiedenheiten über Analysen, Kommas und Teile des Programms gibt. Andererseits gibt es vage Begriffe wie politische Ökologie, in denen viele Widersprüche versteckt sind. Ich würde sagen, dass die Selbstverwaltung dazwischen steht, das heisst, der Begriff ist ziemlich offen, es ist kein Dogma. Aber gleichzeitig gibt es sehr konkrete Grundlagen, die die Selbstverwaltung unvereinbar mit klassischen autoritären Strukturen machen. Ich bin der Meinung, dass es zwei Ansätze der Selbstverwaltung gibt. Ich werde es ziemlich theoretisch erklären, selbstverständlich sind die Grenzen fließend, aber es ist gut damit anzufangen, wie die Leute zur Selbstverwaltung kommen.

Auf der einer Seite gibt es die Selbstverwaltung als Praxis, zum Beispiel in den Kooperativen, denen man beitreten kann, wenn man keine Stelle in einer Firma gefunden hat. In einer Kooperative fragt man sich, warum ein Chef gewählt wird, könnten wir nicht eine andere Form annehmen, es ein bisschen offener, horizontaler gestalten? Das führt allmählich zu den zentralen Fragen über Machtverhältnisse, wie man mit jemanden umgeht, der Mist baut, oder einfach nicht den Erwartungen entspricht. Wird sich ein kollektiver Autoritarismus ausdrücken oder wird es eine Toleranz geben und wie wird diese aussehen? Damit fängt man schrittweise an, sich die Frage der selbstverwalteten Praxis zu stellen.

Es gibt auch die Frage der Arbeitsteilung zwischen »Entscheidern« und »Ausführenden«.

Zum Beispiel, oder zwischen neuen Mitgliedern, die noch nicht eingearbeitet sind und den Anderen, die schon integriert sind. Wie integriert man die Neuen, wie verlässt man ein Projekt? Es gibt ein klassisches Beispiel: Eine Kooperative wird von zusammenlebenden Leuten gegründet, das Projekt ist klar definiert, alle sind einverstanden; dann kommen die Kinder, einige wollen umziehen, andere wollen das Projekt erweitern und neue Leute in die Kooperative aufnehmen. Plötzlich taucht die Eigentumsfrage auf, die Frage der investierten Einsätze stellt sich auch, wie geht man damit um? Das sind zentrale Fragen für die Selbstverwaltung.

Andererseits kommen zur Selbstverwaltung Leute, die aus klassischen politischen Bewegungen kommen, die diese als zentralen Bestandteil ihres Projektes sehen, zum Großteil Libertäre und die alternative Linke. Diese Bewegungen, die eine Theorie der Selbstverwaltung haben, sehen sich irgendwann mit der realen Welt konfrontiert. Für politische Organisationen geschieht dies im Zusammenhang mit Wahlen und kann einen Widerspruch oder zumindest einen Knackpunkt zur Frage der Selbstverwaltung zum Vorschein bringen. Oder, wenn es starke soziale Bewegungen gibt, wie kann sich eine strukturierte Organisation in den Hauptversammlungen integrieren, wie gelangen wir zu etwas Selbstverwaltetem, etwas Spontanem und so weiter?

Kurz gesagt, es gibt sehr unterschiedliche Ansätze. Als ich von Kooperativen gesprochen habe, hätte ich auch von Vereinen als einer weiteren Form sprechen können,

also von Leuten die sich frei zusammenschließen. Die freie Vereinigung kann auch schrittweise in die Selbstverwaltung einmünden.

An welchen Merkmalen kann man erkennen, dass es sich um ein selbstverwaltetes Projekt handelt oder nicht?

Ich würde sagen: Es gibt ein Mittel, ein Ziel und einen Weg. Das Ziel ist ein Gesellschaftsprojekt ohne Hierarchie und ohne Machtvertretung. Es ist immer einfacher, wenn wir von etwas sprechen das noch weit entfernt ist und das nicht gleich geschehen wird. Ein Weg, weil es eine Anforderung an die Organisationen und Bürgerinitiativen ist, eine horizontale Verwaltung und einen kollektiven Rahmen zu haben. Zum Beispiel ist die Hauptversammlung nicht automatisch selbstorganisiert. Die Hauptversammlung, wohin alle Leute eingeladen werden und sich ausdrücken können, kann auch der Ort aller möglichen ‚Gewaltstriebe‘ sein. Ich denke das Hauptprinzip der Selbstverwaltung ist, einen kollektiven Rahmen zu schaffen, wo die Leute sich folgende Fragen stellen: Worum geht es?, Wie funktioniert es?, Wo bilden sich Machtpositionen?. Gleichzeitig verlangen sie nach Demokratie – ohne zu delegieren.



Könnte man nicht mit einer klar definierten Vertretung den selbstverwalteten Hintergrund erhalten?

Ich meinte mit Vertretung die klassische Vertretung, wo jemand gewählt wird und man auf das Ende seines Mandates wartet, um eine Bilanz daraus zu ziehen. So haben die Römer ihre Tyrannen gewählt, aber es kann auch eine Delegation mit einem bestimmten Mandat sein.

Ein widerrufbares Mandat mit ständigem Austausch und Rechenschaftsbericht?

Genau, aber umso schwieriger das Verfahren ist, desto mehr Delegationsprozesse gibt es, manchmal auch die Delegation der Delegation, und umso komplizierter wird am Ende diese »Alchimie«. Wir haben ein klassisches Beispiel mit kleinen Organisationen, die es zu einem gegebenen Zeitpunkt geschafft haben, Kommunalpolitiker zu stellen. Am Anfang unterliegen diese Kommunalpolitiker dem Druck der anderen Teilnehmer*innen und dem widerrufbaren Mandat. Dann werden sie zu Technokrat*innen, sind in besonders komplizierten Strukturen und lokalpolitischen Prozessen mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten involviert, die sich sehr vom klassischen demokratischen Prozess unterscheiden können. Dann kommt es zu einem Phänomen des Bruchs. Entweder ist die Lage für den Politiker unerträglich und er bricht mit seinem Mandat oder mit seiner Gruppe, oder man befindet sich in einer verrückten Amtsinhaberschaft und in Strukturen, die von Natur aus undemokratisch sind, sei es in einem Gemeinderat, in einem Landes-, oder sogar in einem nationalen Parlament.

Bisher waren wir auf den Weg und das Ziel eingegangen, und das Mittel?

Es ist ein Mittel, weil man zusammen klüger ist. Es gibt ein Wettstreiten in der kollektiven Arbeit. Dieser Bestandteil des kollektiven Schaffens, eben weil er Kraft

gibt, ist auf keinen Fall sekundär. Das kollektive Schaffen hat die Fähigkeit andere Potentiale mitzubringen, eben weil es einfacher ist, die Dinge zusammen zu tun. Die Lust auf Vereinigung und auf Zusammenarbeit birgt ein Potenzial der Selbstverwaltung, weil man diese kollektive Fähigkeit besitzt und sie einen prädestiniert, eine Art von kollektiver Verwaltung zu finden. So ausgedrückt klingt es ein bisschen abstrakt, aber tatsächlich ist es pragmatisch.

Was hat dich dazu gebracht, an dieser Messe teilzunehmen?

Wir haben in einem anderen Projekt zu Volksversammlungen in der Stadt gearbeitet - im Zusammenhang mit der Rückeroberung des öffentlichen Raumes. Wir haben mit unterschiedlichen Leuten aus verschiedenen Organisationen gesprochen und wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir alle einen Bezug zur Selbstverwaltung haben, ohne dass wir eine politische Bewegung bilden. Jemand hat vorgeschlagen, dass wir zusammen eine Messe der Selbstverwaltung organisieren könnten, um die Gesamtheit der Kräfte zu sammeln, die sich auf die Selbstverwaltung beziehen. Einerseits haben wir

wenn man wählt, »Welche Mandate?«, »Muss man ein Organisationsmitglied sein - ist nicht eine Mitgliedschaft schon eine Beschränkung der Demokratie?«

Es gab auch eine Praxis, da Kooperativen nicht nur für Produzenten, sondern auch für Konsumenten erschienen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts sind zwei große Kooperativen, die Bellevilloise und die Egalitaire entstanden. Das waren mächtige Strukturen. Sie enthielten Kinderkrippen, Lebensmittelgeschäfte, Orte um Streikende aufzunehmen und wo sie mittags essen konnten und Frauenkliniken für schwangere Arbeiterinnen. Diese Räume waren als soziale Räume gedacht, die politische Ansätze in sich trugen.

War in dieser Zeit der Freiraum für Autonomie größer als heute?

Das kann ich schwer einschätzen, ich bin kein Historiker. Heute haben sich die Fähigkeiten der Informationssammlung und der Kritik der Leute, die sich für selbstverwaltete Projekten engagieren gewaltig entwickelt. Das Problem ist, dass die Räume, in denen sich eine selbstverwaltete Praxis entfalten kann, die Räume sind, die als unrentabel identifiziert werden. Nun sieht man aber jetzt in Frankreich eine englische Finanzgruppe, die sich für soziale und solidarische Ökonomie interessiert und in diese Branche investiert, um damit Profite zu machen. Das ist eigentlich das Gegenteil des Grundkonzeptes dieser Form von Ökonomie.

Das schließt die Frage ein, was Selbstverwaltung nicht ist. Ab welchem Moment kann man sagen, dass ein Projekt nicht mehr selbstverwaltet ist?

Es ist vielleicht das Problem der Selbstverwaltung, aber zugleich dessen Stärke, dass es kein Paradigma ist, das alle Probleme lösen kann. Man kann sich in einem Unternehmen wiederfinden, das innerbetrieblich, in seiner alltäglichen Praxis, die Hierarchie aufgesprengt oder sie auf ein Minimum beschränkt hat, das wirklich demokratisch ist, aber irgendwelche Schweinerei für die Marktwirtschaft produziert. Diese Eingrenzung und Integration in den Kapitalismus ist ein echtes Problem. Man kann es als einen positiven Aspekt sehen, man kann sofort heute etwas ausprobieren, aber wenn es sich so gut in den Kapitalismus integrieren lässt, wo ist da das Potenzial der Veränderung? Allerdings bin ich überzeugt davon, dass wenn man sich vom Druck der Hierarchie in dem Unternehmen befreit, automatisch die Frage der sozialer Zweckmäßigkeit aufkommt. Was produzieren wir und zu welchem Zweck?

Ich bin der Meinung dass man in der Praxis, nicht in der Theorie bleiben muss, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren. Die Forschung an einer selbstverwalteten Praxis soll sich in einen globaleren Rahmen integrieren, der sich nicht nur am Alltag begrenzt.

Die Messe der Selbstverwaltung gibt Leuten die Möglichkeit sich zu treffen, die über eine globale selbstverwaltete Gesellschaft nachdenken und in einer Gesellschaft, die fast keinen Platz für kollektives Eigentum lässt, eine alltägliche, revolutionäre Praxis zu entwickeln. Das Ziel ist es von einer konkreten demokratischen Praxis auszugehen, um sich die Frage zu stellen, wie diese in ein globales Projekt integriert werden kann. ●

Mehr Informationen unter:

☞ <http://www.foire-autogestion.org/>

FORUMRECHT

Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegungen

Kostenlos lesen und call for papers unter:
www.forum-recht-online.de



ANZEIGEN

sozial verträglicher Wohnraum & offenes Nachbarschaftsprojekt

Nach zwei Jahren intensiver konzeptueller und politischer Arbeit stehen wir

kurz vor der Realisierung

zusammen mit dem Miethäusersyndikat Freiburg und

brauchen jetzt Unterstützung

durch viele Kleinkredite für den Kauf der ehemaligen
Polizeiwache Berlin Lichtenberg. Unser Konzept & alles weitere:

www.rathausstern-lichtenberg.de



mit Kita, Kiezcafé, Nachbarschaftsgarten
und Atelierräumen in Selbstorganisation!

VON EMMA HERMANS - BERICHT EINER BESETZUNG

Le Transfo – 57 avenue de la République – Bagnolet



Foto: Emma Hermans

▲ Der Eingang vom Le Transfo in Bagnolet

Im Herbst 2012 wurde der Squat, ein besetztes Haus, das »DDE« in Paris-Montreuil geräumt. Einige Bewohner suchten daraufhin einen neuen Platz, den sie besetzen konnten, und stießen auf die vier Gebäude in der Avenue de la République 57 in Bagnolet, einem Vorort von Paris. Fast ein Hektar freie Fläche steht dort der Fantasie zur Verfügung! Um einen so großen Platz zu übernehmen muss man es schaffen, möglichst viele Menschen vor und während der Besetzung zu mobilisieren. Am Nachmittag des 17. November 2012 gingen hunderte Menschen auf die Straße. Sie wollten öffentlich die ehemaligen Gebäude der Firma Electricité de France, die 58 Atomanlagen betreibt, besetzen. Eineinhalb Jahre später sind das Wohn- und die drei weiteren Gemeinschaftsgebäude immer noch besetzt.

EIN AUTONOMER RAUM

Am 24. November 2012, eine Woche nach der Besetzung, findet das erste große Plenum statt. Fast fünfzig Personen nehmen daran teil. Hier werden die gemeinsamen Grundprinzipien der Gruppe entworfen, die sich von nun an als »Le Transfo« bezeichnet und bezieht sich dabei auf den elektrischen Transformator, der das Viertel seit dem Bau der Gebäude versorgt. Das Gebäude A ist von den Gebäuden B, C und D getrennt und wird das einzige Wohnhaus auf dem besetzten Gelände. Die drei anderen Gebäude werden vom Plenum aller Kollektive und Einzelpersonen verwaltet. Dies geschieht unter Einhaltung einer Reihe von Grundsätzen, die bei dieser ersten Hauptversammlung entwickelt wurden.

Wichtig ist, dass es sich um einen profitfreien Raum handelt. Produzent am Arbeitsplatz, Kunde im Finanzsektor oder Konsument im Freizeitbereich - unser Leben wird von den Rollen bestimmt, die wir in den verschiedenen Bereichen des Wirtschaftssystems einnehmen. Deshalb geht es den Besetzern darum, so viel wie möglich kostenlos zu realisieren, indem Projekte und Veranstaltungen ausschließlich mit freiem Eintritt organisiert werden – unter dem Motto: du gibst wenn du es kannst und willst, und zwar soviel wie du kannst und willst. Das eingenommene Geld soll dazu dienen, die Ausgaben

zu bestreiten und die Kämpfe zu unterstützen, die das Projekt am Leben erhalten. »Le Tranfo« ist keine autarke Insel, sondern eben ein Leben im allgemeinen Markt. Es handelt sich übrigens nicht um einen Freizeitbereich oder ein kulturelles Zentrum, das zur Gentrifizierung der Städte Bagnolet und Montreuil beitragen würde, sondern um einen Freiraum für autonome Kollektive.

In Frankreich, und insbesondere in Paris, gibt es einen unterschiedlichen Umgang der Squats mit den Behörden. Während einige den Dialog wählen und versuchen, einen Vertrag zu bekommen, der temporär und unter bestimmten Bedingungen gute Beziehungen mit der lokalen Gemeinde und dem Eigentümer gewährleistet, fordern die »Transfous« und »Transfolles« ihre Autonomie ein. Wie in der Broschüre »Le Transfo comment ça marche« erklärt wird, welche im Januar 2013 veröffentlicht wurde, ist »Le Transfo« ein Squat. Er wurde mit Mitteln geschaffen, die von einer Justiz, welche nicht anerkannt wird, als Straftaten angesehen werden. Es wird ein kostenfreier Zutritt zu unseren Räumen ermöglicht und öffentliche Veranstaltungen organisiert. Um Irritationen zu vermeiden und die Dinge klarzustellen: Weder die Polizei noch irgendeine andere Aufsichtsbehörde werden innerhalb des Geländes geduldet.

Diese Grundprinzipien sollten nicht nur als eine einfache Stellungnahme verstanden werden, sondern als eine konkrete Antwort auf die Herausforderungen, die durch die Transformation der europäischen Städte entstehen. Die Urbanisierung, die für die Konzentration der Oberschichten (Finanzen, Kultur) und für Machtstrukturen in immer größeren Zentren und Peripherien sorgt, ist mitverantwortlich für die Vertreibung ärmerer Bevölkerungsschichten. Immer weiter von den wirtschaftlichen Zentren und den Entscheidungsstrukturen entfernt, wird diese zersplitterte und unterdrückte gefährliche Klasse immer unsichtbarer. Die Herausforderung durch die Gentrifizierung ist nicht die soziale Vermischung, sondern die Bewahrung der »normalen« Stadtviertel, in welchen die Standardisierungsprozesse durch die aktuelle Urbanisierung noch nicht abgeschlossen sind. Auch wenn das Gelände für Behörden nicht zugänglich ist, erklären die Bewohner: »Le Transfo ist offen für die Bewohner der Städte Bagnolet und Montreuil.«

SELBSORGANISIERTE PROJEKTE.

Die Entscheidungen über die Aufnahme von neuen Projekten, die Organisation von Veranstaltungen und die Instandhaltung der gemeinschaftlichen Räume werden im großen Plenum, das jeden Sonntag um 14 Uhr stattfindet, getroffen. Es gibt keine festen Rollen oder Satzungen und es wird darauf geachtet, dass die Unterstützungswillen. Damit erhalten auch Einkommensschwache einen Zugang zu qualitativ hochwertiger Nahrung. Andersherum geben Besserverdienende oft etwas mehr, um das Projekt zu unterstützen. Die Besetzer*innen sehen ihren Garten als antikapitalistisches Projekt und als eine gelebte Utopie einer libertären Gesellschaft im Hier und Jetzt. Um den Kapitalismus zu überwinden, suchen sie nach konkreten Alternativen durch die Bildung von Kollektiven und autonomen Gruppen. Produktion soll soweit es geht lokal und bedarfsorientiert erfolgen.

Ebenso wichtig ist der Vernetzungsgedanke mit anderen libertären Projekten und Kämpfen wie der ZAD (Zone À Défendre, der Flughafenprotest bei Nantes), der No-TAV-Bewegung (Protestbewegung gegen den Bau einer TGV-Strecke zwischen Frankreich und Italien) oder zahlreichen anderen Landwirtschaftsprojekten. Der Stadt Dijon sind die »jardins des maraichers« ein Dorn im Auge. Die gelebte libertäre Idee stört und von dem Gelände sollen deshalb nun knapp 20 Hektar betoniert werden, um ein »Öko-Viertel« zu bauen. In diesem Zusammenhang wurde auch die auf dem Gelände befindliche dreistöckige Villa im Auftrag der Stadtverwaltung zerstört. Doch der erhoffte demoralisierende Effekt blieb aus und der Widerstand der Lentillères ist größer als je zuvor.

Mehr Infos :

☞ <http://lentilleres.potager.org>

☞ <http://jardindesmaraichers.potager.org/>

Die Lentillères stehen nicht alleine in ihrem Kampf. Ganz in diesem Sinne wurde im November 2012 bei Rouen die »Ferme des Bouillons« (Die Farm der Gemüsebrühe) besetzt. Neben dem Selbstverwaltungsgedanken geht es hier vor allem um den Kampf gegen Gentechnik. Ein anderes Beispiel ist ein seit Februar 2013 besetztes Waldstück von 110 Hektar im Morvan-Massiv im östli-

verschiedenen Funktionen, wie Protokoll schreiben oder die Moderation in jedem Plenum von verschiedenen Personen freiwillig übernommen werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Verteilung der Redebeiträge gelegt, damit sich jeder und jede frei äußern kann, ohne dass jemand dabei eine Führungsrolle übernimmt. Aber dieser Wille zum gegenseitigen Respekt bedeutet nicht, dass keine Diskussionen möglich sind, die falsche Behauptungen in Frage stellen und damit zur individuellen und kollektiven Entscheidungsfindung beitragen. Da angenommen wird, dass Mehrheitsentscheidungen zur Tyrannei einer Mehrheit führen, werden die Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen. Das bedeutet, dass ein Projekt oder eine Veranstaltung akzeptiert wird, wenn niemand dagegen ist.

Während der letzten anderthalb Jahre konnten viele teilweise regelmäßige oder dauerhafte Projekte in den verschiedenen Räumen stattfinden, die das Gelände bietet. Das Gemeinschaftsgebäude hat beispielsweise ein Fotolabor, ein Kinderzimmer, mehrere Tagungsräume, einen Umsonstladen, zwei Konzerträume, ein Café, eine Kantine, einen Boxring, eine Fahrradwerkstatt, ein Atelier zum Malen (Banner, Poster, etc.), einen Tanzraum, eine Bibliothek, zwei Infoshops, ein Filmstudio, eine Garage, eine Tischlerwerkstatt, ein Studio für unser zukünftiges Radio und vieles mehr...

Da es keine offiziellen Regeln für die Nutzung der Räume gibt und diese damit ausschließlich von augenblicklichen Wünschen abhängt, verändert sich das Gelände ständig. Das Gebäude D beispielsweise, welches auf die Rue Robespierre hinausgeht, wurde zuerst als Metallwerkstatt genutzt. Die Räumungsdrohung für das ZAD Notre-Dame-des-Landes, die größte besetzte Fläche in der Bretagne gegen den Bau eines Flughafens (CONTRASTE berichtete in der Ausgabe 348, September 2013) haben deren Unterstützergruppe dazu bewegt, aus dem Gebäude auszuziehen und eine Transfo-Hütte (siehe Foto) zu bauen, die sie dann in Notre-Dame-des-Landes wieder aufgebaut haben. Nachdem die Bewohner einen Entspannungs- und Begegnungsraum, eine Fahrradwerkstatt, eine Tischlerei, eine Windkraftanlage sowie Ensemble aus seltsamen Gegenständen, wie beispielsweise einen Fahrradmixer zur Humusherstellung gebaut haben, arbeiten nun alle an einem Garten aus Hochbeeten.

Das Grundprinzip all dieser schönen Arbeiten ist: Im Transfo gibt es keine Chefs, kein Wartungspersonal, keine Führungskräfte also ... Do It Yourself! Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang zwischen Wohn- und Gemeinschaftsflächen zu unterscheiden. Es mussten viele Kompromisse gefunden werden. Zum Beispiel wurde die Anzahl von Konzerten, die zusätzlich zu anderen Veranstaltungen organisiert werden,

beschränkt. Vom Konzert zur Unterstützung des Aktivistenradios Fréquence Paris Plurielle am 12. April 2013 über den internationalen Boxwettkampf im »box populaire« am 2. November 2013, an dem hunderte Personen teilgenommen haben, den Cafés und Kaminen, die mexikanische, russische oder weißrussische Gefangene unterstützen, No-TAV (Bewegung gegen den Bau einer TGV-Verbindung nach Italien), bis hin zu den Kinos der Kollektive Synapses und Pico y Pala für engagierten Film – Le Transfo war immer dabei!

Das Projekt will sich auch in den Kiez öffnen und Wege vorschlagen, um gemeinsam gegen die Gentrifizierung und die dahinter stehenden Prinzipien zu protestieren, die die Städte Bagnolet und Montreuil verändern. Wir haben sowohl regelmäßig kostenlose Mahlzeiten organisiert als auch unsere Überschüsse an Biogemüse kostenlos verteilt. Ein Jahrmarkt mit Aktivitäten, vor allem Spiele speziell für Kinder, die »Transfolles«, fand im Juni vergangenen Jahres statt. Erhaltenswert ist auch die Demonstration vom 27. April 2013 gegen die Aufhebung der sogenannten »Winterpause«, die seit dem Winter 1954 Räumungen zwischen dem 1. November und dem 15. März verbietet.

EIN VERGÄNGLICHER RAUM.

Nach eineinhalb Jahren Rechtsstreitigkeiten ist Le Transfo immer noch da. Das Eigentumsrecht an den vier Gebäuden ist unter drei Tochterunternehmen von EDF, der Elektrizitätsgesellschaft in Frankreich, aufgeteilt. Neuigkeiten über die Rechtslage soll es im September geben. Obwohl immer mit der vergänglichen Natur eines solchen Projektes gerechnet wurde, wird gegen die Räumung Widerstand geleistet. Vor, während und nach der Eröffnung von Le Transfo haben sich aber auch andere Initiativen gegründet. Die Baras con Gallieni, Dilengo in Ivry, Attiéke in Saint-Denis und viele andere – die Besetzer werden weitermachen! ●

Mehr Infos.

<http://transfo.squat.net/>

mail : transfo@squat.net

▼ Das Le Transfo in Notre-Dames-des-Landes



Foto: Emma Hermans

MISSION TEW STELLT ZWEI SELBSTVERWALTETE PROJEKTE AUS FRANKREICH VOR

Landwirtschaftliche Selbstverwaltung in Frankreich

Das 1973 von Arbeitnehmer*innen besetzte Uhrenwerk Lip in Besançon (in Ost-Frankreich) ist bis heute das spektakulärste und populärste Beispiel der jüngeren Geschichte der französischen Selbstverwaltungsbewegung. Doch bis heute gibt es eine Reihe erfolgsversprechender Projekte, die seit Jahren die Idee einer hierarchiefreien Produktion in die Praxis umsetzen. Misson Tew stellt uns zwei davon vor:

LES JARDINS DES MARAICHERS:

Die »jardins des maraichers« (Die Gemüseärten) umfassen ein etwa 28 Hektar großes Gelände im Stadtgebiet von Dijon. Jahrelang lag dieses Stück Land brach, bis sich entschlossene Gartenfreunde dazu entschieden haben das Gelände und eine darauf befindliche Villa zu besetzen. Dort bauen die Besetzer auf dem fruchtbaren Boden nun erfolgreich Obst und Gemüse an. Sie nennen sich das »Collectif des Lentillères« (Kollektiv der Linsenbauern). Das Kollektiv ist zwischen 2010 und 2014 von etwa 200 auf mittlerweile 400 Mitstreiter angewachsen. Die anstehenden Arbeiten werden kollektiv und selbstverwaltet erledigt. Entscheidungen werden in der Vollversammlung getroffen. Inzwischen gibt es ein 400m² großes Gewächshaus und ein funktionierendes Bewässerungssystem. Um die Biodiversität zu erhalten und der Gentechnik Paroli zu bieten, wird ein reger Austausch an Saatgut betrieben. Als Nebeneffekt lernen alle Beteiligten die Grundlagen organischer Landwirtschaft unter völligem Verzicht auf chemischen Dünger und Unkrautvernichtungsmittel kennen. Ein Teil der Ernte dient zur Selbstversorgung und der Rest wird gegen einen »prix libre« (freier Preis) verkauft. Das Prinzip des »prix libre« ist so einfach wie solidarisch: Der/die Käufer*in gibt soviel wie er/sie möchte, je nach Zahlungskraft und

Unterstützungswillen. Damit erhalten auch Einkommensschwache einen Zugang zu qualitativ hochwertiger Nahrung. Andersherum geben Besserverdienende oft etwas mehr, um das Projekt zu unterstützen.

Die Besetzer*innen sehen ihren Garten als antikapitalistisches Projekt und als eine gelebte Utopie einer libertären Gesellschaft im Hier und Jetzt. Um den Kapitalismus zu überwinden, suchen sie nach konkreten Alternativen durch die Bildung von Kollektiven und autonomen Gruppen. Produktion soll soweit es geht lokal und bedarfsorientiert erfolgen.

Ebenso wichtig ist der Vernetzungsgedanke mit anderen libertären Projekten und Kämpfen wie der ZAD (Zone À Défendre, der Flughafenprotest bei Nantes), der No-TAV-Bewegung (Protestbewegung gegen den Bau einer TGV-Strecke zwischen Frankreich und Italien) oder zahlreichen anderen Landwirtschaftsprojekten. Der Stadt Dijon sind die »jardins des maraichers« ein Dorn im Auge. Die gelebte libertäre Idee stört und von dem Gelände sollen deshalb nun knapp 20 Hektar betoniert werden, um ein »Öko-Viertel« zu bauen. In diesem Zusammenhang wurde auch die auf dem Gelände befindliche dreistöckige Villa im Auftrag der Stadtverwaltung zerstört. Doch der erhoffte demoralisierende Effekt blieb aus und der Widerstand der Lentillères ist größer als je zuvor.

Mehr Infos :

☞ <http://lentilleres.potager.org>

☞ <http://jardindesmaraichers.potager.org/>

Die Lentillères stehen nicht alleine in ihrem Kampf. Ganz in diesem Sinne wurde im November 2012 bei Rouen die »Ferme des Bouillons« (Die Farm der Gemüsebrühe) besetzt. Neben dem Selbstverwaltungsgedanken geht es hier vor allem um den Kampf gegen Gentechnik. Ein anderes Beispiel ist ein seit Februar 2013 besetztes Waldstück von 110 Hektar im Morvan-Massiv im östli-

chen Frankreich. Der Wald hier soll abgeholzt werden um grüne Energie zu liefern. Die Besetzer*innen üben sich dagegen in nachhaltiger Wald- und Bodennutzung und haben ihr Gelände in Anlehnung an die Kämpfe um Nantes zur »ZAD II« erklärt. »Wir sind für die Nutzung erneuerbarer Energien, aber in einem vernünftigen Maßstab und lokal nachhaltig«, so die Aktivist*innen in ihrer Selbstbeschreibung.

AMBIANCE BOIS

Bei »Ambiance Bois« geht es um nachhaltige Holzverarbeitung. Das selbstverwaltete Kollektiv macht alles selbst: von der Verarbeitung des Baumstamms bis zum fertigen Passivhaus oder den sich darin befindlichen Möbeln. Das Unternehmen in der in Mittelfrankreich gelegenen Region Limousin wird seit 1988 in Selbstverwaltung betrieben und beschäftigt derzeit 20 Angestellte. Das bedeutet es gibt keine Hierarchie, keine Sektorsierung und keine Lohn- oder Verantwortungsgefälle. Um der Sektorsierung entgegenzuwirken, wird das Wissen zwischen den einzelnen Posten ausgetauscht. Dieser Austausch manifestiert sich auch im Rotationsprinzip. Wichtige Entscheidungen werden in der Vollversammlung getroffen. Das Unternehmen arbeitet seit 25 Jahren erfolgreich in dieser selbstgegebenen Struktur. Rechtlich ist »Ambiance Bois« als eine »SAPO« eingetragen. »SAPO« bedeutet »Société Anonyme à Participation Ouvrière« (Anonyme Gesellschaft unter Arbeiterbeteiligung). Es handelt sich hierbei um eine fast vergessene und 1917 erfundene Art der Kooperative.

Für die Mitarbeiter*innen von »Ambiance Bois« ist es wichtig, Theorie und Praxis von Selbstverwaltung zu vereinen. Es geht ihnen darum, Solidarität zu leben statt Profit zu erwirtschaften, da eine profitorientierte Gesellschaft ja überwunden werden soll.

Bei »Ambiance Bois« heißt das konkret:

- Wichtige Entscheidungen werden in der Versammlung der jeweiligen Abteilung getroffen, die Konsequenzen werden entsprechend von allen Beteiligten getragen.
 - Gleiche Löhne und gleiche Verantwortung für alle Angestellten
 - Teilen von Aufgaben, besonders der anstrengenden oder nervenaufreibenden
 - Polyvalenz, damit ist das Rotieren von Aufgaben gemeint, damit niemand auf seinem Posten »versauert«
 - Arbeitszeitverkürzungen, damit mehr Zeit für andere Aktivitäten (Familie, soziales Engagement etc.) bleibt
 - Gewinne werden zu 50 Prozent an die Angestellten ausgezahlt und zu 50 Prozent wieder in das Unternehmen investiert
 - Der gesetzlich vorgeschriebene Repräsentant der Kooperative wird unter Freiwilligen ausgelost, die nicht unmittelbar davor ein Mandat gehabt haben dürfen. Die Mandatsdauer beträgt zwei Jahre.
- »Ambiance Bois« ist im Netzwerk »Repas« für solidarische Ökonomie organisiert. Alle teilnehmenden Unternehmen bieten für Interessierte eine »Compagnage« (Kompanie) an, um die Arbeit in Selbstverwaltung besser kennen zu lernen. Während vier Monaten realisieren die Beteiligten eigenständig ein Projekt innerhalb eines selbstverwalteten Betriebes und werden dabei vom Netzwerk unterstützt. Außerdem bringt das Netzwerk die »Collection pratiques utopiques« heraus, ein Ratgeber für praktische Utopie. ●

Mehr Informationen gibt es hier:

<http://www.ambiance-bois.com/>



Sexarbeit ist ARBEIT!

Prostitution und Sexwork sind seit jeher ein großes Thema für die französische Gesellschaft. Dies spiegelt sich vor allem in der französischen und internationalen Literatur wider – sei es bei Emile Zola, der mit seiner Romanfigur »Nana« der klassischen Hetäre des ausgehenden 19. Jahrhunderts ein Denkmal setzte, Henry Miller, den der Flair der Bordelle der 1920er Jahre als Kulisse für seine schriftstellerische Tätigkeit benötigte oder einem Marquis de Sade, der seine Heldin Juliette die universelle Prostitution predigen lässt.

Gleichzeitig war die Prostitution und die Situation von Prostituierten immer auch ein großes Thema für französische Sozialisten und Sozialreformer. Rétif de la Bretonne, der mit der Veröffentlichung von über 250 pornographischen Romanen prahlte, stellte bereits 1769 in seiner Schrift »Le Pornographe« Überlegungen an, wie die Situation von Prostituierten und auch die ihrer Kinder verbessert werden könnte. Der Frühsozialist Charles Fourier sah in der Befreiung der Liebe den wirksamsten Schritt, um gegen Prostitution vorzugehen und in den »Geheimnissen von Paris« (1842/43) führt uns der sozialistische Abgeordnete Eugène Sue eine romantisch-kitschige Rettung der Prostituierten durch einen Edelmann vor – ein Stoff, der mehr an das moderne Märchen

»Pretty Woman« als an die reale Situation von Sexarbeiter*innen erinnert.

Die Versuche, Prostitution in Frankreich einzudämmen, sind vielschichtig – und von zweifelhaftem Erfolg. Sie reichen von einem Verbot der Zuhälterei bis zu einer geplanten Bestrafung der Freier nach schwedischem Vorbild. Diese Politik, in der sich das politische Spektrum von links bis rechts weitgehend einig ist, wird häufig auf Kosten und auf dem Rücken der meist weiblichen Sexarbeiter*innen ausgetragen – und es veruscht nur notdürftig die dahinterliegenden gesellschaftlichen Probleme.

Während auf der einen Seite Sexwork in Form von klassischer Prostitution in Form des Tauschverhältnisses Sex (Geschlechtsverkehr) gegen Geld, bekämpft wird, ist die künstlerisch dargebotene weibliche Haut in

Form von erotischem Tanz (z.B. im »Moulin Rouge«) eine gesellschaftlich anerkannte Form von Sexwork darstellt.

Die Sexarbeiter*innen in Frankreich wehren sich bereits seit längerer Zeit gegen die Bevormundung und fordern Rechte ein. So kam es bereits 1975 zu einem landesweiten Streik von Prostituierten und einige Jahrzehnte später hat sich die STRASS (Syndicat du Travail Sexuel – Gewerkschaft für Sexarbeit) gegründet, eine geschlechtsübergreifende Gewerkschaft von Sexarbeiter*innen, die u.a. gegen die geplante Bestrafung der Freier auf die Straße gingen und sich an der Organisation von 1. Mai-Demonstrationen in Frankreich an der Seite linker und anarchistischer Gruppen beteiligten.

Die Organisation in Form einer Gewerkschaft ist dabei ein sehr spannender Ansatz,

da die gewerkschaftliche Organisation von Sexarbeiter*innen bislang auf nationaler Ebene nur sehr marginal ausgeprägt ist. Die klassischen Gewerkschaften haben Berührungspunkte, so dass die wohl bekanntesten Organisationsansätze die der Sexworker-Union innerhalb der International Workers of the World (IWW), einer in Amerika beheimateten revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaft, und in der vergleichsweise jungen französischen Gewerkschaft STRASS zu finden sind.

In diesem Kontext habe ich das folgende Interview mit Manon (Pressesprecherin von STRASS und Callgirl) per Mail geführt, das hier nur in gekürzter Form erscheinen kann. Die Fragen für CONTRASTE stellte Maurice Schuhmann, Redaktion Paris



STRASS

Syndicat du Travail Sexuel



Hallo Manon. Können Sie uns bitte kurz die Geschichte von STRASS erzählen. Was war der Grund für die Gründung von STRASS? Wie viele Sexarbeiter*innen sind derzeit in der STRASS organisiert?

Die STRASS wurde 2009 im Rahmen von Tagungen zur Prostitution gegründet. Jedes Jahr organisieren die Organisationen für die Rechte von Sexarbeiter*innen und die Organisationen zur Bekämpfung von AIDS Treffen mit Sexorker*innen, um Erfahrungen auszutauschen und die Möglichkeit zu schaffen, sich zu treffen. Im Rahmen dessen haben einige Sexarbeiter*innen beschlossen, eine Vereinigung schaffen, damit es nicht mehr nötig ist, sich von Verbänden und Nicht-Sexarbeiter*innen Gehör verschaffen zu lassen. So hat sich die Gewerkschaft gegründet. Bezüglich der Zahlen weiß ich nicht Bescheid.

Wie ist das Verhältnis von der STRASS zu anderen Gewerkschaften?

Wir haben Verbindungen zu anderen Syndikaten – z.B. zu Studierenden-gewerkschaften¹.

Die Organisation von Sexarbeiter*innen ist nicht leicht. Um sich in einer gewerkschaftlichen Organisation einzubringen, müssen die Mitglieder ein Selbstbewusstsein haben, d.h. auch ein Bewusstsein von ihrer Arbeit und ihrer Position. Ich glaube, dass dies nicht leicht ist, weil die Arbeit in diesem Gewerbe schlecht angesehen ist.

In der Tat, wir fordern nicht von der ganze Welt sich einzubringen. Einige haben kein Problem sich dazu zu bekennen. Aber das Stigma ist sehr wichtig und es

ist wahr, dass es schwierig ist, weil wenige Personen – aus Angst erkannt zu werden – akzeptieren, im Fernsehen aufzutreten, Interviews zu geben oder zu demonstrieren. Aber wir betonen immer wieder den Fakt, das Zustimmung nicht zwangsweise zur Aktivität führt. Es geht auch darum, sich stärker zu fühlen (in Bezug auf Kunden, potentielle Aggressoren, Polizisten...), seine Rechte zu kennen, Methoden der Verteidigung, wie man sicherer arbeiten kann, andere Sexarbeiter*innen in der selben Situation zu treffen...

Es ist auch die Arbeit zu leisten, dass manche Sexarbeiter*innen sich nicht zerstören an der Schande, die sie fühlen, die durch den Druck der Gesellschaft bedingt ist. (...) Mir ist das so gegangen. Ich habe mich dafür geschämt, dass ich mich prostituieren und habe nach Entschuldigungen gesucht, weil es sonst nicht »normal« war. Dank der Gewerkschaft und Grisélidis (ein Verein zum Kampf für die Rechte von Sexarbeiter*innen) kann ich dies nun mit erhobenen Kopf tun und es im Ganzen akzeptieren.

Was ist die aktuelle Gewerkschaftsarbeit der STRASS? Wie betreibt man Gewerkschaftsarbeit in einem Metier wie Sexwork?

Das weiß ich nicht so genau. Da ich nicht in Paris bin², weiß ich das nicht. Wir arbeiten natürlich an der Bekämpfung des Vorhabens, ein Gesetz zur Bestrafung der Kunden zu ratifizieren. Weiterhin versuchen wir soviel wie möglich Sexarbeiter*innen kennenzulernen in Formen von Touren durch Paris, um auch ein wenig isolierte Sexarbeiter*innen zu treffen (Ausländer*innen, ländliches Milieu...) sowie im Internet, um auch die STRASS denen bekannter zu machen, die über das Internet arbeiten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Eingliederung von Migrant*innen. Wie organisiert euch als Gruppe mit den Sexarbeiter*innen »Sans-Papiers«?

Mit diesen Touren können wir Sexarbeiter*innen ohne Papiere kennenlernen, wir sind auch in Kontakt mit den Organisationen wie Grisélidis (Toulouse), Cabiria (Lyon), Ärzte ohne Grenzen (arbeiten mit den chinesischen Sexarbeiter*innen³), Bus der Frauen (Paris)..., die mit ihnen arbeiten. Die größte Schwierigkeit in diesen Fällen ist, dass sie eine leichte Zielscheibe für Aggressoren, Diebe, aber auch für die Polizei, die sie jagt, sind. Die letzteren zögern nicht, die Aufnahme von Anzeigen wegen Vergewaltigung / Raub / Zuhälterei⁴ aufzunehmen und bevorzugen es stattdessen, sie in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Das ist eine Sache, die unsere Arbeit so schwer macht, weil ein Großteil keine Anzeige erstatten will. Dann helfen wir auch mit unseren Anwalt oder Anwälten von Partnerorganisationen, aber auch mit der Erstellung von Merkblättern in mehreren Sprachen (sich anmelden, Anzeige erstatten, was tun in einer Gefahrensituation).

Im Bereich der Sexarbeit gibt es die Situation, dass viele Personen nur zeitweilig im Metier arbeiten (während des Studiums, in

der Situation einer finanziellen Krise). Ist das ein Problem für die Organisation?

Die Leute kommen und gehen, aber es ist wichtig, dass jede Person, die sich prostituiert, auf dem Laufenden ist, dass wir existieren und das man uns kontaktieren kann. Ob man sich für einen Monat, sechs Monate oder nur wenige Tage prostituiert ändert daran nichts: es ist möglich, Opfer von Gewalt, Raub zu werden oder festgenommen zu werden, es ist möglich, in eine gefährliche Situation zu kommen, es ist notwendig, seine Rechte zu kennen und an wen man sich wegen dieser Fragen wenden kann. Es gibt außerdem bei STRASS einen guten Kern von Leuten, die seit Jahren dabei sind und das ermöglicht ein gutes funktionieren von STRASS. Die Gewerkschaft entwickelt sich im Laufe der Jahre. Einige Sexarbeiter*innen hören auf, aber fahren fort, sich einzubringen, andere machen Pause und kehren anschließend zurück. Aus diesem Grund haben wir diesbezüglich keine Schwierigkeiten.

Was sind die wichtigsten und dringenden Punkte, um die generelle Situation von Sexarbeiter*innen zu verbessern?

Als allererstes muss verhindert werden, dass das Gesetz zur Bestrafung der Klienten durchkommt.

Weiterhin fordern wir das gemeine Recht, einfach die Möglichkeit zu haben zu arbeiten wie der Rest der Welt – daher: Abschaffung des Tatbestands der Zuhälterei bei Hilfe und Unterstützung der uns daran hindert, zusammenzuarbeiten und uns gegenseitig zu unterstützen. Wir wollen dort arbeiten können, wo wir wollen – ohne von Hoteliers und Eigentümer verjagt zu werden, oder der Folge, das die Hoteliers wegen Zuhälterei verfolgt werden.

Es ist auch wichtig, dass man die Stimmen der Sexarbeiter*innen berücksichtigt, beim Kommissariat z.B., dass wir eher ernst genommen werden, wenn wir wegen Vergewaltigung / Raub / Übergriffen Anzeige erstatten...

Man antwortet uns, dass das die Risiken des Gewerbes seien, und das wir das nicht machen sollten, einige wollen uns erpressen (sexuelle Praktiken für umsonst für die Aufnahme von Anzeigen oder um uns nicht auf die Nerven zu gehen)

CONTRASTE: Vielen Dank für das Interview. ●

Weitere Informationen über die STRASS (z.T. mehrsprachig) unter:

☞ <http://www.strass-syndicat.org>

ANZEIGEN

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64 60329 FRANKFURT

express-afp@online.de

www.express-afp.info

Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 6/14 u.a.:

- Jana Seppelt: »SOS KiTa: Wann, wenn nicht jetzt?« – über Rahmenbedingungen frühkindlicher Bildung
- Rolf Geffken: »Tarifeinheit oder Streikrecht?« – zum Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Tarifeinheit
- Toni Richter: »Erfolgreiche Bewegungsblockade« – ein Versuch, die Krisenpolitik der DGB-Gewerkschaften seit 2008 zu verstehen
- StS: »Gefangenengewerkschaft gegründet« – über einen Organisationsversuch in der JVA Tegel
- »Ihr Erfolg – unser Drama« – Interview mit Katerina Notopoulou über die griechische Partei Syriza bei den Europawahlen
- Peter Franke: »Sozialpartnerschaft als Fortschritt?« – über Gewerkschaften und ArbeiterInnenproteste in China

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.a.)

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostlos an vielen Ausgabepunkten wie Bibliotheken, Naturaren und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterschlupf zum ins Haus.
Kostlose Probennummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 03044339147

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Café Libertad Kollektiv eG
Strosemannstr. 548 - 22749 Hamburg
Telefon: 040-50904892 • Fax: -92
www.cafe-libertad.de • cafe.libertad@tiscali.de

KLEINANZEIGEN

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
 arianedettloff@ina-koeln.org
 (02 21) 31 57 83
 www.werkstatt-fuer-memoiren.de

Kennenlernwochenende auf dem Laakenhof/ Neubeckum vom 29.07.14 bis 03.08.14 für Gemeinschaftsinteressierte. Gespräche über gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip und ökologische Landwirtschaft werden ebenso Platz haben wie gemeinsames Kochen, Arbeiten usw.
Weitere Infos:
 www.laakenhof.de, 02525/2560

Selbstorganisation und Solidarische Ökonomie: Vorträge, Workshops und Seminare über Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß:
 post@elisabeth-voss.de
 0049 - (0) 30 - 216 91 05
 www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben. Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Bohème an. Nähere Informationen auf Anfrage:
 maurice.schuhmann@yahoo.fr

ANZEIGEN

Querstellen statt querlesen

alk

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
 Bestellungen unter www.akweb.de

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

Proheft gratis!

Sorge dich nicht, pflege

Aktueller Schwerpunkt:
 Care-Arbeit sichtbar machen!
 Außerhalb des Betriebs fängt die Arbeit richtig an.

DA DIREKTE AKTION

www.direkteaktion.org

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

DIE MONATSSCHRIFT

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter www.lateinamerika-nachrichten.de

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
 Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT

www.freiabos.de

KLEINANZEIGEN

Kosten:

- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
- Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.
 Private Stellengesuche sind kostenlos!

Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
 Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einsenden an:
 CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr.
 ISSN 0178-5737
 Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
 Postfach 10 45 20
 69035 Heidelberg
 E-Mail: info@contraste.org
 Internet: www.contraste.org
 Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405
 IBAN DE02508900000051512405
 BIC GENODEF3333
 VereinsregisterNummer: Amtsgericht Heidelberg, VR 1542
 USt Steuer Nummer: 32081 / 05427

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
 Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, www.attac.de/koennern/villa / 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / 22769 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / 30167 Hannover, Redaktion Hannover, Ulrike Kumpke, E-Mail: ulrike.kumpke@contraste.org / Pia Kuehnemann, E-Mail: pia.kuehnemann@contraste.org, 34117 Kassel, Redaktion Kassel, Sabine Conti, E-Mail: info@scontiprojektberatung.de / 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / 39624 Badel, Redaktion Badel, Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorf Str. 74, (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peterstreiff@netz-bund.de / Österreich: A-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, (0 043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / A-9020 Klagenfurt, Hans

Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, (0 043-46) 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / Frankreich: F-75018 Paris, Redaktion Paris, Dr. phil. Maurice Schuhmann, 39bis, Rue Championnet (0 0033 - 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes der Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (0 71 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / Kritik der Geldlogik: 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdient.de / Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / Solidarische Ökonomie: Elisabeth Voß, Tel. (030) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, www.elisabeth-voss.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumpke über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
 Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto
 IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, http://netz.coop
webmaster@contraste.org
 Layout: AdrienTasic, layout@contraste.org
 Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
 Abonnieren: abos@contraste.org
 Redaktion: redaktion@contraste.org
 Buchbesprechungen: rezensionen@contraste.org
 Termine: termine@contraste.org
 Verein: vorstand@contraste.org

Internet:

www.contraste.org
 twitter:
https://twitter.com/contraste_org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
<http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste>

M&R

MELODIE UND RHYTHMUS

GEGRÜNDET 1957

Schwerpunkt im Heft 04/2014 (Juli/August):

BRASILIEN

Ab 27. Juni am Kiosk

Infos und Abo unter www.melodieundrhythmus.com

Mehr als fair: **FAIRBINDUNG**
 Kaffee aus solidarischem Handel

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBinding e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040184
www.fairbinding.org - info@fairbinding.org



TIERRA y LIBERTAD

Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:
tierra-y-libertad.de * abolandundfreiheit@riseup.net

GEMEINSCHAFTEN

Vorankündigung: Seminar 'Interkomm Region Kassel - Vernetzung von vier Kommunen'

19.-22.9.2014 (Kaufungen)
Seit 1999 haben sich drei neue Kommunen in der Region Kassel gegründet: die „Villa Lokomuna“, die „gASTWERKe“ und der „Lossehof“. Alle Gruppen basieren auf den Grundsätzen Gemeinsame Ökonomie und Konsens bei der Entscheidungsfindung und sind Teil des KommuJa-Netzwerkes der politischen Kommunen. Im Laufe der Jahre haben sich die vier Kommunen immer mehr vernetzt und gemeinsame Projekte auf den Weg gebracht.

Das Seminar findet an vier verschiedenen Orten statt und stellt das Leben in einer Kommune am Beispiel aller vier Gruppen vor. Zum ersten mal gibt es die Möglichkeit vier Kommunen an einem langen Wochenende kennenzulernen. Es sollen die Gemeinsamkeiten der Gruppen, ihre unterschiedlichen Schwerpunkte und individuellen Wege betrachtet werden.

Schwerpunkthemen sind neben Konsens und gemeinsamer Ökonomie auch das politische Selbstverständnis einer linken Kommune. Angesprochen sind an Kommunen interessierte Menschen und solche, die sich schon konkret überlegen in eine der vier Gemeinschaften einzusteigen oder eventuell eine weitere Gruppe in der Region gründen wollen.

Ort: Kommune Niederkaufungen e.V., Kirchweg 3, 34260 Kaufungen
☞ www.kommune-niederkaufungen.de

FRAUEN

Vortrag und Diskussion: 'Damit der Schmerz ein Ende hat'

9.7.2014 (Marburg)
Die TERRE DES FEMMES-Städtegruppe Marburg lädt herzlich zu einem Vortrag und einer anschließenden Diskussion mit Rakieta Poyga ein. Die Aktivistin leistet mit ihrer Organisation Bangr Nooma weitreichende Aufklärungsarbeit

gegen weibliche Genitalverstümmelung in Burkina Faso.
Ort: Weltladen Marburg, Markt 7, 35037 Marburg
☞ <http://www.terre-des-femmes.de/>

KINDER

Feriencamp: Demokratie und Persönlichkeit

25.7.-3.8.2014 (Eberswalde)
Das Feriencamp wurde 2006 initiiert, um der Kinderarmut, insbesondere in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken. Die teilnehmenden Kinder (aus Berlin und Brandenburg) des Feriencamps sollen zwischen 8 und 14 Jahren alt sein und müssen nachweislich in einem sozial benachteiligten Elternhaus wohnen oder von körperlichen und seelischen Behinderungen betroffen oder bedroht sein. Das Projekt zielt auf die Stärkung der Persönlichkeit der teilnehmenden Kinder ab. Die Förderung ihrer sozialen Kompetenzen sowie die Vermittlung eines Grundverständnisses von Teilhabe und Inklusion von Kindern mit Behinderungen stehen dabei im Mittelpunkt.
Ort: Hotel Finesse, Angermünder Straße 43a, 16227 Eberswalde
☞ www.twsd-bb.de/

UMWELT & NATUR

Tagesveranstaltung: Emergent Berlin 2014

16.8.2014, ab 12 Uhr (Berlin)
Du möchtest die Welt verbessern? Du hast eine Vision, wie Berlin eine lebenswertere Stadt werden kann? Stell dir vor, du triffst dich in einer informellen, inspirierenden Atmosphäre mit anderen Gleichgesinnten. Emergent Berlin ist ein eintägiges Event zum Informieren, Vernetzen, Austauschen, Zusammenarbeiten, Feiern und Spaß haben. Unser Ziel: Gemeinsam wollen wir einen aktiven Beitrag zu einer lebenswerten, nachhaltigen Stadt leisten. Emergent Berlin rückt lokale Projekte in den Vordergrund. Wir möchten Menschen vernetzen,

die sich für eine nachhaltige Stadt einsetzen oder dies zukünftig tun möchten. Wir glauben, dass Vernetzung Menschen und ihre Ideen ermöglicht. Zum Mitmachen: Sendet bis zum 15. Juli eine kurze Beschreibung eurer Organisation/Initiative/Idee bzw. eures Projekts und beschreibt in ein paar Worten, wie ihr euren Beitrag zur Veranstaltung gestalten möchtet (Präsentation, Workshop, Kunstinstallation...).
Ort: Spreefeld, Köpenicker Straße 49.
☞ <http://www.baumhausberlin.de/events/emergent-berlin/>

KRISE IN EUROPA

Vortrag und Diskussion: 'The Future Is Still Unwritten'

18.7.2014, 18 Uhr (Berlin)
Die Rap-Artisten Daisy Chain & Miss Zebra (Athen) sowie Kronstadt (Barcelona) berichten von lokalen Kämpfen im Kontext der Krise: Mit welchen Problemen sind sie konfrontiert? Wie können Menschen in Deutschland, dessen Krisenpolitik mitverantwortlich ist für Armut in Südeuropa, Kämpfe in Griechenland, Spanien und Italien unterstützen? Danach Konzert.
Ort: Autonomes Kulturzentrum, Köpenicker Str. 137, 10179 Berlin
<http://koepi137.net>

GELD & WIRTSCHAFTEN

Sommerwerkstatt: Wirtschaft anders machen - Konzepte für Heute und Morgen!

11.-16.8.2014 (Leipzig)
Der Workshop richtet sich an junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, die wissen möchten, wie kann Wirtschaften anders gehen kann und was mensch selbst bewegen kann. Dabei bekommen die Teilnehmenden unter anderem Einblicke in die Konzepte und Möglichkeiten von Postwachstumsökonomie, Gemeinwohlökonomie oder Solidarischem Wirtschaften. Neben der Theorie werden aber vor allem bereits jetzt praktizierte Alternativen zum herrschenden

Wirtschaftsprinzip in Leipzig gesucht und selbst ausprobiert: Von solidarischer Landwirtschaft über nachhaltig geführte Unternehmen, Umsonstläden bis Upcycling und Experimenten mit veganer Küche gibt es Einiges zu entdecken. Die Teilnehmendenzahl ist auf ca. 20 begrenzt. Ein Kostenbeitrag wird erhoben.
☞ <http://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/sommerwerkstatt/>

Vorankündigung: Degrowth-Konferenz

2.-6.9.2014 (Leipzig)
Vierte internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit.
☞ <http://leipzig.degrowth.org/de/>

4. Lausitzer Klimacamp

16.8.2014 (Kerkwitz)
Das Klima- und Energiecamp ist ein Raum für Vernetzung, Wissensaustausch und Diskussion sowie widerständige Praxis und direkte Aktionen. Es ist auch ein Experimentierfeld für Ressourcen schonendes Leben und basisdemokratische Selbstorganisation. Eine in Planung befindliche größere Aktion, von bundesweiten Initiativen getragen, wird eine Menschenkette am 23. August sein, die im Raum Guben beginnt und weit bis ins polnische Nachbarland reicht. Kerkwitz, Atterwasch und Grabko, südlich der Stadt Guben gelegen, sind durch den Tagebauplan Jänschwalde Nord von der Abaggerung bedroht. Sie stehen beispielhaft für sechs weitere bedrohte Dörfer mit insgesamt mehr als 3.000 Einwohner*innen in Brandenburg und Sachsen sowie 13 Orte mit ca. 2.000 Bürger*innen im Nachbarland Polen. Thematisch ist die Veranstaltung weit gefasst: Klimagerechtigkeit und Energie-souveränität, Wachstumskritik/ Alternative Lebensweisen, Energie-demokratie und Energieautonomie, Fracking und CCS und vieles mehr.
Ort: Kerkwitz bei Guben
<http://www.lausitzcamp.info/>

ENGAGEMENT

Fachtagung: "Nachbarschaftshilfe vor Ort"

11.7.2014 (Ursensollen)
Bei der Veranstaltung werden Fragen rund um das Thema organisierte Nachbarschaftshilfen aufgegriffen. Ziel organisierter Nachbarschaftshilfen ist die schnelle und unkomplizierte Hilfe von NachbarInnen zu NachbarInnen und die Entlastung bei Überforde-

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:

CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

rung im täglichen Leben. Gleichzeitig sollen auch neue Räume für Begegnungen geschaffen werden.

Kommunen können, in Zusammenarbeit mit Verbänden, Einrichtungen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, eine zentrale Rolle beim Aufbau organisierter Nachbarschaftshilfen einnehmen. Doch beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Nachbarschaftshilfen geht es nicht nur um die Frage nach der Trägerschaft. Wie finde ich Kooperationspartner? Wie überzeuge ich Skeptiker? Wie und wo finden wir engagierte Helferinnen und Helfer? Wie finanzieren wir ein Nachbarschaftshilfe-Projekt? Wie entwickeln wir bewährte Projekte weiter? Wann ist eine Seniorengenosenschaft die geeignete Organisationsform?

Veranstaltung des Netzwerks "Nachhaltige Bürgerkommune".
Ort: kubus - Kultur Begegnung Ursensollen, Schulgasse 1, 92289 Ursensollen
☞ <http://www.nachhaltige-buergerkommune.de/hp1/Startseite.htm>

Kongress: 4-in-1 Befreiungskongress

8.-17.8.2014 (Potsdam)
Das Motto des Kongresses lautet: "Begegnung und Austausch über Bewegungs- und Kontinentengrenzen hinweg". Der Kongress besteht diesmal aus Tier-/Totalbefreiungskongress (TBK), Jugendumweltkongress (Jukss), Intercntinental Animal/Total Liberation Gathering (IATLG) und Food Not Bombs Gathering (FNBG). Der Kongress selbst wie auch dessen einzelne Veranstaltungen sollen Initiativcharakter besitzen – also den Grundstein legen und Anknüpfungspunkte bieten für kontinuierliche längerfristige Aktivitäten bestehender oder sich bildender Kooperationen, Arbeitskreise und Kampagnen. Themen werden initiativ von den Teilnehmenden bestimmt, bspw.: Herrschaftskritik, Anti-Militarismus, Körperbefreiung, praktische Inklusion, Familienbefreiung, Tierbefreiung/-schutz. Mit alternativem Straßenfest.
Ort: freiLand Potsdam
☞ <http://tbk.mobi/>

MIGRATION

Große Floßtour für und mit Flüchtlingsfrauen

14.7.-31.8.2014 (ab Nürnberg)
Am 14.07. starten zwei große Flöße, umgestaltet zu Flüchtlingsbooten mit einer Begleitcrew von Flüchtlingen und deutschen Unterstützerinnen Main-, Neckar- und Rheinabwärts und dann entlang des Mittellandkanals bis nach Berlin. Mit der Tour soll auf die dramatische Situation von Flüchtlingen allgemein, sowie auf die besonders tragische und bedrohliche Situation von fliehenden Frauen und Kindern aufmerksam machen. Mit Rahmenprogramm in angrenzenden Flüchtlingsunterkünften. Neben der Floßfahrt liegt der Schwerpunkt der Tour dann abends auf

den Konzerten, z.B. mit Dota Kehr und Christina Lux.
☞ <http://www.fluchtschiff.de/>

ANTIFA

Infoveranstaltung: (Neo)nazismus in Westbrandenburg

5.7.2014, 20 Uhr (Berlin)
(Neo)nazismus hat in Westbrandenburg eine lange Tradition, genauso wie antifaschistische Intervention. Durch diese ist es gelungen (neo)nazistisches Gedankengut in bestimmten Regionen massiv zurückzudrängen und eine alternative und antifaschistische Szene zu etablieren. Seit dem vergangenen Jahr ist jedoch zu beobachten, dass sich viele, gerade ältere (Neo)nazis wieder auf Kundgebungen und Demonstrationen blicken lassen. Dass Asylpolitik die Bevölkerung polarisiert zeigen nicht nur diverse "Nein zum Heim" Initiativen, sondern auch die Brandanschläge auf die Unterkünfte in Beelitz und Premnitz. Glücklicherweise etablieren sich in fast allen Städten auch "Willkommensinitiativen".

Die Unterstützung dieser Initiativen benötigen finanzielle Mittel. Daher gibt es nach der Infoveranstaltung zum Thema "(Neo)nazismus in Westbrandenburg - aktuelle Entwicklungen der Szene und Perspektiven antifaschistischer Arbeit in strukturschwachen Regionen" eine Soliparty.
Ort: Kinzigstr. 9, 10245 Berlin
☞ <http://www.kinzig9.de>

WOHNEN

Infoveranstaltung: Zwangsraumungen und Totalsanktionierung

18.7.2014, 19 Uhr (Berlin)
Seit Jahren werden in Deutschland tausende Menschen zwangsweise aus ihren Wohnungen geräumt, weil sie die Miete nicht zahlen können. Doch seit einigen Monaten lassen sich Mieter_innen nicht mehr still vertreiben. Der Journalist Peter Nowak hat das Buch "Zwangsraumung verhindern" herausgegeben, in der Geschichte und Perspektiven dieser Bewegung im Mittelpunkt stehen. Auf der Veranstaltung wird es vorgestellt.

In Forst hat sich 2012 am Widerstand gegen eine Totalsanktionierung der Freundeskreis Bert Neumann gegründet, der seine Aktivitäten auf der Veranstaltung vorstellen wird.

Auf der Veranstaltung soll diskutiert werden, wie der Widerstand von Erwerbslosen und Mieter_innen besser koordiniert werden kann. Wäre es nicht sinnvoll, gemeinsame Zahltag vor Jobcentern und Arbeitsagenturen zu organisieren, wenn bekannt wird, dass dort Menschen totalsanktioniert werden? Hier bestände die Möglichkeit, gemeinsam einzugreifen, bevor der Räumungstermin feststeht.
Ort: FAU Gewerkschaftslokal, Lotumstr. 11, 10119 Berlin
☞ <http://www.berlin.fau.org>

ANZEIGEN

"Alles was zählt..."
Nicht nur an Weihnachten



SPENDET
für inhaftierte Genossinnen und Genossen!

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 310; NOLADE21GOE
Kontonummer: 56036239 BLZ: 260 500 01 Sparkasse Göttingen
Verwendungszweck: Weihnachtshilfe

SOLIDARITÄT
www.rote-hilfe.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand).

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name: _____

PLZ, Ort, Straße: _____

Gruppe/Betrieb/Beruf: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: _____

Geldinstitut: _____

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

schriftlich

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.